

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: ... Einzelne Nummer 5 Pfg. ...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Annoncenzeit ...

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 2. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Für die Opfer der russischen Politik!

Die unterzeichneten Mitglieder des Deutschen Reichstages und der Landtage der deutschen Bundesstaaten erlassen folgende Erklärung.

Am 1./14. Juni 1907 erob die russische Regierung Anklage wegen Hochverrats gegen die aus 55 Personen bestehende sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma ...

Bereits die oben erwähnte Dumakommission war, wie von ihrem Berichtshatter, dem Abgeordneten der konstitutionell-demokratischen Partei, Leskento, in einer Sitzung der gegenwärtigen Reichsduma bezeugt worden ist, einmütig zur Überzeugung gelangt, daß in diesem Falle: „keine Verurteilung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern eine Verurteilung der Duma (politischen Polizei) gegen die zweite Reichsduma“ vorgelegen hat.

Schon aus dem Gefühl der parlamentarischen Solidarität halten wir, die unterzeichneten Mitglieder deutscher Parlamente, und für legitimiert, der von verschiedenen Seiten bereits laut gemachten Forderung einer Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die unglücklichen russischen Abgeordneten beizutreten, und zwar einer Wiederaufnahme unter dem vollen Lichte der Öffentlichkeit.

Mitglieder des Deutschen Reichstages: ...

Mitglieder des preussischen Landtags: ... Mitglieder des bayerischen Landtags: ... Mitglieder des württembergischen Landtags: ...

Mitglieder des sächsischen Landtags: ... Mitglieder des badischen Landtags: ... Mitglieder des albenburgischen Landtags: ...

Mitglieder des hessischen Landtags: ...

- Mitglieder des weimarischen Landtags: ... Mitglieder des meiningischen Landtags: ... Mitglieder des gemeinschaftlichen Landtags für Coburg und Gotha: ...

Ein 300 Millionen-Geschenk an die Haus- und Grundbesitzer.

Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses faßte am Donnerstag einen Beschluß, der sich abermals ganz im Sinne der bereits früher hervorgetretenen und von uns gekennzeichneten Tendenz bewegt: Wer da hat, dem soll gegeben werden!

Hätte man in einer früheren Sitzung den millionenreichen Weltkammern und den Diplomaten mit Ministergehältern grohmütig Steuern geschenkt, so machte die Steuerkommission am Donnerstag mit fast totaler Einmütigkeit — der Vertreter der Sozialdemokratie stimmte selbstverständlich dagegen — den Haus- und Grundbesitzern ein 300 Millionen-Geschenk! ...

Es handelte sich diesmal um jenen Passus des § 8 des preussischen Einkommensteuergesetzes, der bestimmt, daß von der einkommensteuerpflichtigen Summe von den Haus- und Grundbesitzern als „Verbungskosten“ die kommunalen Realsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer abgezogen werden können.

Hier nun setzten verschiedene Anträge ein. Ein konservativer Antrag wollte die genannten Realsteuern bis zu 50 Proz. ihrer faktischen Höhe abzugsmäßig machen, während ein freisinniger Antrag die gesamten kommunalen Realsteuern von der Einkommenssteuer summe abgezogen wissen wollte.

Vergebens kämpfte der Finanzminister mitsamt dem Generalsteuereinsicht gegen diese Bemühungen an, den Haus- und Grundbesitzern ein 300 Millionen-Geschenk zu machen, und zwar auf Kosten der Gesamtheit der Einkommensteuerpflichtigen. ...

Scharfsmann — der Ertrag der Einkommensteuer für die Kommunen brauche deshalb doch gar nicht gesteigert zu werden, sondern es sei nur nötig, den einzelnen Einkommensteuerpflichtigen etliche Prozent mehr zuzuschlagen, um den Ausfall zu decken. ...

Sehr tief blicken“ ließ auch folgende Episode: Ein Freisinnvertreter meinte, das „Prinzip der Gerechtigkeit“ erfordere die staatliche Nichtbesteuerung von Einkommensanteilen der Haus- und Grundbesitzer, die weil sie doch nur „Verbungskosten“ in Gestalt der kommunalen Zuschläge auf die Realsteuern darstellten, in Wirklichkeit gar nicht vorhanden seien.

Sehr hübsch war auch eine andere Episode. Der bewußte eine freisinnige Vertreter gab ohne weiteres zu, daß der ganze Antrag ein Geschenk an den städtischen und ländlichen Grundbesitz bedeute. ...

Es bleibt also dabei: Wenn den Haus- und Grundbesitzern an staatlichen Einkommensteuern mehr als 4 Millionen und an kommunalen Einkommensteuern 8 bis 9 Millionen geschenkt werden, erwächst ihnen aus der Annahme des freisinnigen Antrages, für den sich alle bürgerlichen Parteien ins Zeug legten, ein geradezu enormer Vermögenszuwachs, kapitalisiert ein Geschenk von zirka 300 Millionen Mark!

Daß deshalb die Wohnungsmieten auch nur um einen Pfennig herabgehen würden, glaubt natürlich kein Mensch! Ebenso wenig, daß der Ausfall an Kommunalsteuereinnahmen in den Gemeinden trotzdem wieder von dem Haus- und Grundbesitz aufgebracht würde. ...

besitzer fleuerlich zu entlassen, so vermindern sich natürlich die Ausichten, für die sozial elend Gestellten und wirklich Hilfsbedürftigen etwas Ernstliches durchzusetzen!

Aber die Kommission der preussischen Duma hält es nun einmal mit dem christlich-kapitalistischen Grundfay: Wer da hat, dem soll gegeben werden!

Dafür soll ihr freilich auch nicht vorenthalten werden, was ihr an Kritik gebührt. Wenn die Herren Dreiklassenmänner sich einbilden sollten, sie könnten es weiter treiben, wie sie es vor Eintritt der Sozialdemokratie in den Landtag getrieben haben, so sollen sie ihres Jertums bitter gewahr werden!

Ueber eine Million Bergknappen im Kampfe.

London, 20. Februar 1912. (Fig. Ver.)

Schon während der gestrigen Verhandlungen wurde es ganz klar, daß der Vermittlungsversuch der Regierung nichts gedruht hat. Im Laufe des Tages schickten die Vertreter der schottischen Bergarbeiter Telegramme nach Schottland, in denen die Bergarbeiter angefordert wurden, zu kündigen, um heute (20. Februar) die Arbeit verlassen zu können. Spät am Abend veröffentlichte die Regierung einen Bericht über die Verhandlungen, die zwischen ihr und den Vertretern der Bergarbeiter und Kohlenbesitzer stattgefunden haben. Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, liegt eine Verständigung noch in weiter Ferne. Ein Teil der Arbeitgeber — 40 Prozent — will von einem Minimallohn überhaupt nichts wissen. Der andere Teil ist bereit, die von der Regierung gemachten Vorschläge anzunehmen. Diese Vorschläge sind jedoch der Arbeiterschaft nicht annehmbar. Der Regierungsbericht beginnt:

Folgende Vorschläge zur Beilegung des Kohlenstreiks wurden gestern vom Premierminister im Namen der Regierung den Vertretern der Kohlenbesitzer und der Bergarbeiter unterbreitet:

1. Die Regierung hat sich nach sorgfältiger Erwägung zur Meinung geäußert, daß es Fälle gibt, in denen Untertagearbeiter keinen hinlänglichen Minimallohn aus Ursachen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, verdienen können.

2. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Möglichkeit, einen solchen Lohn zu verdienen, durch Einrichtungen, die den besonderen Umständen jedes Distrikts angepaßt sind, geschaffen werden sollte. Ausreichende Vorkehrungen sind zu treffen, um die Arbeitgeber gegen Mißbrauch zu schützen.

3. Die Regierung ist bereit, mit den Parteien über die beste Methode, diese Ansichten auf dem Wege von Distriktskonferenzen zwischen den Parteien bei Anwesenheit eines von der Regierung ernannten Vertreters zu verhandeln, zu konferieren.

4. Sollte man auf irgendeiner der Konferenzen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes nicht zu einer vollständigen Einigung kommen, so sollen die von der Regierung ernannten Vertreter irgendwelche nichterledigten Punkte mitentscheiden, um in dem betreffenden Distrikt die obigen Prinzipien durchzuführen."

Es folgen dann Mitteilungen darüber, wie die Arbeitgeber und Arbeiter die Vorschläge der Regierung aufgenommen haben. Die Arbeitgeber der dem englischen Fintungsamt angehörenden Distrikte (Lancashire, Yorkshire, Mittelengland und Nordwales) nahmen die Vorschläge der Regierung an. Auch die Arbeitgeber Durhams und Cleveland erklärten sich mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden. Die Kohlenbesitzer Schottlands, Südwales, Northumberland und der kleinen Distrikte Bristol, Somerset und Forest of Dean nahmen die Vorschläge der Regierung nicht an. Die Unternehmer Südwales und Schottlands beriefen sich auf ihre Verträge. Die Kohlenbesitzer, die die Regierungsvorschläge annahmen, beherrschen 60 Prozent der Kohlenproduktion des Landes.

Die Bergarbeiterföderation beantwortete die Vorschläge der Regierung allgemein mit folgender Resolution:

Wir betrachten die am 7. in diesem Hotel vor dem Exekutionsausschuß und den 17 hinzugezogenen Distriktsvertretern gefasste Resolution und wiederholen, daß keine Beilegung des gegenwärtigen Streiks stattfinden kann, wenn nicht das Prinzip eines individuellen Minimallohnes für alle Untertagearbeiter von den Kohlenbesitzern anerkannt wird. Wir sind noch immer bereit, zu irgendeiner Zeit, die sie wünschen, mit den Kohlenbesitzern zusammenzutreten, um die Minimallohne jedes Distrikts, wie sie auf besonderen Konferenzen dieser Föderation festgelegt worden sind, zu diskutieren."

Der in dem letzten Satz enthaltene Gedanke wurde im Laufe der Verhandlungen mit den Regierungsvertretern von dem Föderationsvorstand in einer Resolution unterstrichen. Sie lautete:

Wir bitten die Regierung, falls sie beschließen sollte, unsere Resolution von diesem Morgen zu veröffentlichen, auch zugleich unsere Erklärung zu veröffentlichen, daß der Minimallohn, von dem in der Resolution die Rede ist, der der Lohnliste ist, die schon den Kohlenbesitzern und der Regierung unterbreitet worden ist."

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und dem Föderationsvorstande gibt der Regierungsbericht folgenden Aufschluß:

In Verantwortung von Fragen des Premierministers erklärte der Vorstand, daß der Konferenzbeschuß bedeute, daß die Bergarbeiter den beiden ersten von der Regierung vorgelegten Vorschlägen zustimmen; was aber Punkt 8 anlangte, so könnten sie an beratenden Konferenzen nur unter der Bedingung teilnehmen, daß der festzusetzende Minimallohn in jedem Distrikt der von der Bergarbeiterföderation am 2. Februar revidierte und endgültig angenommene Lohnsatz sein muß. Was Punkt 4 anlangte, so wünschten sie keine Ansicht über die Frage des Schiedsgerichts in betref der Schutzmogezregeln und anderer Einzelheiten auszusprechen, lehnten es jedoch aus den oben angegebenen Gründen ab, die Höhe des in jedem Distrikt festzusetzenden Minimallohns durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen."

In dem Regierungsbericht heißt es zwar, daß die Vertreter der beiden Parteien versprochen hätten, heute weiter zu beraten. Die Verhandlungen können jedoch an der Entwicklung des Generalstreiks nichts mehr ändern. Heute morgen sah die Generalkonferenz der Bergarbeiterföderation den einstimmigen Beschluß, keine Friedensbedingungen anzunehmen, die nicht den für jeden Distrikt geforderten Minimallohn enthielten. Heute Abend wird der Generalkonferenz der britischen Bergarbeiter eine vollendete Tatsache sein.

Ueber die Ausdehnung des Streiks melden mehrere Telegramme:

London, 1. März. Am Mitternacht hatten eine Million Bergarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Kohlenindustrie ist seit heute morgen vollständig lahmgelegt. Nur eine kleine Anzahl Arbeiter ist in den Gruben damit beschäftigt, die Pumpen in Ordnung zu halten, für Ventilation zu sorgen und die Pferde zu pflegen. Sonst sind in allen Gruben die Schächte von den Arbeitern verlassen. Alle Schächte der Grafschaft Derbyshire und Nottinghamshire sowie die des Nordens der Grafschaft Wales sind geschlossen. Auch ein Drittel der Gruben des Distrikts von Durham hat den

Betrieb eingestellt. In Northumberland wurde von den Grubenarbeitern nach einem längeren Meeting ein Beschluß angenommen, worin gegen die Entsendung von Truppen Einspruch erhoben wird. Der Sekretär des Verbandes der Maschinisten und Heizer, Hopkins, erklärte, daß sie in den Ausstand treten werden, da seitens der Grubenbesitzer eine Antwort auf ihre Forderungen nicht eingetroffen ist.

London, 1. März. Die Zahl der heute früh im Ausstand befindlichen Bergarbeiter beträgt:

1 065 000 Mann.

Der Zentralvorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes (Sitz Bochum) erläßt am 1. März an die Bergarbeiter folgenden Aufruf:

Achtung, Bergarbeiter!

Ueber 800 000 Bergarbeiter irren in England. Mit einer bewundernswürdigen Einmütigkeit sind sie für die Erringung eines auskömmlichen Minimallohnes in den Ausstand getreten. Von dieser Einmütigkeit und ihrer mächtigen Organisationen werden unsere englischen Kameraden auch Erfolge erzielen. Kameraden! Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keinen Sympathiestreik. Der englische Bergarbeiterverband ist so gut gerüstet, daß er allein mit Hilfe der anderen englischen Gewerkschaften das gesteckte Ziel erreichen wird. Dennoch sei ausdrücklich gegenüber anderslautenden Ausdeutungen gesagt: Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keine Hilfe durch einen Sympathiestreik. Dagegen erwarten sie von den Bergarbeitern Deutschlands, daß sie wenigstens während der Dauer des englischen Generalstreiks keine Uebergriffe verfahren. 1905 haben die englischen Bergleute die deutschen Bergleute mit Geld und mit Einschränkung der Arbeitszeit unterstützt. Kameraden, nun beweist eure ehrliebe bergmännische Gesinnung! Verfehrt keine Uebergriffe, damit den englischen Bergleuten der Lohnkampf nicht besonders erschwert wird. Lebt Solidarität!

In dem am Sonntag im Ruhrgebiet stattfindenden zahlreichen Versammlungen werden die Referenten das Nötige über den augenblicklichen Stand unserer Lohnbewegung sagen. Was weiter geschehen soll, darüber wird, sobald die Antworten der Kohlenbesitzer eingegangen sind oder wenn der für die Beantwortung festgesetzte Termin verstrichen ist, entschieden werden. Der Beschluß wird allen Bergarbeitern sofort bekanntgegeben werden."

Der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter ist noch wie vor emsig bemüht, im Interesse der Arbeiterseite und der Scharfmacher die deutsche Bewegung als eine Sympathiebewegung für die Engländer darzustellen. Der Vorstand des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter erläßt am 1. März eine Erklärung, in der er die Mitglieder warnt, angesichts des in Großbritannien ausgebrochenen Generalstreiks der Bergarbeiter sich in eine Auslandsbewegung hineinziehen zu lassen.

National-Ragout.

Es ist höchst belustigend, in der gutgefinnten Presse zu verfolgen, mit welchen Mitteln der Drohung, Lockung und liebevollen Mahnung jetzt alljährlich die Nationalliberalen beschworen werden, sich nicht von der Sinken ungarischen zu lassen, sondern in Wahrung der „großen nationalen Traditionen" des Nationalliberalismus nach rechts abzuweichen und sich mit den anderen Parteien des nationalen Gedankens, das heißt, den Clerikalen, Konserverativen, Reichsparteilern und Antifemiten, zum großen vaterländischen Partei-Ragout zu vereinigen. Alle möglichen Dinge werden herbeigesucht, um den Nationalliberalen zu Gemüte zu führen, daß es ihrer sogenannten großen Vergangenheit nicht entspricht, so etwas wie eine wirkliche liberale Politik zu treiben. Der „Tägl. Rundschau" müssen sogar die „Verfassungsanträge" dazu herhalten, den Nationalliberalen eindringlich zu beweisen, daß sie ihrer ganzen Natur nach zum großen vaterländisch-reaktionären Gemengsel gehören. Alle Verfassungsanträge, die sozialdemokratischen wie die fortschrittlichen, gelten diesem Blatte als gleich schlagend. Selbst der milde Antrag Wassermanns auf Einsetzung eines Staatsgerichtshofes erscheint ihm als ein ungeheurer politischer Frevel, ein böllig zweck- und sinnloses Beginnen:

Zwecklos ist es vor allem deshalb, weil derartige Reichstagsbeschlüsse, ganz abgesehen von ihrer Nichtanerkennung durch den Bundesrat, in der Nation niemals eine Mehrheit finden würden, wenn es dort auf hart geht. Segest unserem Volk die Pistole auf die Brust, ob es den Kaiser von Fleisch und Blut oder die Schattensmonarchie haben will, — es wird das kräftige, blühende Kaiserturn nehmen, weil es schon instinktiv fühlt, daß die Demokratie und die imperialistische Machtentfaltung, die unsere Lebensbedingung ist, unversöhnliche Gegensätze sind. Wozu also dem Gedanken einer parlamentarischen Reichs-Langherbeilegung erst näher treten? Was vor allem such die nationalliberale, die Reichsgründungs-partei, die Partei der starken Nationalpolitik um jeden Preis und darum auch die Partei des machtstarken Kaiserturns, zu dem sie sich oft genug begeistert bekennt, an der Seite jener demokratischen Verfassungen? „Berbeiferer"? Nach unsem Empfinden steht und fällt der Nationalliberalismus mit dem Vorantstellen des nationalen Gedankens vor den liberalen dort, wo beide in Konflikt geraten! Ein solcher Konflikt aber liegt gerade hier vor! Es ist richtig, daß der jetzt eingebrachte Antrag Wassermann nur allgemein die Regelung der Kanzlerverantwortlichkeit vor einem Staatsgerichtshof verlangt; ohne irgendwelche Einzelheiten. Vor allem ohne jenen genau formulierten Bescheidenswurf, mit dem die Nationalliberalen in der ab-irato-Kommission von 1908 herbeigetragen und in dem sie, wenn auch unter allen gegebenen Umständen, doch schließlich ebenfalls die Möglichkeit einer Kanzlerverantwortlichkeit durch den Reichstag bestellten „Staatsgerichtshof" festlegen wollten; mag dieser Staatsgerichtshof selbst aus zwei Senaten des Reichsgerichts bestehen! Wir haben oben gesehen, zu welchen Absurditäten die weitere Verfolgung des Gedankens führen kann. Die nationalliberale Partei aber ist es ihrem nationalen Grundzug und ihrer Ueberlieferung schuldig, die Idee einer wirklichen Kanzlerverantwortlichkeit nicht ebenfalls auf einem Wege zu suchen, der gleichzeitig zum Ansturz der für uns allein möglichen, konstitutionellen Verfassungsform führen muß."

Man sollte nicht annehmen, daß derartige naive Mahnungen irgend welchen Eindruck auf die nationalliberalen Politiker haben könnten; aber in Anbetracht der amphibischen Natur der Nationalliberalen ist es keineswegs ausgeschlossen, daß ihr zartes Gemüt sich tief bekümmert fühlt.

Die Revolution in China.

Die Soldatenmeuterei in Peking.

Es war von vornherein klar, daß die junge chinesische Republik auch nach den Geburtswehen noch schmerzlichen Zuckungen und Erschütterungen ausgelegt sein werde. Die Umwälzung einer Jahrtausende alten, vielgestaltigen Kultur geht natürlich nicht ohne Gegenstände vor sich. Ein solcher Gegenstand ist die Soldatenrevolte, die jetzt

in Peking ausgebrochen ist und die anscheinend ernste Formen angenommen hat, wenn man auch die Alarmnachrichten der Sensationspresse nicht allzu tragisch zu nehmen braucht. Daß bei einer Armee, die auf dem Werbesystem beruht — die revolutionäre wie die alte kaiserliche Armee besteht aus angeworbene Mannschaften —, die Soldzahlung für die Stimmung der Truppe von großem Einfluß ist, liegt klar auf der Hand. Die Wirren der letzten Monate und die daraus resultierenden finanziellen Nöte in beiden Lagern ließen eine regelmäßige Auszahlung der Truppen nicht zu. Es ist daher sehr erklärlich, daß Unzufriedenheit unter den Soldaten eintritt, als der Kampfesbrauch nach der Kapitulation der Dynastie verslogener war. Die Soldaten suchen sich jetzt auf eigene Faust bezahlt zu machen. Ausgeschlossen ist dabei nicht, daß die Mandchus ihre Hand im Spiele haben und durch Agenten auf die Truppen einwirken. Es wird das nicht der einzige Konterrevolutionversuch bleiben. Inwiefern Juanschikai, dessen Truppen in erster Linie meutern, seine eigenen Pläne verfolgt, läßt sich jetzt nicht feststellen. Man behauptet, daß ihm die Revolte sehr gelegen komme; da durch sie seine Reise nach Hanking aufgeschoben werde.

Die wichtigsten Nachrichten über die Vorgänge in Peking lauten:

Peking, 20. Februar. Die Zahl der meuternden Soldaten beträgt etwa zweitausend. Die Offiziere geben sich Mühe, die Meutern zu beruhigen. Innerhalb der inneren Stadt ist die Lage ruhiger geworden. Vor dem Kaiserhof in der Nähe der Gesandtschaften wird geschossen. Hunderte von Leben sind geplündert worden. Die Soldaten erklären, da sie nicht bezahlt worden seien, hätten sie beschloffen, sich durch Plünderung schadlos zu halten. Voraussichtlich wird die Ruhe bis Mitternacht wiederhergestellt sein.

Peking, 1. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Unruhen dauerten gestern bis spät in die Nacht. Die Aufrührer verließen jetzt, nachdem sie vielen Schaden angerichtet haben, mit ihrer Beute die Stadt. Die von ihnen angelegten Brände haben eine große Ausdehnung angenommen und sind zum Teil noch nicht gelöscht. Die Gesandtschaftswachen brachten die Ausländer, ohne daß diese belästigt wurden, nach den Gesandtschaften, dagegen wurde in den äußeren Stadtteilen auf Ausländer geschossen; es wurde aber niemand verletzt. Jetzt wird für die Ausländer keine Gefahr mehr befürchtet. Von den Aufständischen wurden auch einige Schüsse aus einem Feldgeschütz abgegeben; eine Granate fiel in das Grundstück der amerikanischen Gesandtschaftswache, ohne jedoch zu explodieren.

Peking, 1. März, 7 Uhr abends. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den lokalen Truppen und die Plünderung im Weichbild der Stadt dauerten den ganzen Tag über an. Mehr Plünderer wurden verhaftet und erschossen. Die Wehrzahl der Meuterer hat die Stadt vor Eintritt der Dämmerung verlassen. Die Feuerbrunst ist gedämpft. Der Schaden wird auf drei Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die lokalen Truppen patrouillieren durch die Stadt.

Hungersnot im Lande.

2 1/2 Millionen Menschen im östlichen Mittelchina, den Bezirken Nord-Kiangsu, Nord-Kianghoi, dem Wupugebiet im Hangtschuhgebiet und Hankau in Hupe, leben in größter Hungersnot. Ursachen sind: die dauernde Verwahrlosung der Fluhbauwirtschaft durch die bisherige Regierung, dadurch verursachte schlechte Ernten seit 5 Jahren; völlige Wühernte und Verzehr des Arbeitsviehs im vorigen Jahre; schließlich die Revolution, die, durch die alte Wirtschaft herbeigeführt, jetzt alle Aufmerksamkeit auf die Beseitigung der Mandchuherrschaft gerichtet hat. Die Lage wird wie folgt geschildert: Zusammenbruch von Familien und allmähliches Hinabsinken in einen Zustand völliger Apathie, im Woiwutschgebiet mit einer Bevölkerung von 5 Millionen, von denen 1 1/2 Millionen hilflosbedürftig sind. Geschäfte im Stillstand, Schulen geschlossen. Die Schwachen werden vertrieben, die Starken Mäher. 200—400 Gehängte oder Gestopfte in jeder Stadt des Gebietes während der vorjährigen Hungersnot, oftmals Frauen und Töchter dem Laster verkauft. In Shanghai ist ein Komitee zur Abhilfe gebildet worden. Schon 6 M. sollen für den Unterhalt einer Familie im Monat reichen. Aber 600 000 Familien sind hilflosbedürftig.

Das alte System hat der jungen Republik eine böse Erbschaft überlassen. Es muß sich nun zeigen, was die neue Regierung zu leisten vermag.

Freilassung der verhafteten Chinesen in Dababia.

Haag, 1. März. Laut amtlicher Meldung aus Dababia sind dort alle Verhafteten, für die sich eine Abordnung der chinesischen Bevölkerung verwendet hatte, freigelassen worden, nachdem diese versprochen hatte, alles zu tun, um eine Wiederholung der Unruhen zu verhindern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März 1912

Vorpostengefecht und Gezänk.

Aus dem Reichstag, 1. März. Der Ertrag des gestrigen Tages war mehr als dürftig. Er begann mit einer Debatte über Statsüberschreitungen, die sich an den Bericht des Rechnungshofes knüpfte und bei der namentlich um einen fast völlig tauben Stabsapotheker mit Kongestion und um einen trampfaderbehafteten Oberleutnant mit Rittmeisterpension mit ähnlicher Leidenschaftlichkeit gekämpft wurde, wie einst vor Troja um die Leiche des Patroklos. Als Kritiker der Mißbräuche traten dabei Genosse Moskale und Herr Erzberger zu verschiedenen Malen auf, als Abwehler der Kritik ein Vertreter der preussischen und württembergischen Militärverwaltung. Um so keine Dinge aber auch der Kampf zu gehen schien, er war doch nicht ohne Bedeutung, weil es sich um Wahrung von Prinzipien und Rechten handelt und insofern ein Vorpostengefecht, als in der Rechnungskommission den Herren von der Militärverwaltung noch tüchtiger zugekehrt werden wird.

Die Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichs-amts des Innern rief zwei unerfreuliche Erscheinungen auf die Tribüne: Herrn Werner von dem antiemittischen Grüppchen und Herrn Bruhn — die „Wahrheit" ist auf dem Marsch und nichts kann sie aufhalten! Was der eine rebet und was der andere ist, weiß man, und man könnte füglich den Schleier des Stillschweigens über ihr Auftreten breiten, wenn nicht der Kompagnon Daffeld die Kühnheit gehabt hätte, einen für ihn höchst blamablen gerichtlichen Vergleich mit einem sozialdemokratischen Redakteur als Beweis dafür anzuführen, daß ihn Genosse Dr. Dieblich nicht, der Anwalt jenes Redakteurs, selbst für rehabilitiert erklärt hätte. Herr Bruhn sprach, nachdem die Linke des Hauses fluchtartig den Saal geräumt hatte, aber nachdem Genosse Dr. Dieblich die dreiste Bemerkung vernommen, ergriff er die Gelegenheit, am Schluß der Sitzung in einer persönlichen Bemerkung diesen angenehmen Zeitgenossen dorb abzufragen

und nachzuweisen, daß der „Wahrheit“-Mann wieder einmal mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße gestanden hatte.

Zum Schluß kam Herr Pieper. Herr Pieper ist so etwas wie das sozialpolitische Gewissen des Zentrums, und was er gestern vortrug über Sicherung des Koalitionsrechts und energischer Fortführung der Sozialpolitik, war sicher von ehrlicher Ueberzeugung und sozialpolitischer Einsicht getragen, aber um deswillen bedeutungslos, weil das Zentrum im gegebenen Falle die Mahnungen seines Gewissens in den Wind zu schlagen pflegt.

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung der Debatte über das Reichsamt des Innern.

Ein Ordnungsruf wegen Beschimpfung des Krieges.

Daß ein Abgeordneter wegen Beschimpfung des Krieges zur Ordnung gerufen wird, dürfte bisher noch nicht dagewesen sein. In dieser Hinsicht ist endlich einmal Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt vorangegangen. Der neue Präsident der preussischen Deputation, Herr v. Erffa, hat am Freitag allen Erstes unseres Genossen Hoffmann einen Ordnungsruf erteilt, weil dieser in einer Polemik gegen die Rechte den Krieg einen Hohn auf Gott, Christentum und Menschlichkeit genannt hat.

Die Debatte knüpfte sich an einen zum Etat der Lotterieverwaltung gestellten konservativen Antrag, der mehr Lotteriereinnehmerstellen für pensionierte Offiziere schaffen will. Das gab unserem Redner Hoffmann Veranlassung, nicht nur gegen das Lotteriewesen und das Glücksspiel überhaupt zu Felde zu ziehen, sondern auch die Veranlassung der Offiziere zu den Einnehmerstellen in humoristischer Weise zu unterziehen. Durch die Einnahme des Abg. Stroffer nahm die Erörterung bald einen lebhaften Charakter an. Herr Stroffer und seine Freunde im Hause und am Regierungstisch wurden von Liebknecht glücklich abgeführt. Hoffmann konnte, da die Schlussmacher wieder in Aktion traten, nur noch in einer persönlichen Bemerkung erwidern, und hierbei ereignete sich der oben erwähnte Zwischenfall. So ohne Grund ist wohl noch niemals ein Ordnungsruf erteilt worden. Der Antrag, betreffend die pensionierten Offiziere wurde natürlich, entsprechend der Zusammenfassung des Hauses angenommen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Etats überwies das Haus sodann den schon oft behandelten Antrag Hammer, der den Warenhäusern den Garaus machen will, an eine Kommission. Rannst der Sozialdemokraten legte Genosse Girich den grundsätzlichen Standpunkt der Partei zu der Warenhaussteuer im allgemeinen und zu dem Antrag Hammer im besonderen dar und führte den Nachweis, daß der Antrag steuerrechtlich undurchführbar sei und dem Mittelstande nicht nützen, sondern Schaden werde, wie es denn überhaupt ein verfehltes Vorgehen sei, durch Ausnahme-gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung Halt gebieten zu wollen.

Am Sonnabend ist Schwerinotag. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Antrag Brandenstein betr. Verschlechterung der Geschäftsordnung.

Der brandenburgische Provinziallandtag

Beschäftigte sich am Freitag mit dem Ausbau der Wanderarmer-Pflege und dem Erwerb von Ceditländen. Schon im vorigen Jahre war der Provinzialausschuß vom Landtage ersucht worden, den Ankauf und die Ausforderung von Ceditländen einschließlich geeigneter Flächen Ackerlandes aus provinziellen Mitteln unter entsprechender staatlicher Unterstützung in eigener Verwaltung auf planmäßige Weise in Erwägung zu ziehen. Es wird nun beabsichtigt zunächst die Errichtung von vier neuen, durch einen Antrag von etwa 15 Wanderarbeitsstätten verbundenen Ceditlandbänken. Dazu ein fünftes Aushilfs-Spremburg für Demarbeit, wo in Sonderbetrieben nach dem Muster der in den Korrigendenanstalten bestehenden Betriebe auch, ungelernete, körperlich schwächliche Wanderarme, die für die schwere Arbeit in den Ceditländen nicht in Betracht kommen, an geordnete Arbeit sich gewöhnen sollen. Die Wanderarbeitsstätten und die Aushilfsbetriebe sollen auch den Arbeitsnachweis pflegen. Ihre Arbeitsnachweise sind zentralisiert durch den Anschluß an den Verband der Pommerschen Arbeitsnachweise, der von der Provinz mit jährlich 4000 M. unterstützt wird. Auch ist zur Ordnung des Arbeitsnachweises für Wanderarme nach einer Mitteilung des Oberpräsidenten bis zum 1. April 1913 eine staatliche Beihilfe von 8000 M. und von da ab eine erhebliche höhere zu erwarten. Für die Grundwertverlusten und Baukosten wird eine Anleihe von 4 Millionen Mark gefordert. Diese Anleihe und 8000 M. für das sofort in Angriff zu nehmende Aushilfs-Spremburg wurden sofort bewilligt.

Interessant ist, daß jetzt bereits in Ceditländen eine bedeutende Preissteigerung eingetreten ist. Nach einer Mitteilung des Landesdirektors in der Kommission sind jetzt schon Spekulanten aus Berlin an der Arbeit, um die Ceditländen aufzukaufen, während doch eigentlich der Eigentümer bei der Abgabe dieser Ländereien noch etwas dazu geben sollten, weil ihr ihnen verbleibendes Land durch die Meliorationen bedeutend wertvoller wird. Der Abg. Dominikus, Oberbürgermeister von Schöneberg, stellte deshalb den Antrag, einen Gesetzentwurf zu erlassen, nach welchem die Provinzialverwaltung Ceditländen entgegennehmen kann. Der Antrag wurde gegen etwa 15 Stimmen abgelehnt.

Unter den sonstigen Vorlagen ist der Verwaltungsbericht für die brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für 1911 bemerkenswert. Genosse Rollenbührer wies darauf hin, daß außer der westpreussischen nur noch die brandenburgische von allen preussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften keine Unfallverhütungsvorschriften hat. Für die Revision der Betriebe zeigt der Etat deshalb auch eine Ausgabe von 6000 M. Außerdem betonte Genosse Rollenbührer, daß sich wohl auch ein anderes Umlageverfahren empfehlen würde. Das gegenwärtige nach Steuerzuschlägen war ursprünglich nur für die Uebergangsperiode gedacht, und bringt jetzt, wo die Ausgaben sehr gestiegen sind, recht bedeutende Härten mit sich. Es würde sich empfehlen, das Umlageverfahren nach Arbeiterbedarf und Gefahrenklassen zu regeln, wie es in einigen Provinzen schon seit Jahren geschieht.

Zweierlei Revolutionäre?

In den letzten Debatten ist wieder einmal reichlich mit dem roten Revolutionsgespenst operiert worden. Wo man nichts Sachliches gegen die Sozialdemokratie vorzubringen weiß, da wird das Umsturzlied angestimmt, um den Philisterseelen im Lande Dange zu machen. Und an diesem Unfug haben sich nicht nur die Parteien der schwarzen Rechten beteiligt, auch auf liberaler Seite hat man sich nicht enthalten können (Herr Paasche redete z. B. von der „umstürzlerischen Sozialdemokratie“), in dem sibiischen schreckhaften Sinne die Sozialdemokratie mit der Revolution in Verbindung zu bringen. Und doch sollten gerade die Liberalen aus ihrer eigenen Geschichte wissen, wie oft und zu welchem Zwecke auch gegen sie das Revolutionsgeschrei erhoben worden ist. Als im Jahre 1858 in Preußen die Regierung auf Veranlassung der Junker mit dem Plane herausrückte, die kurz vorher geschaffene Gemeindeordnung wieder abzuschaffen, da wurde ebenfalls gegen die Liberalen, die sich diesem Plane widersetzen, der Vorwurf der Revolution, des Umsturzes erhoben. Ramentlich war es der Konservative v. Gerlach, der bekannte Rumpfschauer der „Kreuz-Zeitung“, der mit diesem Revolutionsgespenst gegen die Liberalen und die von ihnen verteidigte Gemeindeordnung anrückte. Ihm entgegenetzte darauf in der preussischen Zweiten Kammer, wie sich damals das spätere Abgeordnetenhaus nannte, der liberale Führer v. Binde:

Das oft zitierte Mitglied macht meinen Freunden und mir noch einen anderen Vorwurf. Er hat uns mit einem Schlagworte das vielleicht das verbrauchteste dieser Tage ist, revolutionär genannt und wenn auch nicht unsere Personen, so doch mindestens die Bestrebungen, denen wir huldigen. Nach dem Begriff, den das Mitglied mit revolutionär verbindet, soll es heißen, daß man sich bei der neuen Gestaltung der Dinge nicht eng an das früher behandelte Alte anlehnt. Ich könnte ihm erwidern, daß er ja selber das Alte der Verbesserung würdig erkennt, daß er sogar von mir Verbesserungsvorschläge erwartet und daß es sich bei dieser Neugestaltung des Alten also nur um den Streit über das Mehr oder Weniger handelt, wobei die Ansichten allerdings weit auseinandergehen können.

Ich will mich indessen auf die Befolgung dieses Einwandes nicht weiter einlassen; ich will bereitwillig zugeben, daß der prinzipielle Gegensatz zwischen den Ansichten meiner Freunde und den meinigen nur darin besteht, daß wir das abgestorbene Alte nicht künstlich erhalten, sondern auf rechtlichem, gesetzlichem Wege aus der Welt schaffen wollen.

Um diesen Gegensatz zu verdeutlichen, erinnerte Binde an ein Wort Palmerstons, daß es zwei Arten Revolutionäre gebe. Zuerst die „gedankenlosen Hühler“, die zu den Waffen greifen, alles vor sich niederwerfen, ohne dabei die Folgen noch die Schwierigkeiten zu bedenken und dabei ihr Land mit Blut überfluteten. Ihre Mitglieder in das tiefste Elend stürzen. Wir wollen uns bei der philisterhaften Auffassung, die der liberale Führer hier über das Wesen einer gewaltsamen Volkserhebung äußert, nicht weiter aufhalten; sie ist doppelt lächerlich angesichts des Umstandes, daß der Liberalismus, wenn er nach 1848 mit an der Spitze sah, dies doch einzig und allein den „gedankenlosen Hühler“ verbannte, die in den Märztagen zu den Waffen griffen und den alten reaktionären Plunder in Scherben schlugen. Aber lassen wir das beiseite und hören wir, wie der liberale Führer weiter über die Revolution dachte:

Die zweite Klasse bilden die, welche befangen von alten Vorurteilen oder von unvorsichtiger Angst den Strom menschlichen Fortschrittes aufdämmen, bis die unwiderstehliche Gewalt aufgehäufter Unzufriedenheit alle Schranken sprengt und so auch diejenigen Institutionen mit sich fortzieht, welche eine zeitliche Erneuerung statt und dauernd hätte machen können.

Und solche Revolutionäre — schließt Binde — sind die Ränner, die uns als Revolutionäre bezeichnen. Im selben Sinne wehrte sich der liberale Abgeordnete Riedel in Berlin gegen den Mißbrauch, den man mit dem Worte „Revolution“ treibe. Er wies darauf hin, daß 1850 bei der Schaffung der Gemeindeordnung sogar ein Minister im preussischen Parlament erklärt habe:

Die Zerstörungswut sei allerdings eine Krankheit unserer Zeit; man möge aber nicht glauben, daß sie nur denjenigen betreffen würde, die gerade zerstören, sondern daß sie auch die Augen derer, die diese Krankheit nicht minder auch bei denen, die Lotes aufrecht erhalten wollen.

Damals, in der Zeit der schwärzesten Reaktion, galten die Liberalen als die Umstürzler und sie waren es, die sich gegen den Vorwurf der Revolution zu verteidigen hatten. Mit Recht wiesen sie darauf hin, daß die wahren Revolutionäre da sitzen, wo man sich beharrlich den dringlichsten Forderungen des Volkes widersetzt. Heute nehmen die Liberalen zum Teil die Stelle der Reaktionäre von damals ein und sie denunzieren diejenigen als Umstürzler, die weiter nichts tun, als den Bedürfnissen der Zeit zum Siege zu verhelfen. Wenn die Liberalen doch etwas aus der eigenen Geschichte lernen wollten!

Verstaatlichung der Offenbacher Kommunalpolizei.

Ein von liberaler Seite ausgehender standalöser Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung beschäftigt gegenwärtig den hessischen Landtag. Im Jahre 1910 versuchten Offenbacher Unternehmer aus Haß gegen die Arbeiterbewegung die dortige Allgemeine Ortskrankenkasse und die Arbeiter dadurch schwer zu schädigen, daß sie Betriebskrankenkassen begründeten und „ihre“ Arbeiter der Ortskrankenkasse entzogen. Die Arbeiter fühlten sich durch die ungenügenden Leistungen der Betriebskrankenkassen geschädigt und die Ortskrankenkasse dadurch, daß ihr die besten Mitglieder entzogen wurden, während die schlechter zahlenden und häufiger krank werdenden in der Kasse verblieben. Das raffinierte Mittel liberaler Unternehmer auf die Lebensinteressen der Offenbacher Arbeiter wurde natürlich deren Grimm, der nach einer Versammlung im November 1910 in einem Demonstrationzuge einiger hundert Arbeiter vor das Haus eines der verhassten Unternehmer, des Fabrikanten Boehm, zum Ausdruck kam. Da auch einige lärmende und beleidigende Zurufe an die Adresse des „Arbeiterfreundes“ erfolgten, kam es zu einem Prozeß, in welchem ein angeblicher Anführer wegen Aufstörung und Uebertretung des Vereinsgesetzes zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Die Offenbacher verbündeten Nationalliberalen und Merkmalen aber beschlossen nunmehr, sich mit der Bitte an die hessische Regierung zu wenden, die Offenbacher kommunale Polizeiverwaltung zu verstaatlichen. Es war vor allem die Wut dieser Helden über die kurz vorher erlittene schwere Niederlage bei den Stadtverordnetenwahlen und die Aussichtslosigkeit, noch einmal wieder zur Mehrheit im Offenbacher Stadtparlament zu kommen, die sie zur Preisgabe des wichtigen kommunalen Selbstverwaltungsrechts bestimmten.

Die Regierung ließ sich die gebotene Gelegenheit, die Macht der Sozialdemokratie zu schmälern und die eigene zu vermehren, natürlich nicht entgehen. Ohne den Versuch zu machen, von den zunächst Betroffenen, der Bürgermeisterei und der Stadtverordnetenversammlung, eine Meinungsäußerung zu erhalten, ohne auch nur diesen Faktoren Gelegenheit zu geben, sich über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu äußern, verlangte die Regierung vom Landtag die Mittel zur Einsetzung eines staatlichen Leiters der Offenbacher Polizei. Begründet wurde die Forderung mit einer Reihe völlig unzutreffender Behauptungen über die angeblich völlig unholbaren polizeilichen Zustände Offenbachs. Erst die Verhandlungen im Finanzausschuß des Landtages gaben der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit, Stellung zu der Sache zu nehmen. Sie wies nach, daß die Behauptung der Regierung, in Offenbach seien zahlreiche Verbrechen unentdeckt geblieben, völlig aus der Luft gegriffen und die unerhörte Verdächtigung, die Polizei wäre in der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Rücksichten auf Stadtverordnete gelähmt worden, eine infame Verleumdung ist. Von der Darmstädter Staatsanwaltschaft ist wiederholt die Offenbacher Kriminalpolizei als die beste des Landes gelobt worden.

Wie in der Stadtverordnetenversammlung, so wurde auch in den jetzt begonnenen Etatsberatungen der Zweiten hessischen Kammer von den sozialdemokratischen Vertretern das reaktionäre Lügengespenst zerrissen. Trotzdem ist nach den Erklärungen der maßgebenden Parteien im Landtage, der Nationalliberalen, Merkmalen und Antisemiten, an der Annahme des Regierungsantrages nicht zu zweifeln. Man glaubt damit — und das ist für diese „Vollstreckter“ allein entscheidend — die Sozialdemokratie zu schädigen. In Wahrheit wird die Affäre der Sozialdemokratie nur neues Wasser auf die Mühlen des Liberalismus.

Aus dem bayerischen Landtage.

Die Zentrumskommision gebrauchte ihre Macht in ausgiebigster Weise. Der Abg. Böhler, einer derjenigen, die für den Konflikt, der zur Auflösung des Landtages führte, mit verantwortlich sind, wurde zum Präsidenten des Budgetausschusses gewählt, und er erhielt nebenbei das Referat über den Kulturbet. Er hat so den politisch einflussreichsten und wichtigsten Kammerposten in der Hand. Das Eisenbahnerreferat bekam der Abg. Feld, der in der Konfliktperiode die Minister mit groben Schimpfreden bedachte.

Die liberale Fraktion lehnte es ab, mit dem Zentrum gemeinsam die Geburtsfeier des Prinzregenten zu begehen; sie wird eine eigene Feier veranstalten.

Ueber den Konflikt in Elsaß-Lothringen

erklärt die Scherzpresse aus „unterrichteten Kreisen“, daß die elsass-lothringische Regierung ihr möglichstes tun werde, den von der Budgetkommission des Landtages gefassten Beschluß, den Gnadenfonds des Kaisers zu streichen, im Plenum nicht durchzuführen zu lassen. Falls die Regierung dies nicht erreichen sollte, wäre es nicht ausgeschlossen, daß es, da die Liberalen für die Beibehaltung des Fonds waren und diese Partei mit den Konservativen die Mehrheit gegenüber dem Zentrum in der Ersten Kammer bildet, zu einem Konflikt zwischen Erster und Zweiter Kammer kommt.

Oesterreich.

Der Einzug des Proportionalwahlrechts.

Dem niederösterreichischen Landtage liegen zwei neue Gemeindevahlordnungen vor: für die Städte Wiener Neustadt und Waidhofen a. d. Ybbs. Danach soll, unter Aufrechterhaltung des Vierkurienwahlsystems, in den einzelnen Kurien nach dem Verhältnisystem gewählt werden. Daß es sich um zwei Gemeinden handelt, in denen die herrschende christlich-sozialistische Partei in der Minorität ist, ist natürlich reiner Zufall, ebenso wie ihr erwachendes Verständnis für den Segen des Proporz für Wien in der Zeit, in der ihr die Herrschaft über Wien entzwindet. Selbstverständlich ist auch, daß die in beiden Städten durch das Verhältniswahlrecht maßgebenden Deutschnationalen schwere „Bedenken“ gegen die Reform haben und sie wenigstens für die beiden oberen Kurien ausschließen möchten. Den Standpunkt der Sozialdemokratie entwickelte in trefflicher Rede Genosse Dr. Kerner.

Er zeigte die großen politischen und moralischen Vorteile, die das neue Wahlsystem mit sich bringt. Für die Sozialdemokratie sind dabei keine parteipolitischen Nachbestimmungen maßgebend. „Die Wahlordnung in Wiener Neustadt beruht jetzt auf der relativen Mehrheit, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir einmal sowohl im dritten als im vierten Wahlkörper die relativ meisten Stimmen anbringen könnten. (Wiener Neustadt ist im Reichsrat sozialdemokratisch vertreten.) Aber wir wollen diesen Zufallszueignis nicht haben. Wir wollen eine organische, ruhige Entwicklung unserer Parteien. Wir wollen nicht, wie es sich die Christlichsozialen vorgenommen hatten, in drei Jahren die ganze Welt erobern, um sie in fünfzehn Jahren wieder zu verlieren.“ Kerner zeigte dann, wie die bürgerlichen Parteien sich unzusammenhängend entwickelten. Alle zehn Jahre sei da eine neue Partei maßgebend, die durch das Verhältnisystem alles Beherrschende, um dann wieder durch dasselbe völlig zu verschwinden. So würden die Parteien immer von neuen Leuten geführt, während die politische Erfahrung im Herrenhause numifiziert werde.

Das Verhältnisystem, bei dem man mit einer Stimme über der Hälfte alles, mit einer darunter nichts ist, führe zur Umwertung der Indifferenten, die den Ausschlag geben, zur persönlichen Kampfesweise und zu schnurrigen Wahlkämpfen, wie sie, außer Ungarn, nirgends so gepflegt würden, wie in Wien. „Beim Proporz nimmt die Politik den gelegentlichen Charakter der Hürde für eine bestimmte Interessengruppe an. Die Parteien wissen, daß sie bei dieser soliden Politik vielleicht mehr, vielleicht weniger haben können, aber niemals ausgeschlossen werden können.“ Kerner betonte, daß auch diese Wahlreform verfaßt sei durch Aufrechterhaltung des Klassenystems. Er vermied darin auch das Frauenstimmrecht. Wie der Proporz sich durchzieht, so werde auch dieses, das nach vor kurzem verhöhnt wurde, den Widerstand der bürgerlichen Parteien überwinden. „Ueber alle Schranken, die Sie hier ausgerichtet haben, hinweg, wird auch für die Gemeinde siegreich werden das allgemeine, gleiche Wahlrecht.“

Frankreich.

Die Affäre Roussel.

Die Erneuerung eines Justizverbrechens sagt Genosse Uehy voraus, indem er darauf hinweist, daß die Wiederholung des vom Kassationshof für nichtig erklärten Verfahrens gegen Roussel, wieder vor einem algerischen Kriegsgericht, dem zu Constantine, stattfinden soll. Man dürfe von vornherein erwarten, daß dieses das Urteil seiner Kameraden von Oran nicht aufheben und den Feind der nordafrikanischen Säberrückwärts wieder verurteilen werde. Aus der Atmosphäre von Haß und Rache, die dort herrsche, müsse das Verfahren nach Paris oder vor ein anderes Kriegsgericht in Frankreich selbst verlegt werden, wo unter der Kontrolle der unabhängigen Presse wenigstens die Möglichkeit einer gewissen Unparteilichkeit gegeben sei. — Die Ausfahrten sind nicht günstig. Der Minister Millerand, der jetzt neben seinem „Gesinnungs“-Genossen Briand als Hauptverbündeter der bonapartistischen Umtriebe gilt, wird gewiß nichts tun, was den Militäristen mißfallen könnte. Und Roussel, dessen Vorleben kein gutes ist, hat nicht die Gruppen auf seiner Seite, die sich für den Millionär und Freimaurer Drejus begeisterten. So wird es wieder die Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, auch hier der Gerechtigkeit gegen herrschende Eliteninteressen zum Siege zu verhelfen.

Marokko.

Durchführung des Protektorats mit dem Säbel.

Casablanca, 1. März. Die Obersten Lauptin und Dulard werden demnächst mit beträchtlichen Streitkräften gegen die aufständischen Jaers und Semmurs vordringen. Man hofft, daß es hierdurch gelingen werde, die Ruhe an der Sahara-Grenze endgültig herzustellen.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der letzten erschienenen Nr. 5 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Sozialismus und Freiheit. — Der Merkantilismus. Von Wilhelm Schröder. — Der kleine Patriot. Jugendgedichte von W. Sch. (Schluß). — Die weißen Blutkörperchen. Von A. Liphshütz. (Illustriert). — Der sogenannte Kinderbuch. — Die Kieler Jugendkommission im Jahre 1911. — Aus der Jugendbewegung. Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Kapitän Rarps Abenteuer in Ost. Erzählung von Johannes Wiba. — Der Rentopp und ein Besuch in der Berliner „Urania“. Von Jürgen Brand. — Modellfahrten an der Waterlant. Von Friedrich Deiser. — Haus und Hausgerät. (Illustriert). — Leopold Jacoby. Von Konrad Hantsch. — Das Wunder des heiligen Antonius. — Allerhand Kurzweil.

Gewerkchaftliches.

Der Streik der Herrenmaßschneider

hat gestern bei allen den Firmen, die nicht bewilligt hatten, mit voller Kraft eingeleitet. Zahlen über den Umfang des Streiks konnten jedoch noch nicht festgestellt werden. Auf heute abend 6 Uhr ist nach den Arminhallen eine Versammlung der Vertrauensmänner einberufen, in der Bericht über den Stand des Streiks gegeben wird. Die Zahl der Geschäfte, die die neuen Vereinbarungen unterjährig anerkannt haben, ist am gestrigen Tage auf rund 100 angewachsen. Es sind keineswegs nur kleine Schneidermeister, die ihre Unterjochung gegeben haben, sondern auch recht angesehenen Geschäfte mit 40, 60 und mehr Arbeitern.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte sich gestern bei Herrn Reichstein von der Firma Reichstein u. Co., sowie bei Herrn Fröh Hoffmann, Mitinhaber der Firma Hermann Hoffmann, Auskunft über den Streik geholt, hat aber dabei Mitteilungen erhalten, die mit der Wahrheit arg in Widerspruch stehen. Herr Reichstein behauptet da unter anderem, daß den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Kampf von den Arbeitern „aufgezwungen“ worden sei, und daß die Arbeiterschaft die Verhandlungen in Frankfurt a. M. von Tag zu Tag hingezogen habe. Wie unsere Leser bereits wissen, ist den Arbeitgebern dieser Kampf allerdings gewissermaßen aufgezwungen worden, aber nicht von der Arbeiterschaft, sondern von ihren Münchener Kollegen und von ihrem dort ansässigen Zentralvorstand, der in Frankfurt alles aufbot, um die auf bestem Wege fortschreitenden Verhandlungen der verschiedenen Orte zu stören und die angebahnte Einigung zu hintertreiben. Die beiden genannten Arbeitgeber sind jeder in einem Schreiben der hiesigen Filialleitung des Schneiderverbandes darauf aufmerksam gemacht worden, daß ihre Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen, und das „Berliner Tageblatt“ hat die Briefe in Abschrift erhalten, so daß es nun in der Lage ist, seine Leser von dem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.

Rambaste Firmen der dem Detailistenverbande der Bekleidungsindustrie angehörigen Wollbranche gestern nachmittags im Schultheiß-Restaurant in der Chausseestraße eine Beratung zum Zwecke der Stellungnahme zum Schneiderstreik. Es wurde beschlossen, es dem Ermessen der Mitglieder zu überlassen, in der sehr heißen von sehr vielen verschiedenartigen Umständen im Einzelfalle begleiteten Frage frei zu handeln. Allgemein wurde jedoch auf die Ungleichartigkeit in der Tarifierung und auf die den einzelnen Geschäften hieraus erwachsenden Nachteile hingewiesen. Geschäfte mit mittlerer und kleiner Kundenkraft mühten in der Lohnzahlung gegenüber den Geschäften, deren Kundenkraft aus den oberen Zehntausend besteht, einen weiten Abstand bilden. Als ein sehr großes Uebel wurde es auch empfunden, daß angeblich Geschäfte gleichartigen Grades mit derselben Kundenkraft verschieden tarifiert sind und andere wiederum gänzlich ohne Tarif die Tarifierten in der Konkurrenzfähigkeit stark schädigen. Viele Mitglieder des Detailistenverbandes haben übrigens den geforderten Tarif bewilligt.

Neue Verhandlungen im Schneidergewerbe?

Der Unternehmerverband hat an den Zentralvorstand des Schneiderverbandes folgendes Schreiben gerichtet:

Nach § 12 des Generalvertrags darf keine der vertrags-schließenden Organisationen Streiks oder Aussperrungen verfügen, ohne vorher einen Schlichtungsversuch beantragt und vorgenommen zu haben. Obwohl wir nun den in Frankfurt am Main vom 22.-26. d. M. abgehaltenen Schlichtungsversuch als die Erfüllung der vorerwähnten Vertragspflicht betrachten und es damit als selbstverständlich halten, daß beide Parteien jetzt freie Hand haben, fragen wir trotzdem bei Ihnen an, ob Sie von uns noch die Beantragung eines Schlichtungsversuches erwarten, um die Generalaussperrung durchzuführen zu können. Sollten Sie entgegen unserer Auffassung der Meinung sein, daß wir verpflichtet sind, uns dieser Formalität nochmals zu unterziehen, so stellen wir hiermit den Antrag, am Donnerstag, den 7. März, in Halle a. S. den Schlichtungsversuch vorzunehmen. Von der Dinzuziehung von Ortsvertretern würden wir absehen. Mit Rücksicht auf das Ergebnis des soeben beendigten Schlichtungsversuches glauben wir annehmen zu dürfen, daß auch Sie die Vertragspflicht bereits für beide Teile als erfüllt betrachten und sehen ihrer gefl. postwendenden Nachricht entgegen.

Der Zentralvorstand des Schneiderverbandes hat daraufhin an den Unternehmerverband folgendes Antwortschreiben entsandt:

Unser Auffassung über die Auslegung des § 12 des Generalvertrags deckt sich vollkommen mit der in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachten, daß nach dem in Frankfurt a. M. abgehaltenen und gescheiterten Schlichtungsversuch beide Parteien freie Hand haben. Wenn dieser uns von Ihnen erneut angebotene Schlichtungsversuch also nur eine Formalität sein soll, wäre derselbe überflüssig. Dagegen erklären wir uns aber zu einem weiteren Schlichtungsversuch bereit, der zu dem Zweck unternommen wird, vor der Verfügung der allgemeinen Aussperrung zu versuchen, die noch vorhandenen Differenzen auszugleichen. Mit dem Ort und dem Tage der Zusammenkunft erklären wir uns ebenfalls einverstanden.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Weißgerber und Färber.

Vorsitzender Heidelberg berichtete am Donnerstag in einer vollzählig besuchten Versammlung von der letzten Unterhandlung mit den Unternehmern. Eine Arbeitszeitverkürzung um täglich eine halbe Stunde lehnten die Herren rundweg ab, des Weiteren verlangten sie eine fünf-, dann eine vierjährige Vertragsdauer, später gingen sie noch weiter herunter, um sich zuletzt mit 3 Jahren zu begnügen. Was die Erhöhung der Löhne anbelangt, so ließen sich die Unternehmer zu folgenden Zugeständnissen herbei: Es sollen erhalten Baumarbeiter 55 Pf. gleich, 50 1/2 Pf. pro Stunde nach 1 1/2 Jahren. Affordarbeiter 5 Proz. gleich, 2 1/2 Proz. nach 1 1/2 Jahren. Färber 50 1/2 Pf. gleich, 52 Pf. nach 1 1/2 Jahren. Wäber hatten die Bauarbeiter 51 Pf. (vor dem 1. Juli 1910) und 52 1/2 Pf. pro Stunde (nach dem 1. Juli 1910) und die Färber 46 1/2 Pf. bzw. 48 Pf. pro Stunde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde täglich soll ebenfalls nach 1 1/2 Jahren eintreten. Die Arbeiter hatten eine sofortige Verkürzung um eine halbe Stunde gefordert.

Die Zugeständnisse stießen bei einem Teil der Versammlung auf starke Opposition. Einige Bedner erklärten, es wäre besser, auf diese Zugeständnisse auch zu verzichten und einfach zu den jetzigen Bedingungen weiterzuarbeiten.

Sod vom Zentralvorstand gab einen Ueberblick von den Verhandlungen und riet den Anwesenden dringend, das Für und Wider leidenschaftslos zu erwägen. Das, was hier bewilligt werden soll, sei erdum ohne Streit und ohne jedes Opfer, sei eine Etappe auf dem Wege des Fortschritts, deshalb müsse das Angebot reichlich überlegt werden. In ähnlichem Sinne sprach auch Mahler, ebenfalls Mitglied des Hauptvorstandes. Die Verantwortung sei groß, wer einen Beschluß fasse, müsse sich desselben voll und ganz bewußt sein und müsse seine Entscheidung vor der Gesamtorganisation und vor der Öffentlichkeit sich selbständig begründen und verteidigen. Nach einer sehr ausgedehnten Debatte, die durch einen Schlussantrag beendet wurde, ergaben sich bei der Abstimmung 110 Für und 78 gegen den Streik. Da die statutarische vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit damit nicht vorhanden ist, sind die Zugeständnisse der Unternehmer angenommen.

Lohnbewegung im Stuckateurgewerbe.

Der bis 31. März gültige Tarifvertrag im Stuckateurgewerbe läuft mit diesem Tage ab. Die Unternehmer, zum Kartell der Berliner Bauarbeiterverbände gehörend, streben eine völlige Umänderung des bisherigen Vertrages an. Statt Tagelöhne — Stundenlöhne, dabei in bisher nicht bekannte Klassen nach Arbeitsarten getrennt. Statt Minimallohn — Maximallohn. „Arbeitslohn“ nennt man es verächtlich, über den nicht gefordert werden darf. Das Beste ist aber der Passus: „Affordarbeit ist nicht unzulässig, die Affordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung“. Das steht bald so aus, als ob man die Affordarbeit beseitigen will. Aber es sieht auch nur so aus. In Wirklichkeit will man durch die einzelnen Vereinbarungen die Stabilität der Löhne erschüttern. Denn daß in einem Beruf, in dem seit jeher die Affordarbeit überwiegt, sie durch Umänderung des Vertrages zu beseitigen ist, daran glauben wohl die Unternehmer selbst nicht. Ist bisher schon alles nach dem Vertragsmuster eingerichtet, so die allgemeinen Bestimmungen erst recht. Wünsche der Arbeiter scheinen gar nicht in Frage zu kommen. Rundweg hat man eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Tag, eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde pro Tag abgelehnt. Ebenso die Aufnahme neuer Positionen. Bleiben die Unternehmer bei ihren Forderungen stehen, können sie sich nicht zu Zugeständnissen entschließen, wird der Kampf unvermeidlich. Denn nach 10 Jahren ist eine Arbeitszeitverkürzung bei der gesteigerten Arbeitsleistung notwendig. Ebenjenseitig wird man ohne Lohnerhöhung zum Vertragsabschluss gelangen können. Die Abschaffung des Affordtarifes wird man sich wohl aus dem Sinn schlagen. Kann doch diese Forderung gar nicht dem Willen der Unternehmer entsprechen. Lediglich der Wille des Kartells der Bauarbeiterverbände ist hier der treibende Faktor, wie bei den anderen Forderungen der Unternehmer auch. Die Verhandlungen haben begonnen und zuletzt wird sich zeigen müssen, ob dieser Wille oder die tatsächlichen Verhältnisse im Beruf beim Vertragsabschluss zur Geltung kommen.

Eine Versammlung der Berliner Stuckateure nahm nach einem Referat von Wengels folgende Resolution an:

Die heutige stark besuchte Versammlung der Stuckateure nimmt Kenntnis von den Forderungen der Unternehmer und erklärt, daß sie auf die Aufstellung eines Affordtarifs nicht verzichten kann. Ebenjenseitig kann der Affordtarifierung und einem Einheitslohn zugestimmt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Lohnes hält die Versammlung für notwendig. Eine Verlängerung des jetzigen Vertrages kann die Zustimmung der Berliner Stuckateure nicht finden.

Die Lohnbewegung der Landschaftsgärtner.

Die Forderungen der Gärtner, die sie in der Versammlung vom 31. Januar aufstellten und die den Unternehmern gleich darauf vorgelegt wurden, haben zu Verhandlungen geführt, die am 13. Februar stattfanden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete Walter Kwasnik in einer Versammlung, die der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein zum Mittwochabend nach Cessis in Potsdam in Schöneberg einberufen hatte. Der Redner brachte zugleich den Versammelten eine Vorlage zur Kenntnis, die von den Unternehmern in einer Versammlung am 19. Februar, also nachdem die Verhandlungen stattgefunden hatten, angenommen wurde und die das enthielt, was die Unternehmer zugestehen wollten. In den Hauptpunkten, den Lohn und die Arbeitszeit betreffend, wollen die Unternehmer den Wünschen der Arbeiter nicht nachgeben, während sie in einer Reihe nebensächlicher oder weniger wichtiger Punkte zu einer Einigung bereit sind. Die Arbeiter verlangen die neunstündige Arbeitszeit (im Sommer) und 60 Pf. für Gärtnergehilfen, 50 Pf. für Gartenarbeiter und 30 Pf. für Gartenfrauen als Mindestlohn pro Stunde. Die Unternehmer wollen bei zehnstündiger Arbeitszeit 55 Pf. Stundenlohn an Gärtnergehilfen nach einem Jahre der Tätigkeit in der Branche und 50 Pf. im ersten Jahre zahlen. Für die Gartenarbeiter und Gartenfrauen soll keine Verbesserung eintreten. Ueberstunden und Sonntagsarbeit soll mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt werden, während die Arbeiter 20 Pf. forderten. — Nach eingehender Diskussion wurde die folgende Resolution als Antwort auf die Vorlage der Unternehmer beschlossen:

Die heutige Versammlung der Gärtner und Gartenarbeiter aus der Berliner Landschaftsgärtnerei erklärt sich mit den bisherigen Zugeständnissen der Arbeitgeber nicht einverstanden. Diese Zugeständnisse bedeuten teilweise Verschlechterungen, zum anderen Teil eine Festlegung der jetzigen Verhältnisse auf weitere längere Zeit. Die Versammlung beauftragt darum die Vertrauenskommission, weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu pflegen.

Der Kellnerstreik im „Deutschen Wirtschaftshaus“.

Neußölln, Bergstraße 126/127, Inhaber W. Zemlin, dauert fort. Die dort jetzt tätigen Kellner sind nicht organisiert. Eine merkwürdige Rolle spielen bei diesen Differenzen der Klempermeister Paul Provara, Bergstraße 141, und der Barbier Adolf Thiele, Strahlostraße 42. Ersterer lehnt einen früheren Schulkameraden, der Streikposten stand, verhaften, während Thiele die ankommenden Ersatzkräfte, die auf Zureden der Streikleitung nicht in den bestreikten Betrieb gingen, umzustimmen suchte. Wie verlautet, will Thiele sein Barbiergehäuf aufgeben; aus diesem Grunde übt er sich schon jetzt im Abräumen der Tische und sonstigen Kellnerarbeiten. Seit einigen Tagen finden im „Deutschen Wirtschaftshaus“ die Rekrutenausshebungen statt. Der Vicar, der in früheren Jahren immer ein sehr erheblicher war, ist seit dem Streik sehr minimal. Der katholische Arbeiterverein Neußölln hat Herrn Zemlin erklärt, daß, wenn die Differenzen bis zum 15. März nicht erledigt sind, das Lokal nicht mehr von ihm in Anspruch genommen würde. Eine gleiche Erklärung gaben für ihre demnächst stattfindenden Stiftungsfeste der Artistenverein „Einigkeit“ und der Ringssportverein „Verolina“ ab.

Deutsches Reich.

Der Streik auf der Carlshütte bei Mendenburg.

Seit 20 Wochen stehen die Arbeiter dieses Betriebes nunmehr im Kampf um das Koalitionsrecht. Nachdem die von privater Seite versuchte Vermittlung ergebnislos gewesen war, hatte das Gewerbegericht in Büdelsdorf den Versuch einer Einigung gemacht. Die Arbeiter folgten dieser Einladung, die Direktion der Carlshütte nicht. Auch ein nochmaliger Versuch des Gewerbegerichts, die Parteien zu Verhandlungen zu laden, scheiterte an dem Starrsinn der Firma. In einer Versammlung der streikenden Arbeiter wurde deshalb beschlossen, den Streik fortzusetzen. Es ist für die Zustände der Carlshütte bezeichnend, daß diese alten Arbeiter, die wohl nie geglaubt hatten, ihr Arbeitsverhältnis nochmals wechseln zu müssen, noch nach diesem Streik einmütig zusammenstehen. Natürlich macht die Carlshütte nach wie vor Anstrengungen, Arbeiter zu bekommen; sie stopft alles, wessen sie habhaft werden kann, in den Betrieb hinein. Ein neuer Arbeiter, um die Streikenden abzurufen zu können, ist die Bekanntmachung, daß, wer vom 15. April bis 15. Oktober im Betrieb in Arbeit steht, eine Prämie von 50 M. erhält. Auch dieses Manöver wird der Direktion aus ihrer Bedrängnis nicht helfen. Während dessen versucht die Carlshütte, sich ihre Gelder warmzuhalten durch Veranstaltung von Festlichkeiten und sonstigem Klimbim. Dafür kürzt sie den Gehalt der Affordpreise. — Zugut ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Schnapsprämien statt Lohnerhöhungen für die Vergarbeiter.

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ berichtet von einem eigenartigen Verfahren, die Vergarbeiter zufriedener zu stellen. Statt mehr Lohn zu gewähren, werden auf der Zeche „Werne“ Schnapsbrennereien beteiligt, wenn das von den höheren Vorgesetzten gewünschte Quantum Kohlen geliefert wird. In einem Revier sollen die Kohlenbauer 150 Wagen liefern, wenn sie in den Besitz eines Schnapscheines kommen wollen. Wahrscheinlich ge-

hören die Arrangeure dieser Schnapsbrennereien zu denselben Zeiten, die mit „christlichem“ Augenaufschlag über die Herbertheit der Welt im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen zernern, wenn sie einen betrunkenen Arbeiter sehen. Was sagt die Belaghaft zu einer solchen Bräusierung? fragt die „Arbeiterzeitung“.

Wüste dies nicht eine Mahnung an die indifferenten Kameraden sein, sich doch endlich ihrer Pflicht bewußt zu werden, sich der Organisation anzuschließen, um so damit beitragen zu können, daß anstatt fusel anhängende Löhne bezahlt werden? —

Wie diese Idylle aus dem Gegenwartsstaat zeigt, wissen nicht nur die Junker, sondern auch die Industriekapitalisten, was sie zu ihrem „Fuzel“ haben.

Lohnbewegung der Glasarbeiter.

Bei der Firma Gelddorf in Weiskasser ist es zur Arbeits-einstellung gekommen. Der Unternehmer hatte den Arbeitern einen fünfprozentigen Lohnabzug angekündigt. Bereits im vorigen Jahre wollte die Firma einen Lohnabzug machen. Da die Lohnbestimmungen aber gar zu traurig waren und die Arbeiter unter hartem Plakmangel und dadurch verursachten großen Bruchausfall zu leiden hatten, so kam zwischen der Firma und den Arbeitern eine Einigung zustande. Die Firma verpflichtete sich, Anbauten vorzunehmen und die Arbeiter wollten dann, wenn die Anbauten vollendet wären und die betriebstechnischen Mängel beseitigt wären, sich den Lohnabzug gefallen lassen.

Bei diesen Verhandlungen hatte der Arbeitgeberschutzverband deutscher Glasfabriken seinen Vertreter entsandt, aber die Unternehmer lehnten es ab, einen Vertreter des Glasarbeiterverbandes zuzulassen, und die Arbeiter sind dann in der bekannten Weise bearbeitet und bereitwillig geworden, bis sie ihre Unterschrift zum Verträge hergaben. Jetzt kommt nun der Arbeitgeberschutzverband und will den damals ausgeschalteten Verband für eine Abmahnung haftbar machen, an der der Verband keinen Teil hatte, sondern ausgeschaltet war. Das könnte den Unternehmern so passen, wenn sie mit den Arbeitern Verträge abschließen könnten und dann die Organisation, die man nicht gestraft hat, später als Tarifpartner zur Einhaltung des Vertrages zwingen könnte. Trotzdem reden die Unternehmer von einem Tarifbruch der Organisation. Dazu kommt, daß die Firma selbst der Ansicht zu sein scheint, daß die Abmahnung jederzeit durchbrochen werden kann, weil die Firma bereits im Herbst den Arbeitern Abzüge auf einzelne Artikel gemacht hat. — Die Firma selbst wäre wohl noch eher zu einer Einigung bereit gewesen, aber die Herren des Arbeitgeberschutzverbandes haben selbst eine Aufhebung der Differenzen strikte abgelehnt. — Alle Glasarbeiter werden ersucht, Weiskasser vorläufig zu meiden, vor allem aber jeden Zugang zur Firma Gelddorf fernzuhalten.

Ausland.

Ein Lotjenstreik.

Eine Anordnung des russischen Marineministeriums, daß die finnländischen Lotsen in Zukunft der russischen Marinebehörde unterstellt werden sollen, hat unter den davon betroffenen Lotsen böses Blut gemacht. Eine große Anzahl von ihnen hat bereits ihre Entlassung eingereicht. Da die finnländischen Gewässer wegen der zahlreichen Schären schwer zu befahren sind und nur geborene Finnländer alle Fährnisse der Fahrtrahnen genau kennen, herrscht in russischen Handelskreisen über die Kassenkündigungen finnländischer Lotsen große Bestürzung, da sie eine schwere Schädigung der Schifffahrt in den finnischen Gewässern in sich birgt.

Letzte Nachrichten.

Streik auf der Schichauwerft.

Ubing, 1. März. (Eig. Tel. des „Vorwärts“.) Die Arbeiter der Schichauwerft haben mit 3600 gegen 600 Stimmen die Arbeitseinstellung beschlossen.

Zum englischen Kohlengräberstreik.

London, 1. März. (B. T. B.) Gegen Schluß der heutigen Sitzung des Unterhauses gab Premierminister Asquith bekannt, daß die Regierung heute mit den Vertretern der Grubeneisener und Bergarbeiter weitere Verhandlungen gepflogen habe, das Ergebnis der Vermittlungsaktion der Regierung während der Woche sei, daß die Grubeneisener so gut wie ganz Englands die Vorschläge der Regierung angenommen haben, die Grubeneisener von Südwales und Schottland hätten die Vorschläge abgelehnt u. a. mit der Begründung, daß sie durch bestehende Abmachungen gebunden seien. Die Vertreter der Bergarbeiter hätten die Regierungsvorschläge unter der Begründung abgelehnt, daß sie nicht geneigt seien, die Höhe des auf der Bergarbeiterkonferenz am 2. Februar festgesetzten Mindestlohnes von einer Verhandlung mit den Grubeneisenern abhängig zu machen oder sie überhaupt einer Revision zu unterwerfen. Unter diesen Umständen habe die Regierung für weiteres gehalten, gegenwärtig die Besprechungen fortzusetzen. Asquith schloß, er hoffe am Montag eine weitere und vollständige Erklärung abgeben zu können.

Die Geschäftstodung greift langsam auf Handel und Industrie über. Das Land und die Schifffahrt sind sehr ernstlich in Mitleidenschaft gezogen; selbst die großen Linien geben bekannt, daß in den Verkehrsplänen Änderungen wahrscheinlich sind. Fast alle Eisenbahnen bereiten einen eingeschränkten Dienst vor, doch glaubt man nicht, daß der Personenverkehr mit dem Kontinent betroffen werden wird. Die Haltung der Streikenden ist bewundernswert.

Schwere Ausschreitungen der Suffragets.

London, 1. März. (B. T. B.) Der heutige Nachmittag hat die schwersten Ausschreitungen von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die seit dem Anfang dieser Bewegung zu verzeichnen gewesen sind, mit sich gebracht. Große Trupps von Frauen durchzogen Whitehall, Piccadilly, Haymarket, Bondstreet und andere Verkehrsstraßen Weite und zerrümpelten Ladenfenster der großen Geschäftshäuser. Einige Frauen drangen bis Downingstreet vor und zerschlugen Fensterscheiben des Wohnsitzes des Premierministers sowie des Regierungsgebäudes. Bis jetzt wurden 60 Personen verhaftet.

Unter den heute verhafteten Frauen befindet sich auch Mrs. Vandurch, die bekannte Leiterin der Frauenbewegung. Die Anhängerinnen der Bewegung machten heute abend in Regent Street einen neuen Angriff und schlugen die Schaufenster ein. Gegen 50 Polizeibeamte waren allein in Regent Street tätig. Unter den Geschäftsleuten herrscht Bestürzung.

Annahme des Lebensversicherungsmonopols in Italien.

Rom, 1. März. (B. T. B.) Die Deputiertenkammer nahm heute sämtliche Artikel des Gesetzesentwurfes betreffend die Monopolisierung der Lebensversicherung an.

Südamerikanische Kautschukereien.

Buenos Aires, 1. März. Nach Blättermeldungen aus Assuncion ist der Präsident der Republik Paraguay Rojas von den Anhängern der Colorado-partei gefangen genommen und zur Abdankung gezwungen worden. Der Kongreß hat die Abdankung bestätigt und Pedro Pena zum vorläufigen Präsidenten ernannt.

Reichstag.

17. Sitzung, Freitag, den 1. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

erste Beratung der Rechnung über den Etat für 1910.

Abg. Koste (Soz.):

In dieser Rechnung zeigt sich, daß die Voraussicht der Reichs- schatzverwaltung bei der Schaffung der neuen Steuern eine sehr mangelhafte war. Eine ganze Reihe indirekter Steuern hatten sehr erhebliche Mindereinnahmen ergeben. Wir können diese Tatsache nur begrüßen, denn sie zeigt, wie wenig praktischen Wert diese vollstehenden Steuern haben. Die Mehreinnahmen stammen zu einem großen Teil aus den großen Ueberschüssen, die die Reichs- schatzverwaltung ergeben hat. Die Postunterbeamten werden die großen Ueberschüsse mit gemäßigten Gehältern betrachten, denn ihre be- schiedenen Wünsche sind trotz der großen Einnahmen nicht be- rücksichtigt worden. Die Etatsüberschreitungen machen eine recht erhebliche Summe aus, aber sie sind immerhin hinter den früheren Jahren zurückgeblieben; in dieser Beziehung hat sich die Wirtschaft dank der überauswachen Tätigkeit des Reichstages gebessert. Bei den Kon- sultaten sind die Anstellungsverhältnisse recht mäßig. Es muß schädlich wirken, wenn so viele Stellen von Handelsfachverständigen unbesetzt bleiben. Beim auswärtigen Amt sind recht be- trächtliche Etatsüberschreitungen vorgekommen. Einen höchstlichen Beigeschmack hat dabei der eine Fall, bei dem es sich um ein Ge- schenk an einen hohen russischen Beamten handelt, das aus Anlaß des russischen Zarenbesuchs gegeben wurde. Ich er- wähne das, weil ich immer gefunden habe, daß solche Geschenke ausschließlich russische Beamte von uns erhalten. Die notwendigen Schritte daraus mögen Sie selbst ziehen. Bei der Heeresverwaltung kommen immer noch hohe Ueberschreitungen hinsichtlich der Reisekosten vor. Darin liegt eine Mißachtung der Reichs- schatzverwaltung, der wiederholt größere Sparmaßnahmen in dieser Hinsicht gefordert hat. Eine andere Mehrausgabe ist zurück- zuführen auf eine Lohnbewegung der Pastoren, die von der Verwaltung höhere Bezüge durchgesetzt haben. Die rückständige Aufschamungen in der Reichsforstverwaltung herrschen, geht daraus hervor, daß die Ausgaben für die Pensionen gesetzlich zu- stehenden Bezüge unter dem Titel „Wohlfahrtszwecke“ erscheinen. Mit den Etatsüberschreitungen muß endlich ein Ende gemacht werden. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): In fast allen Reichsressorts zeigt sich das Bestreben, sich mehr als früher streng an den Etat zu halten. Große Etatsüberschreitungen sind aber immer noch bei den Reisekosten zu verzeichnen, besonders im Heeresetat, und das merkwürdigste ist die Art, wie man dort diese Ueberschreitungen begründet. Es heißt einfach: Der Reichstag hat unseren Voranschlag nicht bewilligt, darum haben wir soundso viel mehr gebraucht. Das heißt auf gut Deutsch: Was kümmern uns die Beschlüsse des Reichstags, wir geben doch aus, was wir gefordert haben. (Hört! hört!) Weiter ist eine große Ueberschreitung in verschiedenen Kreisen bei den Hilfsarbeiterfonds zu verzeichnen.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die Etatsüberschreitungen, namentlich dort, wo die Budgetkommission Vorträge gemacht hat, kann ich vom Standpunkt der Finanzverwaltung natürlich nur bedauern. Bei den Reisekosten der Heeresverwaltung kommt aber in Betracht, daß sie zum großen Teil auf parlamentarischen Vorschriften beruhen, die sich nicht ohne weiteres abändern lassen. Als die Vorträge in der Kommission erfolgten, wußte man noch nicht, welchen Inhalt die betreffenden neuen Reise- kostenvorschriften haben würden, und wir waren uns alle darüber klar, daß diese Vorträge etwas ins Ungeheure erfolgten. — Herr Koste hat wiederholt den Wunsch ausgesprochen, wir möchten auch mitteilen, aus welchen Gründen die zu verzeichnenden Mindereinnahmen erfolgt seien. Dagegen habe ich Bedenken. Es entspricht das nicht dem Zweck der Uebersicht, die dazu bestimmt ist, Genehmigung zu erhalten für die Ausgaben, die über die be- willigten Positionen hinaus geleistet worden sind. Das trifft bei den Mindereinnahmen nicht zu. Was wir im Etat bewilligt bekommen, betrachten wir als Ermächtigung zu solchen Ausgaben, nicht als Verpflichtung, nun so viel auszugeben. Auch

bezweifle ich, daß es sehr zur Sparsamkeit anregen würde, wenn wir die Ressorts immer fragen müßten, weshalb sie zu wenig aus- gegeben hätten.

Ein württembergischer Militärbevollmächtigter verteidigt die hohen württembergischen Manöverkosten gegenüber einer Bemerkung des Abg. Erzberger.

Die Rechnung geht an die Rechnungs-Kommission. Die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Es folgt die erste Beratung der Allgemeinen Rechnung über den Reichs- haushalt für das Rechnungsjahr 1907.

Abg. Koste (Soz.):

Die große Steigerung der Pensionsausgaben in Heer und Marine ist zunächst auf die vielen

Zwangspensionierungen tauglicher Offiziere

zurückzuführen, die im Interesse der Aufrüstung des Offizierkorps erfolgt. Daneben werden die Ausgaben aber noch gesteigert durch die künstliche Hinauszögerung der Verabschiedung von Offizieren, die nur zu dem Zweck geschieht, damit der Verabschiedete eine höhere Pension bekommt. Aus dem württembergischen Heere sind mir mehrere Fälle bekannt, in denen die Verabschiedung so lange hinausgezögert wurde, bis der betreffende Offizier in einen höheren Rang befördert ist und sich dann sofort mit der höheren Pension verabschiedet läßt. Das ist eine unzulässige Veranschönerung der Gelder der Steuerzahler. Ein Skandal allerersten Ranges ist es, wenn hohe Offiziere oder Beamte aus dem Reichsdienst ausscheiden mit Pensionen von 10 000 M. und mehr, um dann in privatkapitalistische Betriebe einzutreten und dort Gehälter bis zu 40 000 Mark zu beziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das muß um so mehr befremden, wenn man dagegen die von mir kürz- lich beobachtete Tatsache hält, daß einem Kriegsveteranen, der mit vielen Orden ausgezeichnet ist, eine Veteranen- beihilfe von 120 M. verjagt worden, weil der Mann 613 M. Jahreseinnahme hat. (Hört! hört!) Hier wird dieser kleine Betrag verlangt, während man auf der anderen Seite Tausende an Pensionen für Leute zahlt, die so arbeitsfähig sind, daß sie im privaten Dienst riesige Gehälter beziehen können. In einem Falle ludte ein Stabsapotheker die Konzession für eine Apotheke nach. Er erhielt sie, wurde aber erst verabschiedet, als er die für den Bezug einer Pension notwendigen Dienstjahre erreicht hatte. Hier wurde dem Mann also Beihilfe geleistet zur Erzielung einer ungerechtfertigten Pension. Der Reichstag muß dagegen Protest einlegen und darauf sehen, daß derartigen Miß- bräuchen für die Zukunft gründlich ein Riegel vorgeschoben wird. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.) wünscht, daß die Rechnungen in Zukunft spätestens in drei Jahren und nicht erst wie hier nach fünf Jahren vorgelegt werden, und kritisiert gleichfalls die große Zunahme der Pensionen. Es kommen Fälle vor Zurückhebung von Pensionen an Leute vor, die keinen Anspruch darauf hatten, die voll- kommen gesetzlich sind. Der Reichstag muß auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß die Regierung Mißhilfe leistet an der Zurückhebung von Pensionen wie in den von dem Vorredner er- wähnten Fällen. (Waboo!) Zu solchen Pensionen sollte der Reichs- tag auch die nachträgliche Zustimmung nicht geben. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Württembergischer Militärbevollmächtigter v. Graevenitz: Der württembergische Oberleutnant ist zum Rittmeister vollkommen mit Recht im aktiven Dienst befördert worden und war von seinen Vor- gesehten als außerordentlich qualifiziert als Schwadron- chef bezeichnet worden. Er hatte nur eine geringe Dienstbeischädi- gung, die für seine Vorgesetzten kein Grund sein konnte, ihn vorher zum Abschied zu zwingen und er selbst hatte natürlich keinen Grund, den Abschied zu nehmen, bevor er Schwadronchef wurde. (Weiterkeit.) Die Uebernahme auf den Aggregiertenfonds war den Umständen nach berechtigt.

Preussischer Generalleutnant Bacmeister: Die Pensionierungen er- folgen durchaus nach den gesetzlichen Bestimmungen. Daß Offiziere länger gehalten werden, damit sie eine höhere Pension bekommen, findet nicht statt, ich möchte das ausdrücklich konstatieren. (Lachen links.)

Abg. Erzberger (Z.): Daß die Herren zu retten suchen,

was zu retten ist, begreife ich, aber die Herren können nicht er- warten, daß ihre Ausführungen auf uns größere Ein- druck machen als auf den Rechnungshof. Dieser hätte sicher nicht die Fälle moniert, wenn nicht doch etwas mehr dahinterstehen würde. Ich möchte die Rechnungskommission ersuchen, die beiden Fälle recht eingehend zu prüfen.

Reichsschatzsekretär Wermuth geht auf einige Bemängelungen der Praxis des Rechnungshofes des Abg. Erzberger ein und jagt die vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen.

Abg. Koste (Soz.):

Ich habe von der preussischen Militärverwaltung nichts anderes erwartet als die Versicherung, daß es natürlich ausgeschlossen sei, daß zu unrettbar Pensionen gewährt werden. Das, was uns der Militärbevollmächtigte gesagt hat, ist nichts Neues, aber ich glaube, daß er bei denjenigen Herren, die die Dinge kennen, auch durch seine kategorische Versicherung nicht die Zweifel behoben hat. Wir wissen, daß immer wieder Offiziere in höhere Stellen befördert werden, um dann überraschend schnell dienstunfähig zu werden. Wir würden geradezu unsere Pflicht verletzen, wenn wir nicht das äußerste Mißtrauen dieser Verwaltung gegenüber hegen würden. Wir nehmen lediglich Notiz von den Versicherungen der Verwaltung, aber die Rechnungskommission wird gut tun, wenn sie ganz abtrübt von diesen Versicherungen sich hinter den Rechnungshof stellt und ihm das Rückgrad stärkt. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Posadowsky (wild): Es kommt wiederholt vor, daß Herren, die aus Reichsfonds ihr Gehalt beziehen, nicht mehr die Reue finden, weiter zu dienen. Es kommt auch vor, daß Personen, die aus Reichsfonds ihr Gehalt beziehen, durch äußere Verbindungen in die Lage kommen, zu glauben, ihre Tätig- keit außerhalb des öffentlichen Dienstes besser verwenden zu können und ganz außerordentlich ge- winnreiche Stellungen einnehmen. (Sehr richtig!) Ich habe gar nichts dagegen, wenn jemand glaubt, nicht mehr weiter dienen zu müssen, sondern Privatmann zu werden oder einer Privatnützlich- keit seine Kräfte zu widmen, daß er aus dem Reichsdienst ausscheidet. Ich halte es aber für vollständig unzulässig, daß ein solcher Mann, wenn er noch dienstfähig ist und namentlich so fähig, daß er andere großartige verwickelte Aufgaben erfüllt, eine Pension aus Reichsmitteln bekommt. (Lebhafte Zu- stimmung.) Gerade für eine Verwaltung ist es absolut notwendig, daß die Verhältnisse durchaus durchsichtig sind, und daß man der öffentlichen Meinung keinen Anlaß zum Mißtrauen gibt. Eine zweite Frage: Herr Erzberger hat hier eine Reihe von technischen Fragen über die Bestattung des Etats erörtert. Es genügt nicht, daß man den Etat aufstellt, auch nicht, daß man in der Rechnungskommission die Rechnungen prüft, sondern für ein großes Gemeinwesen wie das Deutsche Reich ist auch ein Komptabilitätsgesetz (Rechnungsgesetz) notwendig. (Zustimmung.) Es müssen Grundzüge festgelegt werden, nach welchen der Etat nicht nur aufgestellt, sondern ausgeführt wird. (Zustimmung.)

Die Rechnung geht an die Rechnungs-Kommission. Hierauf wird die

zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Werner-Gießen (Ant.) tritt in längeren Ausführungen für die Aufrechterhaltung der bisherigen Schutz- zollpolitik ein. Wenn die Sozialpolitik für die Arbeiter weiter- geführt werden soll, so muß das Handwerk in die Lage versetzt werden, die ihm dadurch auferlegten Lasten zu tragen. Der große Beschäftigungsnachweis muß eingeführt, die Fabrikbetriebe müssen zu den Kosten der Lehrlings- ausbildung herangezogen werden. Die kleinen Wägen bedürfen des Schutzes gegen die brutale Macht des Großkapitals. Die Warenhäuser, die Großbanken be- deuten eine Gefahr für unser Wirtschaftsleben. (Lachen links.) Die Sozialdemokratie hat für den Mittelstand nichts Positives geleistet, aber sie gräbt ihm zielbewußt durch die Konsumvereine das Wasser ab. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Beamte, die solchen Konsumvereinen angehören, tragen als Diener des Staates dazu bei, den Staat zu untergraben. Der sozialdemo- kratische Revisionismus ist viel gefährlicher als der Kapitalismus. (Weiterkeit.) Zur bürgerlichen Partei wird die Sozialdemokratie nie werden, wir müssen sie hinunterschlagen

Kleines Feuilleton

Der Hofenknopf. Dieser Tage wurde mir eine Geschichte er- zählt von einem ordentlichen Richtersmann und einem verlorenen Hofenknopf. Ich weiß nicht mehr genau, wo die Geschichte passiert ist; wenn ich nicht irre, ganz hinten in Sibirien. Es kann aber auch anderswo gewesen sein.

Dieser ordentliche Richtersmann kannte alle Paragraphen des Strafgesetzbuches auswendig, und für die Ordnung im Staat war er so besorgt wie für tadellos weiße Wäsche.

Eines Tages sah dieser Richtersmann wieder einmal auf seinem Richterstuhl und beurteilte mit Hilfe zweier Schöffen die sündige Menschheit. Er hatte morgens gut gefrühstückt; so war er milde gesinnt und die armen Sünder lobten den guten Richter. Da — trach — rief ihm ein Hofenknopf, den der Schneider nicht gut an- genäht hatte. Vielleicht war auch der Zwirn alt und brüchig ge- worden. Das wußte mein Gewährsmann nicht genau, und so kann auch ich die Ursache nicht mit Sicherheit angeben. Tatsache ist aber, daß dem ordentlichen Richtersmann auf einmal ein Knopf an der Hofe fehlte, und daß infolgedessen die Hofe nicht mehr tadellos sah. Darüber ärgerte sich der Richtersmann sehr. Alle Augenblicke mußte er die Hofe wieder hochziehen, und wenn er sich mit den Schöffen ins Beratungszimmer zurückzog, sah er sich mit der Hand durch den Schlitze des Talars und hielt die Hofe möglichst unauffällig fest.

Nun wunderten sich alle Zuhörer und die Zeitungsschreiber, am meisten aber die armen Sünder, daß der Richtersmann auf einmal so gar streng urteilte. Wenn sie gewußt hätten, daß dem Richtersmann ein Knopf an der Hofe abgesprungen war, hätten sie sich vielleicht nicht mehr gewundert.

Eine Fabrikarbeiterin wurde vorgerufen, sie sollte in der Fabrik Material gestohlen haben. Man hatte etwas Garn in ihrem Korb gefunden, als man abends revidierte. Die Arbeiterin sagte, sie wisse nicht, wie das Garn in ihren Korb gekommen sei. Viel- leicht habe es der Meister hineingesteckt, dem sie nicht zu Willen gewesen sei. Man möge sie doch freisprechen, weil sie nicht ge- stolzen habe. Auch habe sie ein kleines Kind daheim, das die Mutter noch nicht ernähren könne.

Der ordentliche Richtersmann glaubte aber der Frau nicht; der eine Schöffe hatte während der Verhandlung ein wenig ge- duselt, weil er den Tag zuvor etwas lange in seiner Stammskneipe geblieben war, und der zweite Schöffe jagte im Beratungszimmer zu den Ausführungen des Richters: ja, ja, denn er war hungrig und wollte darum zu Wuttern beim. So wurde die Arbeiterin zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Andern Tages zog man sie mit ihrem Kinde aus dem Wasser. Als der ordentliche Richtersmann das hörte, schaffte er sofort seinen bisherigen Schneider ab; der neue Schneider wurde dann von dem Richtersmann ernst ermahnt, ja die Hofenknöpfe fest anzunähen, und auch einen Reiterknopf einzusetzen, im Interesse einer soliden Rechtspflege.

Dilettantenabbcutung. Herr Dr. jur. Kurt Wolff in Breslau hatte an die Firma E. Pierjons Verlag, Inhaber Richard Linde, L. u. L. Postbuchhändler in Dresden, den folgenden Brief gerichtet, um einmal festzustellen, ob an dem Gerücht über zu großes „Ent- gegenkommen“ durch gewisse Firmen was Wahres sei:

Umstehend ein Gedicht. Habe ein Band Gedichte geschrieben. Sind sehr schön Mein Freund findet sehr gut. Bitte mir zu schreiben, ob Sie meine Ge- dichte drucken wollen, und was kostet es?

Mit Aller Hochachtung, Kurt Wolff, Drogist, Breslau, Ernststr. 8. Senden anbei Rudporto. Bitte mir gleich höflich schreiben, ob ich Dichter bin und 20 Gedichte von mir drucken wollen. Höre, daß auch j. Dichtern helfen. Will gern alles event. zahlen, was Sie kostet (bis gepart 500—600 M. mer nich), muß aber in Zeitung stehn, daß von mir ist.

Das ist mein bestes.

Die Duale.

Die Duale durch die Wälder geht Und durch die Täler leise Mein Herz ist warm und geht Hinauf, hinauf.

Die Duale durch die Wälder geht Die Blümlein sind gepflanzt Ich könnt ich immer am Ufer gehn Hinauf, hinauf.

Die Duale durch die Wälder geht Die Sterne scheinen Es wird Nacht und die Sonne geht Hinauf, hinauf.

Breslau im Mai.

Darauf erhielt der Einsender die Antwort: Sehr geehrter Herr! Ihre Gedichtproben haben wir mit leb- haftem Interesse gelesen, sie sind recht stimmungs- voll und zeugen von poetischen Talenten, wenn auch die Form manchmal nicht ganz tadellos ist. Jedenfalls sind die Gedichte, die wir von unserem literarischen Mitarbeiter etwas durchsehen lassen würden, einer Veröffentlichung wert und wir wären gern bereit, die Sammlung zu drucken und herauszugeben. Freilich müßten Sie die Kosten tragen, denn ein genügender Absatz ist nicht sicher, so- lange ein Dichter noch nicht bekannt ist. Wir bitten nun, uns sämtliche Gedichte einzusenden, damit wir Ihnen das Nähere mit- teilen können. Hochachtungsvoll und ergebene E. Pierjons Verlag. Später machte die Firma, sie hätte noch keine Nachricht und hätte, die Gedichte nun gefälligst einzusenden.

Der Kunstwart, dem wir die Bekanntgabe dieses Brief- wechsels verdanken, beklagt, daß mancher arme Teufel seine Gripe- nisse für die hohe Ehre opfert, von einem kaiserlichen und königlichen Hofbuchhändler verlegt zu werden. Pierjon ist ja der klassische Typ dieser Literaturmache, aber es gibt noch manche andere. Manche dieser Herren begannen durch verkaufte Verträge die „ver- legten Dichter“ noch extra und tun im übrigen für die Verbreitung der Schriften so gut wie nichts.

Humor und Satire.

An die blau-schwarz Geprägellen.

Gottseidank, es gab doch Klarheit, und man sah es wieder hier: Sagen derbe wir die Wahrheit — noch viel derber schwindelt ihr!

Wahrheitsliebend wie Schelmoffst ist ein rechter Zentrumsmann, Zentrumsmann ist auch Cronowst und man merkt's ihm die an.

Dieser las den Liquori und verstand das Eine bloß: Wo verlagst all dein Wimbork- um, da läge nur drauf los?

Gleiche Brüder, gleiche Klappen — Jauchend schnappt das Hohe Haus nach dem fetten Lügenhappen, tobt und brüllt und schimpft sich aus.

Ja — wenn man den Hund verprügelt, judt und schmerzt ihn halt das Fell, aus der Schnauze ungezügelt fährt sein Weh- und Wutgebell.

Tuch zu hassen und zu peitschen, ist erst recht nun läche Pflicht. Lob von Römisch-Preussisch-Deutschen ... Wahrlich, das ertrüg' ich nicht.

Rudolf Franz.

Notizen.

— Der Volkslieder-Abend des Deutschen Arbeiter- Abstinenz-Bundes findet umfänglich erst am 10. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt, nicht wie auf den bereits verlaufenen Willens angegeben war, am 8. März.

— Wanderer, hemme deinen Schritt. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: In dem reizend gelegenen Dorfe Nordenberg bei Rottenburg ob der Tauber steht ein großes Gasthaus. An der dazugehörigen Scheune liest man in prächtiger goldener Schrift auf weißer Marmortafel: „In dieser Scheune waren bei dem Herzogsmannöver 1808 drei Equipagen v. S. Hoh. des Prinz- regenten untergebracht!“ Die betreffende Ortschaft liegt in Bayern, und nicht etwa, wie manche vermuten könnten, im Ouzantinerreich.

— Die Prager Zensoren... (Ergänzung in Heines Reisebildern) haben eine pädagogische Vorlesung des Dichters Dito Ernst verhindert. Sie wollten von den veranstaltenden Verein „Freie Schule“ den Text des Vortrags vorgelegt haben; der Verein konnte aber nur zwei Romanbände Otto Ernst vorlegen, in denen die Gedanken des Vortrags enthalten seien. Bücher lesen aber wollte Herr Kritiken, der Polizeidirektor, nicht, namentlich die des „Schul- unschuldigen“ Verfassers von „Flachsmann als Erzähler“ und so rettete Aikawa Flachsmanns Ehre und verbot...

oder wir gehen dabei zugrunde. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Redner sucht des weiteren durch Zitate aus sozialdemokratischen Schriften nachzuweisen, daß das Ziel der Sozialdemokratie die völlige Abschaffung jedes Privateigentums sei. Der Grundgedanke der französischen Revolution war Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! (Wiesentliches Hört! hört!) Wenn nach den Wünschen der Sozialdemokraten die indirekten Steuern durch eine scharfe Erbschaftsteuer ersetzt werden, was hat eine arme Frau von den Erbschaften, wenn dann bei einem Todesfall der Steuererzieher kommt? (Lachen links.) Der Ausfall der Wahlen zeigt den verderblichen Einfluß der jüdischen Presse. (Gelächter.) Sie haben ja in der Sozialdemokratie schon eine jüdische Fraktion. (Lachen links. Auf: „Krenzl!“) Auch der Hanjandarm steht unter jüdischer Führung. (Erneute Heiterkeit.) Wir brauchen Aufklärung! (Stürmische Zustimmung links. — Große Heiterkeit.) Notwendig ist auch gegenüber der unheimlichen Presse ein stärkerer Schutz der persönlichen Ehre! (Lebhafte Zurufe: „Brüh! Brüh!“ — „Wahrheit!“)

Vizepräsident Dove ersucht die künftigen Redner, sich mehr an das Messer des Reichstages des Innern zu halten.

Als Abg. Bruhn (Ant.) das Wort nimmt, verläßt die Linke den Saal. Bruhn ruft den Sozialdemokraten zu: „Ihre Genossen mußten vor Gericht vor mir zu Kreuze kriechen und Sie besigen die Dreifigkeit, mich hier zu verächtigen!“

Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck „Dreifigkeit“.

Abg. Dr. Pieper (Z.) erörtert zunächst die vom Zentrum vorgelegten Resolutionen zur Privatbeamtenfrage. Das wichtigste ist jetzt die Regelung der Konkurrenzlaufs. Den Verbänden der Handlungsgehilfen muß Gelegenheit gegeben werden, sich zu dieser Materie zu äußern. Andere Fragen wie obligatorische Zahlung des Gehalts am Monatsanfang werden leichter zu regeln sein. Vor allem muß das Koalitionsrecht der Privatangestellten gesichert werden. Ich erinnere an das Vorgehen der Güte-Hoffnungshilfe gegen die technischen Angestellten. Die Regierung sollte solche Mißbräuche nicht ruhig laufen lassen. — Die vom Beirat für Arbeiterkassen nach mühevoller Arbeit fertiggestellten Gutachten scheinen fast ruhig im Archiv zu ruhen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Frage der Arbeitszeit in den Kontoren liegt z. B. ein solches Gutachten vor, ohne daß die Frage weiter kommt. — Die Vorbereitungen zum Reichstheatergesetz sollten möglichst beschleunigt werden. — Das Arbeitskammergesetz haben wir wieder eingebracht in der Form, wie es feinerzeit aus der Kommission kam mit einer Konzeption in bezug auf die Staatsarbeiter und wir hoffen, daß diesmal auch die Nationalliberalen dafür zu haben sein werden. — Ueber die auf Grund des § 120a erlassenen Bundesratsvorschriften sollte dem Reichstage regelmäßig von Zeit zu Zeit eine Uebersicht zugehen. Weiter verlangen wir völlige Sicherung des Koalitionsrechts, weiteren Ausbau und Schaffung einer Zentralstelle für Tarifverträge. Ich begreife ja, daß der Staatssekretär sich scheut, das heilige Eisen eines freihändlerischen Ausbaues des Koalitionsrechts aufzuheben. Ich möchte vorschlagen, daß sich außerhalb des Parlaments Vertreter der Arbeiterorganisationen, Sozialpolitiker und auch sozial denkende Arbeitgeber zusammenschließen und versuchen, in dieser Frage eine Vereinbarung anzubahnen im Anschluß an die Arbeiten des Deutschen Juristentages und der Deutschen Gesellschaft für Sozialreform. Die Regierung selbst aber möge gerade diese Frage immer an der Spitze ihrer Aufgaben behalten. (Bravo!) Die zu schaffende Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge soll ohne Bevormundungen zu wachen, auch eingreifen, um schwere Konflikte zu vermeiden, wie das jetzt die englische Regierung in Kohlenarbeiterstreik getan hat. Auch in solchen Fällen muß das Reichsamt des Innern die Initiative ergreifen, wie es das bei Gelegenheiten tut. (Bravo! im Zentrum.)

Die Weiterberatung wird vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Herr Bruhn hat vorhin auf Zwischenrufe von uns erklärt, wir seien vor Gericht zu Kreuze vor ihm gekrochen. Ich hätte einen Vergleich mit ihm geschlossen und mein Bedauern ausgesprochen. Diese Worte können sich nur beziehen auf einen Vergleich, der unter meiner Ägide am 6. Februar dieses Jahres geschlossen worden ist vor dem Landgericht Berlin I in einer Privatklage Bruhn gegen den Redakteur unseres Brandenburgischen Blattes Varon, die angeklagt war wegen eines Artikels, in dem es hieß: „Die von Bruhn gehören nicht zu den überzeugungstreuen Männern, sondern zur Masse des Lumpenproletariats der Feder, zu den Schmeicheln, die nie ihre Uebersetzung verkaufen, weil sie nie eine Befehle haben. Es stinkt in der Berliner Küche der bürgerlichen öffentlichen Meinung um die Angeklagten werden freigesprochen, Gerichtsdiener, öffnen Sie die Fenster.“ Im Anfang des Artikels wird von Ehrenmännern vom Schlage des Wahrheitsmannes usw. gesprochen. Es ist in dieser Sache allerdings ein Vergleich zustande gekommen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Angeklagte erklärt, soweit in dem zum Gegenstand der Privatklage gemachten Artikel Behauptungen enthalten sein sollten (Heiterkeit), nehme ich sie zurück, jedoch unter Wahrung meines grundsätzlichen Standpunktes. Die Parteien erklären wechselseitig, daß aus dem Vergleich keinerlei Folgerungen gezogen werden sollen.“ (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bruhn weiß auch ganz genau, daß die Erklärung eines Bedauerns ausdrücklich abgelehnt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotz des erwähnten Schlußsatzes des Vergleichs stellt sich Herr Bruhn heute hierher und zieht aus dem Vergleich Folgerungen und noch dazu ganz unaufrichtige. Nur deshalb, weil der Fall Bruhn für alle anständigen Menschen längst erledigt ist, haben wir uns schließlich dazu bereit gefunden, diesen Vergleich, der Ohrfolgen für Herrn Bruhn, nicht aber eine Rehabilitation bedeutet, zu schließen. Es könnte zweifelhaft sein, ob es sich lohnt, mit den Angriffen des Herrn Bruhn, dieses erledigten Mannes, überhaupt sich noch zu befassen. (Unruhe rechts.)

Präsident Kaempf: Das dürfen Sie nicht sagen. Weil aber Herr Bruhn diese Sache als Strohhalm benutzt hat, um sich aus dem Sumpf herauszuziehen, empfahl sich diese Feststellung, daß auch die ungünstigste Beurteilung des Herrn Bruhn noch zu günstig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruhn (Antif.): Ich immer bei solchen Prozessen ist sehr hart auf mich eingewirkt, ich möchte doch einen Vergleich schließen, da die Sache schon lange her sei. Zuerst war in dem Vergleich der Ausdruck des Bedauerns enthalten, und Herr Liebknecht erklärte sich auch damit einverstanden. Erst während der Protokollierung meinte Herr Varon, das könne er nicht und man rede so viel auf mich ein, daß ich schließlich sagte, es ist mir ganz egal, ob Sie das bedauern oder nicht. (Lachen links.) Wegen die Herren Fischer und Weis läßt ich seit zwei Jahren einen Prozeß, kann aber nicht zu meinem Recht kommen, weil sie sich hinter der Immunität als Abgeordnete vertriehen und hier sagt es Herr Liebknecht, mit dieser Freiheit gegen mich aufzutreten. (Präsident Kaempf: Das Wort Freiheit ist durchaus unparlamentarisch. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Herr Liebknecht hat mehrfach mich als einen nicht anständigen Menschen bezeichnet.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Wenn man mehr glaubt, Herrn Bruhn oder mir, darüber kann ich das Urteil dem Hause überlassen. Es ist keine Rede davon, daß ich mich mit dem Bedauern einverstanden erklärt hätte. Bei der erstmaligen schnellen Verlesung hatte ich es überhört, aber sobald die Rede bei der Verlesung darauf kam, erklärte ich, es sei ganz ausgeschlossen, daß man Herrn Bruhn sein Bedauern ausprechen könne. Ich stelle nochmals fest, daß trotzdem beide Parteien erklärt haben, keine Folgerungen aus dem Vergleich ziehen zu wollen, Herr Bruhn die Stirn hat, zu behaupten, ich sei vor Gericht zu Kreuze gekrochen. Das ist eine faule und unaufrichtige. (Präsident Kaempf rügt den Ausdruck.)

Abg. Bruhn (Antif.): Gewiß ist erklärt worden, daß keine

Schlüsse gezogen werden sollen, das bezog sich aber nur darauf, daß, wenn die Herren den Vergleich beabsichtigen, sie keine faulen Bemerkungen daran knüpfen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Beide Teile!) Gewiß galt das für beide Teile, aber was sollte ich auf die Zwischenrufe vorhin erwidern? (Große Heiterkeit links. Zurufe: Die Wahrheit!)

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Geschäftsordnungskommission des Reichstages.

Die auf 21 Mitglieder erweiterte Geschäftsordnungskommission des Reichstages hielt am 1. März ihre erste Sitzung ab. Von sozialdemokratischer und nationalliberaler Seite wurde beantragt, zunächst die bereits in der letzten Legislaturperiode behandelten Abschnitte über Interpellationen und „kurze Anfragen“ sofort wieder in Angriff zu nehmen, zumal der Bericht darüber fertiggestellt ist und in den Akten des Reichstages sich befindet. Diese Berichte können als Unterlage für die Verhandlungen dienen. Dann solle die allgemeine Revision folgen. Die Konserverativen beantragten, sofort in die allgemeine Revision einzutreten. Dagegen wurde geltend gemacht, daß, da inzwischen das Material für die allgemeine Revision beschafft werden müsse, die Zeit mit der Beratung dieser beiden Abschnitte ausgefüllt werden könne.

Der erste Antrag wurde gegen die zwei konserverativen Stimmen angenommen. Einstimmig wurde dann beschlossen, als Material die Geschäftsordnungen verschiedener Landtage zu beschaffen. Ein Antrag der Konserverativen, zu den Beratungen einen Regierungsvortrager und den früheren Präsidenten Graf v. Schömerin-Pöwisch hinzuzuziehen, wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Als Berichterstatter wurde der Abg. Gröber gewählt und als dritter Schriftführer Abg. Litz (natl.). — Die Kommission beschloß, nächste Woche die Beratungen zu beginnen und wöchentlich drei Sitzungen abzuhalten. Die Sitzungen finden Mittwoch, Donnerstag und Freitag statt.

Der neue Liberalismus und der neue Mittelstand.

Die Ausführungen des Genossen Kautsky über diesen Gegenstand in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ haben in den Kreisen der Privatangestellten große Aufmerksamkeit aber auch manchen Widerspruch erregt. Es seien deshalb einige Bemerkungen dazu gestattet.

Die Klassenbewußten Privatangestellten fühlen sich durchaus nicht als ein neuer Mittelstand. Das Wort wird zudem häufig gebraucht zur gemeinsamen Bezeichnung von Volksschichten, deren ökonomische und soziale Interessen sich durchaus widersprechen. Man tut deshalb besser, diesen, die Lage der Angestellten keineswegs zutreffend bezeichnenden Begriff nicht anzuhängen. Genosse Kautsky schildert durchaus zutreffend die Spaltungen in den oberen Klassen. Dagegen führt es zu irrigen Auffassungen, wenn er die 2 Millionen Angestellten sämtlich als eine Abspaltung aus den oberen Klassen charakterisiert. Die sogenannten Intellektuellen, die Juristen, Rechtsanwälte usw., die er sicher rubriziert, waren ja auch schon vor dieser Entwicklung vorhanden und können keinesfalls dem neuen Mittelstand zugezählt werden. Die Reichsanwälte z. B. sind doch ausgesprochene Unternehmer. Aber auch die Privatangestellten sind keineswegs eine einheitliche Klasse. Man muß unterscheiden zwischen der großen Masse der eigentlichen Angestellten, den Handlungsgehilfen, den Industrieangestellten, den technischen Angestellten, den Bureauangestellten und jener kleinen Oberschicht, die die hohe Verwaltungsbureaucratie des Kapitalismus darstellt. Die Angehörigen dieser Oberschicht allerdings sind „nach ihrer Vergangenheit und noch mehr nach ihrer Zukunft, die sie erwarten, Bourgeois“.

Nach der Darstellung Kautskys spaltet sich diese „Aristokratie“ gegenwärtig von der breiten Masse ausgebeuteter „proletarischer Existenzen“. Diese Schichtung ist jedoch nicht ganz zutreffend. Denn diese „Aristokratie“, die höhere Verwaltungsbureaucratie des Kapitalismus, die in den Banken, in den großen industriellen Unternehmungen, in den großen und mittleren Handelsbetrieben die Leitung in Händen hat, kann man überhaupt nicht zu den Angestellten zählen. Es handelt sich bei dieser Gruppe keineswegs um eine Mittelschicht, sondern um die Söhne, Bettern und Enkel des Großkapitals. Selten wird ein Outsider an die leitenden Posten gelassen. Nein, sie müssen alle aus der kapitalistischen Sippe sein, wenn sie zu jener Aristokratie zählen wollen. Sie haben sich auch nicht von den Angestellten abgespalten, sondern waren schon immer die Anwärter für die höheren Regionen. Trotzdem wird vielfach von den bürgerlichen Parteien versucht, der Masse der Angestellten, die durchaus proletarische Existenzen sind und immer bleiben, vorganzukeln, auch sie könnten einmal zu der höheren Bureaucratie aufsteigen. Damit löbert man die Angestellten, um sie von der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten.

Vom Boden der wirtschaftlichen Tatsachen aus gesehen hat die breite Masse der Angestellten schon immer zum Proletariat gerechnet werden müssen. In ihrer Ideologie allerdings bewegt sich die Mehrzahl der Angestellten als zukünftige Bourgeois. Die soziale Lage der Angestellten aber wird von jeher charakterisiert durch die vollendete Unsicherheit der Existenz, verbunden mit einer weitgetriebenen persönlichen Unfreiheit. Das mangelhaft entwickelte Solidaritätsgefühl der Angestellten hat bisher das Entstehen großer Gewerkschaftsorganisationen der Angestellten verhindert. So ist es denn dahin gekommen, daß die Arbeiterkassen dank ihrer starken Gewerkschaften und ihrer regen politischen Tätigkeit ökonomisch viel sicherer, sozial viel unabhängiger gestellt ist als das große Heer der Angestellten. Die aus Anlaß des Pensionsversicherungsgesetzes für Angestellte aufgenommenen Statistiken haben ergeben, daß 90 Proz. und in einzelnen Berufen bis zu 90 Proz. der Angestellten der Invalidenversicherungspflicht unterliegen, also nicht mehr als 1000 M. Jahreseinkommen haben. Die fortschreitende Betriebskonzentration der Industrie und die dadurch ermöglichte und immer mehr ausgebaute Arbeitsleitung gleicht ständig die Unterschiede unter den Angestellten aus und gestaltet ihre Lage immer mehr der der Arbeiterschaft ähnlich. Infolgedessen denken sich schon heute die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten im allgemeinen und grundsätzlich mit denen der Arbeiterschaft.

Aber die politische Gruppierung der Angestellten. Die bürgerlichen Parteien bemühen sich seit einigen Jahren mit allem Eifer, den Angestellten sozialpolitische Versprechungen zu geben, um sie vom politischen Erwachen abzuhalten. Dies ist ihnen bisher noch gelungen, ob aber deshalb die Annahme Kautskys richtig ist, daß die Privatangestellten „von Haus aus zum Liberalismus“ gehören, erscheint doch einigermaßen zweifelhaft. Kautsky meint, „wenn die fortschrittliche Volkspartei und sogar ein Teil der Nationalliberalen in letzterer Zeit schärfere Töne der Opposition finden, ... so dürfte das nicht zum mindesten dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die direkten Ausbeuter sich mehr vom Liberalismus abwenden und die Intellektuellen und Angestellten in ihm mehr in den Vordergrund treten“.

Wie lange die oppositionelle Haltung der Nationalliberalen anhält, bleibt abzuwarten. Die Opposition der Fortschrittler aber ist sicher nicht auf das Hervortreten der Angestellten in dieser Partei zurückzuführen. Gerade die fortschrittliche Volkspartei hat allen Kredit bei den Angestellten verloren. Für deren politische Stellung gibt die Haltung der bürgerlichen Angestelltenorganisationen die besten Anhaltspunkte. Diese Organisationen, die an 600 000 Mitglieder umfassen, gebärden sich zwar gern als politisch neutral, segeln jedoch sämtlich im Kielwasser bestimmter Parteien. Eine der großen Handlungsgehilfenorganisationen von etwa 100 000 Mitgliedern ist ausgesprochen antisemitisch und ihre Führer agrar-konserverativ gerichtet. Zwei weitere Handlungsgehilfenorganisationen, die ebenfalls je 100 000 Mitglieder umfassen, und die meisten der übrigen kaufmännischen Angestelltenverbände stehen dem rechten Flügel der Nationalliberalen nahe. Die Technikerorganisationen, mit Ausnahme des Werkmeisterverbandes — etwa 50 000 Mitglieder — lehnen sich sehr stark an die demokratische Vereinigung an und sind deren Kerntruppe, während der 50 000 Mitglieder zählende Verlegerverband zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittler hin und her schwankt. Die einzige Organisation, die früher im Fortschrittlerlag stand und nur 20 000 Mitglieder zählt, hat sich vor einiger Zeit wegen der kläglichen Haltung der Fortschrittler in sozialpolitischen Fragen von dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften losgelöst. Zeigt die politische Haltung der Privatangestellten also ein in jeder Beziehung verworrenes Bild, so kann jedenfalls von einer allzu großen Einigkeit zum Linkseliberalismus nicht gut die Rede sein.

Aber wenn auch bisher erst 25 000 Angestellte auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, während sich die große Masse der Sozialdemokratie gegenüber absehnend verhält, so wäre es doch falsch, zu meinen, die Angestellten stehen „Waffenaktionen meist verständnislos, mit Abneigung oder doch mit Mißtrauen gegenüber“. Dagegen spricht denn doch das Vorhandensein jener großen und außerordentlich rührigen Berufsorganisationen. Durchaus zutreffend ist es aber, wenn Genosse Kautsky darauf hinweist, daß die Privatangestellten im Wahlkampf in den Großstädten den Ausschlag in dem Ringen zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse geben. Wenn ihre wirtschaftlichen Interessen für die politische Haltung der Angestellten entscheidend wäre, dann allerdings müßten sie schon heute zu neun Zehnteln für die Sozialdemokratie stimmen. Diese neun Zehntel sind keineswegs in ihrer „ökonomischen Stellung dem Proletariat gegenüber privilegiert“, sondern in dieser Beziehung schon heute vom Proletariat nicht mehr so unterscheiden. Aber ebenso wie heute noch trotz einer beispiellosen Aufklärungsarbeit der Partei mindestens 4 Millionen wahlfähiger Arbeiter noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind, so sind auch von den 1 1/2 Millionen wahlfähiger Privatangestellten erst kleinere Teile dem Gedanken des Klassenkampfes gewonnen. So bedauerlich das ist, so wäre doch nichts verkehrter, als die Entwicklung des Liberalismus, seinen endgültigen Bankrott und die weitere Radikalisierung der Angestellten abzuwarten. Zu lange schon haben wir es an einer gründlichen und unaufhörlichen politischen Propaganda des Klassenkampfes und des Sozialismus unter den Privatangestellten fehlen lassen. Die hinter uns liegende glorreiche Wahlschlacht hat jedem der Augen hat zu sehen, die Gewissheit verschafft, daß die Zeit erfüllt ist, daß der Boden reif geworden ist, um die Saat des Sozialismus fruchtbringender denn je in die Köpfe der Privatangestellten zu senken. Selmut Lehmann.

Deutscher Frauenkongreß in Berlin.

Am Freitag wird weiter über Berufsfragen verhandelt, und zwar waren die Verhandlungen drei verschiedenen Berufsgruppen gewidmet — akademische Berufe, Schauspieler, Krankenpflegerinnen —, für die augenblicklich bestimmte Probleme in der Gesetzgebung und Verwaltung vorliegen. Die Frage:

Warum haben wir die Zulassung zu den akademischen Berufen erstrebt?

wurde in zwei Referaten behandelt. Die erste Referentin, Frau Marie Margarete Treuge, Berlin erörterte das Thema vom subjektiven Standpunkte aus. Nicht eine erst von der Frauenbewegung geschaffene Tendenz habe die Frauen in das akademische Studium hineingetrieben, sondern es war der intellektuelle Drang der einzelnen Persönlichkeiten, die im Studium die Möglichkeit ihrer größten persönlichen Vollendung sahen. — Frau Ellen Kaman begründete das Bedürfnis nach akademisch gebildeten Frauen aus den veränderten Verhältnissen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die heutzutage ein besonderes Gewicht der weiblichen Psyche verlangen. Da komme aus dem Gebiet der Gesundheitspflege die Frau als Ärztin in Betracht, auf dem Wirtschaftsgebiete als Fabrik- und Wohnungsinspektorin, als Berufsberaterin usw., auf dem Rechtsgebiete als Juristin, in den höchsten Klassen der Mädchenschule seien akademisch gebildete Lehrerinnen aus pädagogischen und physiologischen Gründen selbstverständlich.

In der Diskussion fielen besonders die Ausführungen des Herrn Geheimrat Harnack auf, der dem Frauenstudium uneingeschränkt das Wort redete. Viel mehr als bisher möge es den Frauen ermöglicht werden, sich auf dem humanistischen Wege für die Universität vorzubereiten. Der der Komik nicht entbehrende immerwährende Mahnruf an die Frauen: Verzehrt eure Weiblichkeit, eure Weiblichkeit, eure Häuslichkeit, ist nach der Auffassung des Redners beleidigend, ebenso beleidigend, als wenn man einem Zoologen sage, er solle darüber wachen, daß die Schneitelringe ihre Flügel und die Falken ihren Scharfblick bewahren. Von den Ausführungen der Diskussionsrednerinnen seien noch die zutreffendsten, beachtenswerten Worte von Frau Dr. Bernhard Berlin erwähnt, der Staat möge die Möglichkeit schaffen, daß Frauen sich als Fabrik- und Wohnungsinspektorinnen betätigen, damit die nationalökonomisch geschulten Frauen ihre Kenntnisse praktisch verwerten können. Das Reich läßt jetzt keine Fabrik- und Wohnungsinspektorinnen mehr zu, sondern nur noch Kassierinnen. — Auch Frau Helene Lange-Boelke sagte ganz Beachtenswertes und Zutreffendes, wie es sich überhaupt zeigte, daß die Damen ganz vernünftige und entscheidende Töne finden, wo es sich um die Vertretung ihrer eigenen engeren Berufsinteressen handelt.

Was können die Schauspielerinnen vom Reichstheatergesetz erwarten?

Frau Marie v. Bülow referierte über die Frage: Die Schauspielerinnen haben eine drückende Last von geradezu unerhörten Mißständen resigniert zu ertragen. Die tiefste Dürzel ihres großen Glanzes sei die übergroße Anzahl der Theater. Eine vernünftige Theaterreform wird daher damit anfangen, die Konzeption auf die Fälle zu beschränken, wo ein wirkliches Bedürfnis für ein neues Theater vorliegt. Im übrigen wird das Theatergesetz nicht viel mehr bringen können, als was schon durch das bürgerliche Gesetzbuch und die Gewerbeordnung im übrigen wirtschaftlichen Leben gebracht worden ist: vor allem gleiches Ausübungsrecht für Schauspieler und Direktoren, Schutz vor Ausbeutung und ein gewisses Minimum an Hygiene der Arbeitsräume.

Die Diskussion, woran sich auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer beteiligte, war im wesentlichen einer Meinung mit der Referentin.

Die folgenden Referate beschäftigten sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Krankenpflegerinnen

a) in den katholischen Orden, b) in den Diakonissenmutterhäusern, c) in den Rote Kreuz-Mutterhäusern, Referenten waren Zentrumsabgeordnete Graf

Präsidentin, Oberin Gräfin Herzberg, Generalarzt Dr. Dr. Werner. Es war eine interessante Erscheinung, eine Oberin Diakonissenmutter als Rednerin auf der Tribüne zu sehen, und ebenso interessant war es, den Grafen Traisma als Referenten vor diesem Auditorium zu sehen. Denselben Grafen, unter dessen Präsidium auf dem Katholikentag in Düsseldorf in allem Ernst darüber paroliert wurde, ob man einer Frau, die sich zum Entsetzen der braven Leute auf dem Katholikentag zum Wort meldete, das Wort erteilen sollte.

Die Vorsitzende des Krankenpflegerinnenverbandes, Schwester Agnes Karll, die über die Pflichten von Staat und Gesellschaft gegen die Krankenpflegerinnen referierte, erhob und begründete die folgenden Forderungen:

Die einjährige Ausbildung muß zur Erlangung wirklicher Berufsämter auf drei Jahre ausgedehnt und Ethik, Hauswirtschaft und Vermaltung in derselben berücksichtigt werden. Da die kommunalen Krankenhäuser durchweg auf drei Jahre verpflichtet, ist es ein Leichtes, für sie die Einrichtung auch schon vor gesetzlicher Festlegung zu treffen. Die Eignung der Lehrkräfte ist festzustellen. Oberärztinnen und Oberinnen sind durch Hochschulen fortzubilden, damit sie ihren Erziehungsaufgaben gewachsen sind und ungeeignete Elemente in genügend langer Probezeit unbedingt ausgeschieden werden. Im Krankenhause als Schulen zuzulassen, sollte eine bestimmte, nicht zu geringe Bezahlung für dieselben festgesetzt werden. Auch alle Schwesternheime müßten behördlicher Konzeption unterstehen. Zum Schutz gegen Überanstrengung ist gesetzliche Regelung der Dienststunden in Krankenanstalten nötig. (Jetzt sind 13, 14 und mehr Stunden die Regel.) Auf Desinfektion der Schlafräume des Pflegepersonals ist zu achten. Das Personal ist in alle sozialen Fürsorgeeinrichtungen, besonders die Unfallversicherung einzubeziehen. Eine Reichssequette ist der einzige Weg, um die Gesundheitsverhältnisse zuverlässig festzustellen. Die Gesellschaft sollte größeres Interesse an der Krankenpflege im allgemeinen nehmen, wegen der großen sozialen Aufgaben dieses Berufs, sollte durch bessere häusliche Erziehung die jungen Frauen für denselben vorbereiten, durch Stipendien für Alters- und Krankenheime für seine Förderung mit sorgen helfen.

Unter den Diskussionsrednern war es Fräulein Charlotte Reichel, Berlin, die, soweit es in der kurzen Redezeit möglich war, mit trafen Schlaglichtern verschiedener Zustände in der Krankenpflege beleuchtete. Die Rednerin kann sich im Gegensatz zu den Ordensvertretern nur auf einen ganz modernen Standpunkt stellen. Sie muß auch sagen, daß die Frauenbewegung sich bisher herzlich wenig um die Krankenpflegerinnenbewegung kümmert hat. Und doch schreiben in kaum einem Beruf die Rhythmen so zum Himmel. 14, 15stündige Arbeitszeiten bis ins Größte, daß man es nicht glaubt, wenn man's sagen würde. Die Ausbeutung erinnert an die schlimmsten Zustände aus der Geschichte der Fabrikindustrie in England. Die Gesundheitsverhältnisse sind auch dementsprechend. Jede dritte Berufskrankheit ist im Durchschnitt 7 1/2 Wochen krank, im Jahre 1910 sogar 8 Wochen.

Rednerin geht dann auf Zustände im „Roten Kreuz“ ein, wobei sie aus Darstellungen des Professors Zimmer zitiert. Es heißt, daß die Schwestern, bevor sie pensionsberechtigt sind, gekündigt oder zum Austritt gedrängt werden. (Große Bewegung, Protestrufe: Unethisch!) Ich kann es ja nicht wissen, ich bin ja nicht Schwester vom „Roten Kreuz“, Professor Zimmer ist es, der das schreibt. (Große Heiterkeit.) Noch andere Sachen sind, sagen wir es einmal ganz vorsichtig, nicht so, wie es modernen Anforderungen entspricht. Es ist Pflicht, das den „Roten Kreuz“ Häusern einmal zu sagen. Es entspricht nicht modernen Anschauungen, Schwestern das Zeugnis zu verweigern und ihnen dadurch das Fortkommen zu erschweren. Es entspricht gleichfalls nicht modernen Anschauungen von Sozialpolitik, Konkurrenzklauseln auf Lebenszeit abzuschließen. Damit man mir nicht nachsagen kann, ich habe allgemeine Behauptungen aufgestellt, die infolgedessen wertlos sind, nenne ich hier das Bestfallsche Haus zum „Roten Kreuz“, das derartige Konkurrenzklauseln abgeschlossen hat. Weiter bestehen sie in Braunschweig, Wiesbaden und noch in verschiedenen anderen Städten, die mir im Augenblick nicht befallen.

Die Gewerbebetriebe der Privatpflegeheime haben ebenfalls eine Kontrolle aufs dringendste notwendig. Die Mädchen müssen über den Schritt ins „Rote Kreuz“ oder in die Pflegeheime aufgeklärt und wo nötig gewarnt werden. — Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Beunruhigung, aber mit noch größerem Beifall aufgenommen.

Auch Frau Oberin Helene Meier-Dortmund brachte erschütternde Angaben über grausame Fronarbeit im Dienste der Krankenpflege. Im Kranke gesund zu machen, müssen Tausende von Pflegerinnen in Ueberanstrengung ihre Gesundheit opfern. Es sei unbegreiflich, daß es Ärzte sind, die die Erhaltung des Lebens als Aufgabe haben, die ruhig zusehen, wie gesunde Leben im Dienste der Krankenpflege gewaltsam vernichtet werden. Zur notwendigen Vermehrung der Krankenpflege spart man überall die Mittel.

Gegen die Kritik, vor allem von Fräulein Reichel, wandten sich Frau Dr. Lehr, Herr Pastor Bremer und Herr Pastor Hoppe, alle drei aus Berlin, mit erheblicher Entrüstung. Pastor Hoppe ladet Fräulein Reichel ein, einmal 14 Tage ins Diakonissenhaus nach Rowanow zu kommen. Man will ihr alle Einrichtungen zeigen, denn diese Häuser haben nichts zu verbergen. — Mit der Ueberlastung der Krankenpfleger sei es — Gott sei dank! — nicht mehr so schlimm, seitdem die Behörden sich darum kümmern. (!) Die Krankenpfleger kommen dem gelobten Lande immer näher. (Starker Widerspruch bei einem Teil des Kongresses.)

Generalarzt Dr. Dr. Werner war im Schlusswort gleichfalls sehr entrüstet. Er hätte als Antwort vieles zu sagen, aber er verzichtete darauf, einmal wegen der Kürze der Zeit, dann aber, weil er hier Vereingommenheit gefunden hat. Er greift dann aber doch Fräulein Reichel persönlich scharf an und sagt, daß er mit aller Entschiedenheit Protest dagegen einlege, daß mit derartigen Mitteln gegen ehrliebe vaterländische Gründungen vorgegangen wird. Man solle nicht bei der Behauptung haltloser Dinge die Öffentlichkeit verunreinigen. Was Professor Zimmer gesagt habe, sei etwas ganz anderes, als Fräulein Reichel da hineingelegt habe.

Zum Schluss folgen persönliche Bemerkungen. Fräulein Reichel stellt unter Zustimmung des Bureaus fest. Sie habe Zimmer zitiert zur Erhärtung ihrer Ansicht, daß, um Gerüchten, wie sie über die Pensionsverhältnisse im „Roten Kreuz“ umherzuwirren, den Boden zu entziehen, die Aenderung der Pensionsbestimmungen dringend erzwungen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Die Löhne der Dienstmädchen.

Ein heißes Thema, das die Herrschaften nicht gerne berühren, wenn über die Unfähigkeit, die Faulheit, die Nichtsnutzigkeit der Dienstmädchen heutzutage alle Register aufgezogen werden. Welchen Lohn man bezahlt, davon spricht man nicht gern, oder man sagt sofort hinzu, daß der Lohn „sehr anständig“ sei im Verhältnis zu den miserablen Leistungen der Mädchen. Diese Mädchen sind freilich fast immer der entgegengesetzten Meinung; sie halten den Lohn für miserabel und ganz ungenügend für die beanspruchten Leistungen, und sie machen mit dieser Auffassung den „Gnädigen“ recht großen Kummer. Manche stellen sogar ganz spitzfindige Rechnungen auf und dividieren den erhaltenen Monatslohn mit der Summe der Arbeitsstunden und kommen dann zu dem Schluss, daß sie nur drei bis sechs und höchstens zehn Pfennige deren Lohn pro Stunde verdienen. Die Hausfrauen betrachten den deren Lohn gern als Nebenlohn; sie rechnen Kost und Logis hoch an; sie erinnern an die Weihnachtsgeldchen und gelegentliche Trinkgelder. Für die Mädchen bleibt aber der bare Lohn die Hauptsache, und

sie behaupten, durch ihre Erfahrungen gewißigt, daß da, wo ein schlechter Geldlohn gezahlt wird, auch Kost und Logis sehr mangelhaft sind, und daß auch die übrigen Verhältnisse keinen Ausgleich für den niedrigen Lohn bieten. Wie die Lohnverhältnisse für Dienstmädchen in Berlin liegen, erzählt man aus dem Geschäftsbericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, der in steigendem Maße mit der Vermittlung von Hausangestellten zu tun hat. Da ist in dem letzten Bericht eine Lohnstatistik aufgestellt für die in der Dink- und in der Gormannstraße vermittelten Hausangestellten. Man erfährt daraus, daß von 3034 „Mädchen für alles“ 1300 einen Lohn von 18 bis 20 M. erhielten; 732 Mädchen 17, 16, 15 M. und weniger; 1028 Mädchen 21 bis 29 M. und 67 den Höchstlohn von 30 M. und mehr erhielten. Als mittlerer Lohnjah werden 20 M. angegeben. Die Mädchen von 14 bis 16 Jahren erhalten in der Regel weniger als 15 M. pro Monat. Mädchen, von denen 22 vermittelt wurden, bekamen meist 30 M. Monatslohn. Für die übrigen Hausangestellten, die noch vermittelt wurden, erhoben sich die Löhne meist nicht viel über 20 M., wenn auch in manchen Fällen bis 30 M., auch bis 35 M. und darüber bezahlt wurde. 1 M. über 1,25 M. pro Tag gilt schon als sehr hoher Lohn, für den hohe Anforderungen gestellt werden. Dabei wird aber die Länge des Arbeitstages selten bestimmt festgelegt. Höchstens werden bestimmte Freistunden bewilligt. Die Hausfrau, die ein Mädchen mietet, glaubt eben, über die ganze Zeit des Mädchens verfügen zu können, auch über Sonn- und Feiertage.

Schlechtere Löhne als in Berlin werden in Charlottenburg gezahlt, wie aus dem Bericht des städtischen Arbeitsnachweises dort zu ersehen ist. Im Charlottenburger Nachweis wurden nach dem letzten Geschäftsbericht 1788 Hausangestellte vermittelt, über die eine Lohnstatistik aufgestellt ist. Von 1077 „Mädchen für alles“ erhielten 640 einen Lohn von 10 bis 20 M. und 88 Mädchen erhielten bis zu 10 M. pro Monat, 303 erhielten zwischen 20 und 30 M. und nur 6 Mädchen überschritten den Höchstlohn von 30 M. Auch bei den übrigen Hausangestellten waren die Lohnsätze etwas geringer als in Berlin. Von 184 Mädchen verdienten 23 zwischen 20 und 30 M., 14 bekamen 17,50 bis 20 M. und 27 Mädchen über 30 M.

Diese Dienstbotenlöhne in und bei Berlin sind freilich noch hoch gegenüber den Löhnen, die in der Provinz von den „Herrschaften“ bezahlt werden. Ueber die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Teilen unterrichtet zu sein, ist natürlich wichtig für die Dienstmädchen. Die nötige Aufklärung können sie sich am leichtesten verschaffen durch Anschluß an den Verband der Hausangestellten Deutschlands, der in seinen Ortsgruppen allen Berufsverhältnissen die größte Aufmerksamkeit widmet.

Gerichts-Zeitung.

Ein Säßelstich zur Sicherheit des Schuhmanns.

Der Händler Mues hat vom Schuhmann Bul einen Säßelstich erhalten. Darum und unter welchen Umständen, darüber gehen die Angaben der Augenzeugen weit auseinander. Jedenfalls hat der Säßelstich für den Schuhmann keine unangenehmen Folgen gehabt. Mues dagegen ist aus Anlaß der Vorgänge, die sich vor und nach dem Säßelstich abspielten, wegen Widerstandes und Nichtbefolgung der Anordnung eines Aufsichtsbeamten angeklagt worden.

In der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht geführt wurde, stellte der Schuhmann Bul die Sache so dar: Er sei gerufen worden, weil die Frau des Angeklagten Mues vor ihrem Geschäftskeller Streit mit einem fremden Manne hatte. Der Mann habe sich auf des Schuhmanns Aufforderung entfernt. Er, der Schuhmann, habe nun den Angeklagten ermahnt, er möge seine Frau veranlassen, sich ruhig zu verhalten. Der Angeklagte habe ihn, den Schuhmann, darauf sogleich angegriffen, so daß er zu seiner eigenen Sicherheit den Säßel gezogen habe. Schuhmann Bul gibt zu, dem Angeklagten einen Säßelstich versetzt zu haben, doch sei die Wucht des Stiebes dadurch abgeschwächt worden, daß sich der Angeklagte, ehe ihn der Stieb traf, zu Boden warf. Der Angeklagte ist hierauf von dem Schuhmann Bul, dem sich später noch ein zweiter Schuhmann hinzugesellte, schikart worden. Die Beamten legten ihm Handschellen an und brachten ihn nach der Wache.

Im Gegensatz zu dieser Darstellung des Schuhmanns sagt ein Zeuge, der den ganzen Vorgang vom Fenster unmittelbar über der Szene beobachtet hat: Der Schuhmann und der Angeklagte sprachen miteinander. Da gab der Schuhmann dem Angeklagten einen Stoß vor die Brust. Infolgedessen fiel der Angeklagte zu Boden, stand auf, wurde ein zweites Mal von dem Schuhmann hingestoßen, erhob sich wieder und bekam von dem Schuhmann zum dritten Male einen Stoß, daß er in den Rinnstein flog. Jetzt konnte sich der Angeklagte, der übrigens angetrunken war, nicht sogleich erheben. Der Schuhmann, der sich anscheinend über den Angeklagten ärgerte, zog den Säßel und versetzte dem am Boden liegenden Mann einen Stieb über den Kopf. Dann wurde der Angeklagte emporgeworfen und abgeführt.

Diese Darstellung wird von zwei anderen Zeuginnen soweit bestätigt, als nach ihrer Wahrnehmung nicht der Angeklagte, sondern der Schuhmann der Angreifer war. Eine Reihe weiterer Zeugen, die den Vorgang nur zum Teil beobachteten, hat dagegen beobachtet, daß sich der Schuhmann und der Angeklagte gegenseitig stießen. Keiner aber hat bemerkt, daß der Schuhmann so arg bedrängt worden wäre, daß er zu seiner Verteidigung den Säßel hätte gebrauchen müssen.

Während der Amtsanwalt eine Geldstrafe von 60 M. beantragte, plädierte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, auf Freisprechung mit der Begründung, der Schuhmann Bul sei doch in diesem Falle ebenso Partei wie der Angeklagte und deshalb nicht unbedingt glaubwürdig. Dagegen könne man den drei unbeteiligten Zeugen, die die Angaben des Schuhmanns widerlegten, Glauben schenken. Mindestens müsse aber das Gericht schon deshalb zu einer Freisprechung kommen, weil angeführt der sich widersprechenden Zeugenaussagen die Sache nicht aufgeklärt sei.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt: Es sei von vornherein unglaubwürdig, daß sich der Schuhmann ohne Veranlassung an dem Angeklagten vergreifen habe. Es sei festgestellt, daß beide sich gegenseitig gestoßen haben. Der Schuhmann sei deshalb berechtigt gewesen, einzuschreiten und den Angriff abzuwehren. Es möge fraglich sein, ob er nötig hatte, den Säßel zu gebrauchen. Aber es sei schwer, in solchem Falle das richtige Maß innezuhalten. Von beiden Seiten sei das richtige Maß überschritten worden. — Der Angeklagte wurde wegen Widerstandes zu 30 M. und wegen Uebertretung der Strafenordnung zu 3 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine nächtliche Schlägerei.

Bei der auch der Revolver in Aktion trat, hatte gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I ein Nachspiel. Es handelte sich um eine Szene, die sich in der Nacht zum 21. November v. J. in der Schankwirtschaft „Zum Hirschteller“ in der Alexanderstraße abgepielt hatte. Angeklagt wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch waren der Schlächtergehele Leonhard Reichel, der Arbeiter Ernst Göritz, der Reichswehr-Mag. Reibemann und der Kellner Richard Roschinski. Die Angeklagten Reichel und Göritz verurteilten am 7. November im „Hirschteller“ eine Schlägerei, bei der eine Kellnerin mit einem Stuhl zu Boden geschlagen wurde. Trotzdem das ganze Lokal voller Gäste sah, wagte es niemand, der Mißhandlungen zu helfen. Die Folge dieses Vorgangs war, daß den Angeklagten der weitere Zutritt untersagt wurde. Aufschmend, um sich wegen dieses Verstoßes zu rächen, erschienen alle vier am 21. November wiederum in

dem Lokal. Als sie von dem Geschäftsführer Eckert hinausgewiesen wurden, fielen sie über ihn her. Es entstand eine ganz unbeschreibliche Szene, bei der die Angeklagten, wie die Anklage behauptet, wie die Bandalen hausten. Es wurde neben den Fenster-scheiben einfach alles demoliert, was nur irgendwie zu erreichen war. Auf den Zuruf eines Mädchens: „Las sieh doch“, soll der Angeklagte Reichel einen Revolver hervorgezogen und einen Schuß abgegeben haben, der den Geschäftsführer Eckert in der Schläfen-gegend traf. Die Kugel blieb in dem Schädelknochen stecken und konnte erst auf operativem Wege entfernt werden. — Dann ergriffen die Angeklagten die Flucht, wurden aber schon eine halbe Stunde später verhaftet. — Vor Gericht bestritten die Angeklagten, sich der ihnen zur Last gelegten Straftaten schuldig gemacht zu haben. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Reichel 2 Jahre 2 Monate, gegen Göritz 1 Jahr, gegen Reibemann 6 Monate und gegen Roschinski 3 Monate Gefängnis. Das Gericht ging bei den Angeklagten Reichel und Göritz weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Die Landgerichtsdirektor Lieber hervor- hob, müsse gegen derartige gemeingefährliche Mobs, die schon so bezw. Sual wegen Gewalttätigkeitsvergehen vorbestraft sind, mit aller Schwärze des Gesetzes vorgegangen werden. Das Urteil lautete deshalb gegen Reichel auf 4 Jahre und 3 Monate und gegen Göritz auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis. Roschinski wurde freigesprochen, die Verhandlung gegen Reibemann wurde vertagt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung!

Wegen des in der „Neuen Welt“ stattfindenden Vergnügens findet die Kaffierung der Beiträge in allen Zahlstellen heute abend von 6-8 Uhr statt.

Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeheim.

2885*

Das größte und bekannteste Credit-Haus in Groß-Berlin heißt:
Der Große Glogau
Alte Jakobstr. 73
Dresdener Str. Ecke Neue Rosstr. Ecke

Konfirmanden-Kleidung

Damen- u. Herren-, Mädchen- u. Knaben-Garderobe
nur elegante schicke Neuheiten der Saison.

Möbel auf **Kredit**
Komplette Einrichtungen, wie auch einzelne Teile, als: Schränke, Vertikals, Spiegel, Waschkommoden, Nachtkenseln, Tische, Stühle, Büffets etc.
mit leichtest. Anzahlung und bequemem von Wochen-Raten von **1 M.**
Ohne Anzahlung für alte Kunden! **1 M.** an.

H. Pfau, Bandagist
Direksenstraße 20

Stoffe

zwischen Bahnhofs Alexanderplatz und Volteplatz. — Amt Kot. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Dieserant für alle Krankenkassen.
Abonnenten erhält. 10 % Rabatt.

Reste, Coupons sind aus den Fabriken eingeflossen. * Neuheiten * Nr. 2, 3, 4 etc.
Zuschlager Koch & Sueland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der

Waldorf Astoria Cigarettes
Hockey 3 Pf.
Clio 5 Pf.
387*

Puma-Stiefel
für Damen und Herren **10⁵⁰ M.**

Alleinverkauf für Berlin

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wurstwaren

Carvelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Schinkenwurst	Pfund	1.20
Land-Bratwurst	Pfund	1.25
Teewurst	Pfund	1.25
ff. Leberwurst	Pfund	1.05
Hausmacher-Leberwurst	Pfund	98 Pt.
Landleberwurst	Pfund	80 Pt.
Rotwurst I	Pfund	80 Pt.
Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	50 Pt.
Schinkenspeck	Pfund	98 Pt.
Nusschinken	Pfund	1.25



Soweit Vorrat

Käse

Emmentaler Käse	Pfund	1.15
Schweizer Käse	Pfund	85 Pt.
Tilsiter Käse	Pfund	80 Pt.
Brie-Käse	Pfund	55 Pt.
Limburger Käse	Pfund	50 Pt.
Bier-Käse	Pfund	60 Pt.
Gamembert	Stück	20 Pt.
Romatour-Käse	Stück	29 Pt.
Land- o. Kuhkäse	2 Stück	35 Pt.

* Kartoffeln	10 Pfund	48 Pt.
* Salz-Heringe	5 Stück	19 Pt.
* Hühner	Stück	1.45, 1.95

* Kassler	Pfund	73 Pt.
* Rücken Fett	Pfd.	58
Liesen	Pfd.	63 Pt.
* Schweine-Koteletts	Pfund	80 Pt.

* Schweineschinken	im Ganzen Pfund	70 Pt.
* Schweine-Bauch	Pfund	60 Pt.
* Kamm oder Schuft	Pfund	80 Pt.

* Obst u. Gemüse

Apfelsinen	Dutzend	20, 25, 35 Pt.
Blut-Apfelsinen	Dutzend	25, 35 Pt.
Amerikaner Aepfel	Pfund	18, 25 Pt.
Kohlrüben	Pfund	4 Pt.
Rhabarber	Bund	9 Pt.
Blumenkohl	Kopf	5, 10, 15 Pt.

Kaffee	Pfund	1.30, 1.40
Kakao	Pfund	75, 95 Pt.
Haushaltschokolade	Pfd.	68 Pt.

Kolonialwaren

Erbsen mit Halsen	Pfund	21 Pt.
Erbsen geschält	Pfund	25 Pt.
Erbsen halbe	Pfund	22 Pt.
Linzen	Pfund	18, 23, 28 Pt.
Bohnen	Pfund	22, 25 Pt.
Reis	Pfund	19, 23, 28 Pt.

Sardinen	Tönnchen	1.25
Delikatess-Heringe	Dose	38 Pt.
Heringe i. Gelee	Dose	33 Pt.
Kräuter-Heringe	2 Ltr.-Dose	95 Pt.
Essig-Gewürz-Gurken	Dose	95 Pt.
Bücklinge	Kiste ca. 12-14 Stück	38 Pt.

50.000 Kaffeetassen mit Untertassen, Porzellan, in verschiedenen Dekoren Paar **16 Pf.**

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Ein neuer Weg!

Wir haben in unserer Branche ein neues Verkaufssystem eingeführt, durch welches Sie bei uns sehr günstig kaufen. Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreise zu beziehen.

Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten.

Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft danach an obige Betriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet. Wir verkaufen z. B.:

Knaben-Anzüge

Selbstkostenpreis	2,50	4,25	7,50	9,50
Verkaufspreis	2,75	4,67	8,25	10,45

Einsegnungs- u. Prüfungsanzüge

Selbstkostenpreis	7,50	12,—	18,50	25,75
Verkaufspreis	8,25	13,20	20,35	28,32

Herrenanzüge ≡ Ulster ≡ Paletots

Selbstkostenpreis	14,25	21,—	26,50	33,—
Verkaufspreis	16,67	23,10	29,15	36,30

Sämtliche Berufskleidung. Anfertigung nach Maß.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

für den Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe.

Gr. Frankfurterstrasse 4, Turmstrasse 80, neben Kleinen Tiergarten.

FALSCHES GELD

ausgeben bedeutet es unbedingt, wenn Sie für Ihre Kleidung zu hohe Preise bezahlen. Es ist Ihnen bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft Gelegenheit geboten, sich mit hochbeleganter Mass-Garderobe, die von feinsten Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur ganz kurze Zeit getragen wurde, zu versehen. Dass solche Garderoben im Sitz weit besser und im Tragen viel vorteilhafter wie billige Konfektion sind, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Ein Versuch wird zu dauernder Kundenschaft führen.

Anzüge und Paletots 8⁵⁰ 12⁵⁰ 18⁵⁰ Mark
Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft
 BERLIN SO, Dresdener Str. 11, am Kottbuser Tor.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 I.: Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Wandhalle
 II.: Turmstr. 67
 liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tabellose Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an. Aufschneiderel u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Kleiders mit neuesten Stoffmustern. Besond. Abteilung f. fert. Garderobe Sonntag geöffnet.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
 Telefon: Amt 7, 3040 und 3096.
 Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
 Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
 Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Ia Senftenh. Marienglück Salon	84 Pf.	Ia Ilse Salon	1.00 M.
Ia Senftenh. Gotthold Salon	87 Pf.	Ia Halsteine	84 Pf.
Ia Diamant Salon	1.00 M.	Ia Anthracit Cadé	2.25 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)		Ia Heye-Halbsteine	90 Pf.

Holz, zerkleinert, per Zentner 2.00 M.
 Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.
 Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
 Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Monats-Garderobe!

Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.
 1 Tr., des halb billiger wie im Laden.
 Hirsch Kielerbaum, Wasserlorenzstr. 12/13 I

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung. Freitag, den 1. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenz.

Der Etat der Verwaltung der Lölle und indirekten Steuern wird nach unwesentlicher Debatte genehmigt.

Etat der Lotterieverwaltung

Begründet Abg. v. Ditsch (L.) einen Antrag, mehr Einnahmestellen für Offiziere a. D. zu schaffen.

Ein Regierungskommissar erklärt die Sympathie für den Antrag. Was für Sorgen bestehen in den Kreisen der verabschiedeten Offiziere?

Abg. Krause-Waldenburg (H.): Die kleinen Privatlotterien zahlen den Verkäufern so hohe Provisionen, daß ihr Zweck fast beeinträchtigt wird.

Ein Regierungskommissar: Wir folgen rührig solchen Grundrissen, gewisse Auswüchse aber muß man hindern. Leider hat das Haus den Verkauf von Losen über den Kennwert nicht unter das Lotteriestraßengesetz gestellt.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es ist hier ein Fonds vorgeschlagen worden, der alle die heutigen Zwecke der Privatlotterien fördert. Wenn die Staatsregierung aber alle die Gründe, die gegen Privatlotterien sprechen, studiert, so müßte sie erst ihre verbieten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist unmoralisch und unbillig. Zu dem Antrage des Abg. v. Ditsch habe ich aus seiner Rede keine Gründe gehört.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir. (Stürmisches Gelächter rechts.)

Der Lotterietat wird genehmigt. Der Antrag v. Ditsch angenommen.

Der Etat der Seehandlung wird genehmigt, ebenso der des Auswärtigen Amtes.

Das Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Eibersfeld wird der Gemeindef Kommission überwiesen.

Die Warenhaussteuer. Abg. Hammer (L.) begründet seinen Antrag, daß die Steuerföhe für Betriebe mit mehr als eine Million Kapital herab erhöht werden.

Abg. Dr. Hölter (Sp.): Ich bin kein Freund der Warenhäuser, mir persönlich paßt diese ganze Richtung nicht. Aber ich verwerfe den Antrag, weil genug Ursachen den Detailhandel auch gegenüber den Warenhäusern erhalten.

Abg. Dr. Hölter (Sp.): Wir wollen in der Kommission prüfen, ob nicht die Frage reichsweit geregelt werden soll.

Wir stimmen gegen den Antrag und gegen seine Uebersetzung an die Kommission. (Auf rechts: Na natürlich!) Er fordert etwas steuerlich Unmögliches.

Abg. Dr. Hölter (Sp.): Wir wollen in der Kommission prüfen, ob nicht die Frage reichsweit geregelt werden soll.

Hoffmann hat sich gegen staatlichen Glückspielbetrieb gewendet und den Widerspruch zwischen der herrschenden Moral und der staatlichen Gesetzgebung festgestellt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit Ihrer Beurteilung der Hoffmannschen Rede haben Sie sich ein Amtszeugnis angesetzt.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Wer sich mit Kriegspädagogik befaßt hat, weiß, daß diese Begeisterung in die Soldaten durch Rassenuggestion hineingepeitscht wird.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Bei dem Antrage Ditsch muß die Lage der Offiziere a. D. besprochen werden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Minister hat sich zum Vorwurf meiner Rede aufgeworfen. Das verbitte ich mir.

ger Gehälter zahlen. Und wer wird darunter leiden? Die Ingeheuten in erster Linie. Mit einem solchen Ausweg also wird dem Mittelstand nicht geholfen.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Abg. Hammer (L.): Die Fortschrittspartei hat werthwürdige Beziehungen zu den Warenhäusern.

Soziales.

Säuglingssterblichkeit und Geburtenziffer.

Die Säuglingssterblichkeit in Deutschland hat den früheren erschreckend hohen Stand in den letzten Jahren etwas verlassen.

Table with 3 columns: Country, Population, and Infant Mortality Rate. Includes Germany, Austria, Hungary, etc.

Italien hat bei einer fast gleichen Geburtenhäufigkeit eine erheblich niedrigere Säuglingssterblichkeit als Deutschland.

In Frankreich ist allerdings die Geburtenhäufigkeit am niedrigsten, aber es hat auch eine erheblich niedrigere Säuglingssterblichkeit als Deutschland.

Zu beachten ist, daß einige ländliche und frauenarbeitsreiche Bezirke gar über 30 Proz. Säuglingssterblichkeit in Deutschland aufweisen.

Aus aller Welt.

Der kluge Hans in verbesserter Auflage.

Das vor einigen Jahren in Berlin vorgeführte „Sprechende Pferd des Herrn v. Osten hat in Eibersfeld gleich zwei Nachfolger gefunden.

Raffen mit Prof und Kohärenzen und Juder, und an der Wand ferner ein Kalender und Zahlentafeln. Eine andere Zahlentafel bekomme ich in die Hand. Jenfalls der Barriere steht „Jarif“, vor sich ein Zahlreiß in Form eines flachen Schenckels. Herr Krall, der Besitzer der Tiere, spricht mit seinem Jochling wie mit einem Kinde; denn die Pferde sind von Stimmungen und Sargen abhängig, und häufig sind innere Widerstände zu beseitigen. Die Begrüßung geschieht meinerseits durch Ueberreichung von Papprüben. „Jarif“ hat einen wunderbar intelligenten Kopf und geradezu sprechende Augen. Seine Bewegungen sind schnell und elegant. Das Treten mit den Hufen geschieht rasch und ohne jede Anstrengung. Es wird 64 an die Tafel geschrieben, und prompt tritt Jarif viermal rechts und sechsmal links. Vertauscht jetzt die Zahl“, sagt Herr Krall. Das Pferd tritt ohne Besinnen 46. „Nun addiere die beiden Zahlen.“ Es erfolgt sofort die Zahl 10. Diefelben Experimente werden mit der Zahl 34 gemacht, sie wird umgedreht, addiert, multipliziert, schließlich im Quadrat verlanzt. Die Aufgaben werden verblüffend schnell und richtig gerechnet. Dessen sind nicht am Wert, die genaueste Beachtung zeigt, daß dies ausgeschlossen ist. Alle diese Aufgaben wurden mündlich und schriftlich gegeben. Nun erfolgen Aufgaben, die nur an die Tafel geschrieben werden, und zwar in französischer Sprache. Auch diese werden absolut richtig und schnell ausgerechnet. „Jarif“ liest also Zahlen und Buchstaben in deutscher und französischer Schrift. „Nun noch mal auf“, sagt Herr Krall, auf mich deutend, „unser Besucher heißt Herr Berges, merke Dir's, Berges! So, nun buchstabiere den Namen.“ „Jarif“ leitet den schönen Kopf, schaut mich an und tritt B R G S. Den vorgelesenen Namen Heinrich tritt er wie Feinlich, nebereffert aber sofort den Arrium, indem er ein R hinzufügt. „Wo

fall das stehen?“ fragt Herr Krall. „Jarif“ klopft 4, also der vierte Buchstabe. Der Name Philipp wird von „Jarif“ folgendermaßen buchstabiert: FILB. Dann kommt etwas Unglaubliches. Frage: „Was hatten wir vorgestern für ein Datum?“ Antwort: 25. Frage: „Wieviel Tage sind noch bis Ende des Monats?“ Antwort: 2. Frage: „Wie häufig leidet das Schafjahr wieder?“ Antwort: 4. Frage: „Welches Datum schreiben wir in vier Wochen?“ 27. 8. Man sieht verblüfft und kann seinen Ohren und Augen nicht trauen, und doch stimmt alles. „Jarif“ wird ein Spiegel vorgehalten mit der Frage: „Wer ist das?“ Er buchstabiert: IG. Herr Krall tadelt ihn und sagt, alle Geschöpfe hätten doch einen Namen. Darauf klopft „Jarif“ FVER. Noch einmal gefragt, wie denn sein Name sei, tritt das Pferd: ZAREUF. — Auch „Mohammed“ habe ich für einige Minuten begrüßt. Er ist der genialste Rechner in der ganzen Natur, den Menschen ausgeschlossen. „Mohammed“ ist noch schöner als „Jarif“ und noch schneller in seiner Befensart. Man liest förmlich die Klugheit aus seinen Jügen. Was ich jetzt gesehen habe, scheue ich nicht, niederzuschreiben. Herr Krall schreibt folgende Wurzelrechnung an die Tafel: Wurzel aus 27556, und fast unmittelbar darauf klopft „Mohammed“ die Zahl 166, die richtige Lösung der Aufgabe. Ich hatte diese Aufgabe selbst aus einem Rechenbuche herausgejucht.

Bei so viel Gelehrsamkeit der Tiere wäre es vielleicht angebracht, an einen der Säule die Frage zu stellen, wann die preussische Regierung gedenkt, das in einer Thronrede gegebene Versprechen der organischen Fortentwicklung des Wahlrechts für Preußen zu erfüllen.

fänglich von ungefähr dreihundert Russen, Chinesen und Koreanern insgeheim ausgebeutet wurden. Jetzt werden von drei Goldsuchergruppen verschiedener Gesellschaften neue Fundorte gemeldet, ebenso sind auf dem rechten Ufer des Unterlaufes des Amurs viele Fundorte von Gold entdeckt worden. Die Felder sind an eine Gesellschaft in Dschol und an eine englische Gesellschaft verpachtet worden.

Kleine Notizen.

Ein evangelischer Pfarrer als Urkundenfälscher. Das Dessauer Schwurgericht verurteilte gestern den Pfarrer Schulz aus Neupzig wegen Urkundenfälschung und Betruges in fünfzig Fällen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.

Eisenbahners Ende. Am Freitag früh wurde der 23jährige Rangierer Völlhardt auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. von einem Zuge erfasst und so schwer verletzt, daß er kurz nach der Ueberführung ins Krankenhaus verstarb.

Ein ungetreuer Beamter. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder wurde in Schwelm der Verwaltungsfelderer Sauer verhaftet. Die Höhe des Diebstahls konnte noch nicht festgestellt werden. Sauer ist geflüchtet.

Wahnsinnstäter einer Mutter. Als der Bergmann Stanidt in Eickeln bei Effen gestern mittag von der Schicht nach Hause kam, fand er seine Ehefrau am Bettpfosten erhängt vor. Seine beiden ältesten Kinder lagen erwürgt im Bette. Das fünf Jahre alte Töchterchen lag spielend im Bette zwischen seinen toten Geschwistern. Es handelt sich um die Wahnsinnstäter einer seit Jahren nervenleidenden Frau.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 2. März 1912.
Anfang 3 Uhr.
Zirkus Sarrosani. Große Vorstellung.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Berliner. Torquato Tasso.
Velle-Alliance. Wilhelm Tell.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von Meeran zum Ortler.
Luisen. Eneiden und die sieben Zwerge.
Rose. Robinson Crusoe.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ag. Opernhaus. Diebello.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Leffing. Manne und Heimal.
Kleines. Lotichens Geburtstag.
Geny und Janny Elster. Hosenjoch.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrosani. Gala-Vorstellung.
Gaberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Ag. Schauspielhaus. Der große König.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörjaal 8 Uhr: Prof. Donath: An den Grenzen physischer Naturerkenntnis.
Neues S. Opernhaus. Geschlossen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Das Familienlied.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Rehden. Alles für die Firma.
Komische Oper. Der Waisenknabe.
Aufführungsoper. Liefand.
Deutsches. Wiener Blut.
Parkspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Hofinen.
Neues Opernhaus. Eva.
Schiller O. Der Kilometerfresser.
Schiller. Eberlottenburg. Der Weg zur Hölle.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Luisen. Der Verschwenker.
Rose. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Wietrowski. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Hypoth. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnsfeld. Wie man Männer bessert.
Der Hausstiefel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Kinder der Wüste.
Operetten-Burleske v. D. Richter.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandelblatts's Bolleabend. Loßgelassen. Waffenerübung.
Walhalla. Menschenrechte.
Boigt. Geschlossen.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Nathan der Weise.
Velle-Alliance. Der Glöckner von Notre-Dame.
Anfang 11 Uhr.
Leffing. Alletts.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Ballner-Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Montag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Montag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonn. 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von R. Pennequin und G. Witzel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Bachers. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonnt. 3. 3. 3. 11. Kumm Dich um Amalie
Luisen-Theater.
Sonnabend 4 Uhr: Eneiden und die 7 Zwerge. Abends: Der Verschwenker.

Zirkus Busch.
Sonnabend, den 2. März 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Beginn der internationalen Ringkämpfe
unter Aufsicht des Internationalen Ringerverbandes.
Beteiligte Ringert:
Noel de Bordelais (Frankreich) Mitglied des I. R. V.
Gulsope Hassetti (Italien) „ „ „ „
Willy Urbach (Rheinland) „ „ „ „
Hadji Mourzouk (Tunis) „ „ „ „
Carlos (Belgien) „ „ „ „
Heinrich Weber (Köln) „ „ „ „
Friedrich Jisa (Prag) „ „ „ „
Willy Stalling (Bremen) „ „ „ „
Fred. Markussen (Nordschleswig) „ „ „ „
Alphonse Steurs (Belgien) „ „ „ „
Albert Sturm (Berlin) „ „ „ „
Hein (Berlin) „ „ „ „
In Unterhandlung:
Karl Kornatz (Ostpreußen) „ „ „ „
Hartmann (Rußland) „ „ „ „
Vorher: Das große Gala-Programm.
U. a.: Debut der phänomenalen 3 Orpingtons.
Sonntag, den 3. März 1912:
Zwei Vorstellungen. Um 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Um 3 1/2 Uhr Kinder unter 10 Jahren halbe Preise.
Um 3 1/2 Uhr: U. 7 1/2 Uhr: Griechisch-römische Ringkämpfe und „Die Hexe“.

Zirkus A. Schumann
Sonnabend, den 2. März 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Highlife
u. a.: Auftreten der weltberühmt. Aurokratruppe, bestehend aus 5 Herren.
Die 3 Oravia
in einem ganz neuen Genre, sowie die übrig. Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlußapothose mit noch nie dagewesenen Effekten.
Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Von Meran zum Ortler.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörjaal Prof. Donath 8 Uhr: An den Grenzen physischer Naturerkenntnis.
Passage-Theater.
Heute Premiere.
Melia
die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin.
Schneider-Duncker Danell-Truppe etc. und 12 Varietésensationalen.
Dienstag zum erstenmal: Das Geisterfenster.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Doppel-Konzert
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenadenkonzert bei freiem Eintritt.

CAFÉ CORSO
Inhaber Adolf Rujder,
Hardenbergstr. 27/28, vis-a-vis Ausstellungshallen.
Eröffnung heute nachmittag 4 Uhr.

Luna-Park.
Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
Orig.-Oberlandler-Kapelle,
Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle,
Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger,
Humoristische Szenen, Volkskomiker
Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.
Hente: Elitetag.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Pantoffel-Helden.
Urförmliche Burleske
Anfang nachmittags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Belle-Alliance-Theater.
3 1/2 Uhr: Wilhelm Tell. Schiller-nachstellung. Abends 8 1/2 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame.
Dienstag, 8. März Premiere: Die Weinleibgräfin.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Sonnabend und Sonntag je
2 3 Uhr 7 1/2 Uhr
2 Vorstellungen
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Wertheim.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne, Befreiung a. d. Wassergrab.
Ohne Extra-Entree!

Walhalla-Theater
am Rosenhölzer Tor.
Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
Größtes soziales Kostümtungs-Vollstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Etr. James Niem.
1. Akt: Geheimnisse im Privatontor. 2. Akt: Die große Protestdemonstration. 3. Akt: Im Ballaal. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 3. März 1912, nachmittags 3 Uhr:
D. Geheimnis eines Königshauses
Abends 7 Uhr:
Die Seemannsbraut.
Vollstück mit 60. in 5 Bild. v. Willem. Raffeneroffen. 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr
Montag, 4. März: Benefiz Nelly Platen: „Das Mädchen ohne Ehr“.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntags 1 1/2 u. 6 Uhr:
Theater und Varieté.
Som 1.-16. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“:
Operetten-Burleske v. D. Richter.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenerübung.
Wandelblatts's Bolleabend.
Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 11 Uhr vorm.
Nachmittags:
Kunstlauf - Produktionen.
Abends:
Tänze auf dem Eise.
Die kleine Charlotte.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Herrnsfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
3 Akte von Anton u. Donat Herrnsfeld mit den Kuroren in den Hauptrollen.
Stüze die Kostität:
Der Hausstiefel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11-3 (Theaterkoffe)

Richard Kurtzke Kottbuser-Damm 8.
Otto Pahnitz Winerstr. 14.
C. Richter Rixdorf, Friedelstr. 49.
Otto Wehnert Sattlermeister, Chausseestr. 50.
Lehranstalten
Zuschneide-Schule des Deutsch-Zuschneider-Verbandes, G. V., BERLIN, Mauernstr. 88/89, T. 13401.
Rudolf Maurer Friedrichstr. 66a, Ecke Mohrenstr.
Strahlendorffs Handels-Akademie, Beuthstr. 10 u. 11, I., III. Etage, Größtes Institut Berlins, Ausführl. Lehrpläne umsonst.
Linoleum u. Wachs
Haase Rixdorf, Linoleum Rixdorf, Bergstr. 62.
Häntsch Weißensee, Berliner-Allee 229, Tapeten.
Rausch, Rich. Linoleum-Niederlage Warschauerstr. 6.
Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M. Petersb.-Str. 39, Modewarenh.
Mehlhandlungen
W. Bachmann, Chark. Neuplatz 15.
Bethke, Georg Munkauerstr. 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedl.-Str. 44.
Weslarstr. 189, Friedelstr. 21.
Tropfow, Grätz-Str. 64.
Bordasch, G. H. Kais.-Frd.-Str. 39.
C. Bossa, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienstr. 51.
C. E. Fink, N. Pankstr. 92.
Frese, Ernst 5 Geschäfte im 80.
Gaeger, Otto Charlottenburg.
Paul Gaeger, Spandau.
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw.-Bergmannstr. 95.
Heerma, H. H., Hermannstr. 172.
Heinrich, R. Bergstr. 144.
Kais.-Friedl.-Str. 144.
Karl Huhn, Schorererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
A. Kuhnelt Invaliden 138, T. A. Nord 5343, vis-a-vis Siedler-Haus.
H. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 152.
E. Kunze, Charl., Knobelsch.-Str. 16.
Lenz & Jagemann, Winerstr. 53.
Posenstr. 15, Stralauer-Allee 15.
L. Götke, H., Fruchtstr. 67.
Guz. Meyer, Helmstr. 19, Winerstr. 31.
C. Neugebauer, Ober-Schönwelder-Str. 15.
Nietch & Rabsahl, Carmen-Str. 15.
Otto Nowack Nachf., Spandau.

F. Pflugmacher, Colonnenstr. 68.
Jul. Penner Großwälderstr. 11, vis-a-vis Lippohnerstr.
P. Rentner Mansteinstr. 17.
Schleinitz, A. Steinmetzstr. 27.
Schneider, Emil Mariannenstr. 14.
Reichenbergerstr. 38.
Walter Seidel, Beusselstr. 26.
Thiecke, Nachf., Prinzenstr. 10.
H. Weidler, Reinickendorferstr. 64.
Reinhold Werner, Teget. Treckstr. 28.
H. Zyczynski, Ri. Pannierstr. 53.
Möbelmagazine
Gustav Böse Tischlermstr., Leisen-Über 22, am Ursulaplatz.
Berliner Möbel-Magazin, Nordend, Ackerstr. 120, a. Dache, F., Ri., Neue Jonasstr. 26.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 102.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 22.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A. Alexand.-Birkenstr. 44.
H. Gohert, Möbel-Fabrik, Gröll, Reinickendorferstr. 11.
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallackherstr. 87, Bar- und Teilschabung, Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 153.
Högnig, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Winerstr. 12.
Küchenmöbel Berliner-Küchenmöbel-Fabrik Neue Königl. Str. 62, T. VII 4740.
Lüdecke, Kottbuser Damm 83/85.
Lange, Max Schwedter Str. 2, s. d. Kast. Allee 6.
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
Lüdecke, R. R., Bergstr. 4.
Misch Hegnung Dred.-Str. 116, auch Teilhabe.
Hugo Moh, W. 57, Fietelerstr. 23e.
Rebsch, E., Spandau.
C. Reither Nachf., Veteranenstr. 21.
Emil Ruffler Tischler-Innungsmelster Prinzenstr. 34.
Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenstr. 52.
Siebeky, W. Gensienstr. 12.
A. Schuster, 01. Schönwelder, Winerstr. 59.
Wilhelm Slotawa Turmstr. 81, Waldenserstr. 24.

Schwabe, Rixd., Hermannstr. 229 eig. Tischlerei u. Tapetenwerkst.
Wendland, Ernst Swinemünd-Str. 121.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.
Jos. Werner Charlottenburg Scharrenstr. 10.
Möbel-Transport
F. Eiders, Zossenerstr. 7a, T. Kf. 4136.
Robert Frenzel, Gipskestr. 102.
J. Lange Rixdorf, Hermannstr. 254, T. 514.
Paul Schur, G. m. A. H., Birkenstr. 87.
Molkereien
Molkerei „Nord-West“ Brunnenstr. 50 Bredowstr. 18.
Milchkuranstalt am Viktoriapark Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurlisch-Milch Schmidt Rixdorf Hermannstr. 33, Hermannstr. 95-96.
„Schweizerhof“ Meierei und Milchuranstalt, Emdener Str. 46, u. Tel. II. 2503.
Musikalien
Niemeyer, Rixdorf, E. Köpenickerstr. 78.
Scholz Frankfurter-Allee 73b.
Musikinstrumente
Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Menzel-Pianos Chibig, Kantstr. 31, gebt. i. jeden Preis.
Plato & Co., Köpenickerstr. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181.
Loeber, Müllerstr. 11.
Musik-Haus Menzenhauer Größtes Spezialgeschäft der Branche, Spittelmarkt 14a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnöke, Otto, Ri., Richardstr. 115.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gellnowstr. 26, Waschmasch.
Ferra, Hermannstr. 177.
Pfaff, Kottbuser Damm 23, bestes deutsches Fabrikat.
Littauer, Vertr. Wilke, Ri., Berlinerstr. 84, Hermannstr. 39/40.
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.
Afrano-Nähmaschinen G. A. Hümer, Andreastr. 79, Fietelerbergstr. 87, Spandau, Schwaldenstr. 19.

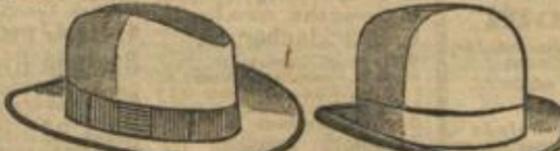
Optiker
Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Basso, Paul, N. Mollerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gellnowstr. 18, Kastell.
E. Riek, Münzstr. 14-15.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.
Wionstruck, Spandau, Pissauerstr. 19.
Papier- u. Schreibw.
O. Frochow, Rixd., Hermannstr. 69.
Seldner, Louis, Ri., Bergstr. 42.
Pfandleihen
Rixd. Pfandleihe Rixdorf 58 nur Bergstr. 58
 Spezialität: Kettverkauft, Beschädigtes Herrensarg, Uhrwerk, Schmuckst. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 86, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Feodor, 3 E. Senfbleich, Kottb.-Damm 28, I.
Photogr. Apparate
Ingo Schulte Mollerstr. 199 a. Eig. Artitel 5%, Gelegenheitskäufe.
Zarombka, Weisbergweg 1, T. XII 3529.
Putz- u. Modewaren
M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1 Putzgeschäfte.
Bertha Mierzwa Frankfurter-Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte.
Peters Spezialha. f. Damenhüte u. Lief. d. Konsumgenossenschaft.
Schmalzahn, Ri. Bergstr. 181, Putz, App.
Puppen
P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179.
Rosterhandlungen
Laisefrömel, Greifswalderstr. 199.
Carl Joch, NO, Pallasdenstr. 77.
Pauline Preisling, Schicklerstr. 13, I.
Berth. Schreiber, See-Kantstr. 25.
Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichshagen-Anhalt, E. Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Mantoufflerstr. 28, Warschauerstr. 31.
Hans Bry Rumburg, Mozartstr. 2.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
Osw. Fabian, Köpenickerstr. 26.
Engel, W., Reinickendorferstr. 38.
Osk. Epler, Swissendstr. 61.
Osw. Fabian, Köpenick, Kistlerstr. 1.
Floor, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowich, Treckstr. 53 (149, 145).
Otto Grätzsch, Chausseestr. 12a, 67.
Goldmann, Spandau, Schwaldenstr. 34.
Heinrich Johanna, Petersb.-Str. 36.
H. Jettlaff, Badstr. 34.
Kn Fabrikmarke für haltbarste Filzschuhe und Pantoffeln.
P. Lange, Nowawes, Priesterstr. 20.

Herm. Körner, Cöpenick.
G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 181.
Piedr. A. Lange, Lassbergstr. 68.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Kottbuserstr. 30.
Rehring/Chrig, Kalkgraben-186/89.
C. Neumann, Falkensteinstr. 27.
Peterohn, Osk., Müllerstr. 155.
Flaumann, Jagowstr. 20, 50.
Reetz, Max Spandau, Schönwälderstr. 12.
G. Rechenberg, Schöneb. Allee 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schubwarenhaus des Westens York-Str. 44.
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6.
Sommer, Wilh., N. Seeb.-Allee 83.
A. Trellis, Friedrichshagen, Friedelstr. 23.
Witt, Spand., Neundorferstr. 90.
Schirme u. Stöcke
Olrod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lechnerstr. 5, Eig. Fabrikat.
Jehrichen, Rixdorf, Kais.-Friedl.-Str. 18.
N. Lerche, Schöneb., Kollonnenstr. 62.
A. Rieke, Badstr. 11, bestes billigst.
Herm. Rosenky, W. Nanteinstr. 4.
G. Schlessauer, Warschauerstr. 60.
Selben
Gustav Gambal, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Buryardstr. 13.
Teppiche u. Gardinen
J. A. Schulz Weinberge-Weg 10 I.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 57 a, Gr. Frkf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Oscar Aldag, Charl., Krummest. 22.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg Spandauerstr. 82, K. Hirsch, fr. Frank.
Max Eisermann, Charl., Kollonnenstr. 16.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 24.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 179/177.
W. Eisold, Charl., Winerstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Gussowstr. 44.
Fenske, S., Kottbuserdamm 94.
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 9.
J. Gebhardt Charlottenburg, 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gröber, Brunnenstr. 74.
Baldwinstr. 57, List. 4.
M. Graupner Köpenick-Geb., Berlin, E. N.
H. Kammler, Charl., Krummest. 29.
M. Mariel Brunnenstr. 118.
Kneibusch, W., Frl. Chausseestr. 61.
E. Knuth, Kollonnenstr. 14.
B. Lechtermann, Dreyse-E-Wiltschauerstr.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann-Wilh., Kottb. Damm 28.
Lüders, E. Schönberg, Köpenickerstr. 21.
Nolle, E., Simon-Dachstr. 13.

Rudolf Plunz Brunnenstr. 112.
Quitzow, Job. Müllerstr. 1a, Schönberg.
Emil Quade Hauptstr. 148.
Carl Schiewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Bergerstr. 143.
Willy Schmidt, Friedmann, Hauptstr. 11.
Gustav Scholz Schönberg Hauptstr. 116.
Schönemann, G. Ri., Berl.-Str. 73.
F. Schönwib, Berl. O., Gussowstr. 27.
W. Schultze, Neues Rathausstr. 32.
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 52.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Gust. Schoder, Oranienstr. 155-56.
W. Stendel Swinemünderstr. 86 Ecke Lortzingstr.
Max Storch, Ebbingstr. 100.
M. Tomesch Nchf., Fietelerstr. 18.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Trenner, Wilhelmstr. Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankf. Allee 185.
Uhren- u. Goldwaren-Industrie
 Berlin 290, Lindenstr. 16. Beste direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach allerhoh. billige Preise.
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Wittig, Ad. Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Zabel Nachf., Charl., Berlinerstr. 118.
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 2.
Friedrich Wilhelm Berlin WS, Behrenstr. 65-61 Leben-, Sterbekassen- u. Unfallversicherung. Mit u. ohne Erbl. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Iduna zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.
Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch Spandau
Wilh. Herm. Lesser Köpenick, Schönberg Köpenick 154 Bei jedem Einkauf Rabattm.
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Soling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Hoffinger, E., Wald-Str. 10, Wilmstr. 11.
Elle u. Weyle, Lärchstr. 14.
Größ. „Zur Sonne“, P. Friedenberg.
Martin, Bruno, Ri., Hermannstr. 13.
Brunnenstr. 16
Ignatz Sello Exzellente Engl.-Fris

Conrad Großdistillation Oranienstr. 207.
Waschmittel
Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel.
Weiß-, Wollw., Trikot.
Ahlacher, Guat., Chorinerstr. 76.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 94.
M. Gardels Beusselstraße 76 Taurogenerstr. 10.
Georgi, Ernst Krout Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvanstr. 6.
Hoppe, E., Schornweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 1.
Jonas, Hermann Klätzin-Pl. 1. Letzt, Berlin.
Juncker, H. Rixdorf, Hermannstr. 172.
Carl Klein, Hühnerstr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 64.
Kriebel, Schönberg, Leuthenstr. 5.
A. Kaepler, Caprivistr. 6.
Ch. Loewy Rixdorf, Bergstr. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Beniamin, 12. (Arbeiterklub).
Nachmann, Müllerstr. 121a, Kass. 12f.
Fr. Ollwetski, Alie Jakobstr. 137.
Schaefer, Husienstr. 43.
M. Schaefer S. W. Hollmannstr. 43 W. Maassenstr. 17.
Schorn, Lina, Mirbachstr. 31.
Otto Seelisch, Kochenstr. 8.
Hermann Meyer, Schöneb. Str. 21.
J. Stein, Reinickend. W. Warschauerstr. 114.
Ad. Schäfer Nchf. 50. Admiralstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaeppe Elisabethkirchstr. 12.
Tharow, O., Charl., Cauerstr. 14.
L. Vierarm, Zionskirchstr. 24.
E. Voigt, Reinickendorfer, Am Ende 181.
Albert Vogt Urbanstr. 31.
Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 48.
P. Hildebrandt Brunnen- u. Straße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19.
Zastrow, Landsberger Allee 143, Fietel.
Zahn-Atelier
E. Bado, N. Schönhauser Allee 61.
Hollbruch, Herm., Pankstr. 1, geg. 1871.
Herold, H., Emdenerstr. 27, a. Siedlerstr.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1883.
Körber, O., Reinickend., Chausseestr. 308.
Muskauerstr. 16.
Witte, Max Ecke Hasenheffelstr.

Möbel-Sechner
 Brunnenstr. 7. Am Rosenthaler Tor.
Spezial-Möbel-Haus
 auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art.
 Stube und Küche: Anzahlung schon von M. 15.— an.
 Liefere auch nach auswärt.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5.— Mark gutgeschrieben.
 Sonntags nur von 12—2 Uhr geöffnet.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen oder festen Preisen!

Welche Herrenhüte v. 1.50-6.00 Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00
 Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

1 Mark
 wöchentl. Teilzahlungen
 liefere elegante fertige
Herren-Garderoben
 :: Ersatz für Mass ::
 Anfertigung nach Mass
 Tadellose Ausführung
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 37, II
 Eingang Straßberger Platz
 II. Geschäft: Turmstr. 18
 nur 1. Etage, kein Laden.

Zu Kaffee und Getreidekaffee
 Hecht
Franck-Gries.
 Es gibt minderwertige Nachahmungen! Man fordere deshalb ausdrücklich „Franck“, und achte auf die „Kaffeemühle“, die bekannte Schutzmarke.

Tadellos
1 M.
 wöchentliche Teilzahlung
 liefere elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass.
 Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg
 Mass-Schneiderei
 Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
 Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstrasse
 Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

VI. Kreis. Das Lokal „Bürgercasino“ und „Vereinshaus“, am Weddingplatz, Selterstr. 85, steht uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Am Sonntag, den 3. März, veranstaltet der Mandolinenkub „Con Trio“ in den Kammerläden, Teltower Str. 1/4, ein Konzert. Da uns die Kammerläden nicht zur Verfügung stehen, aber versucht wird, in Arbeiterkreisen Eintritt zu umsetzen, ersuchen wir, dieselben zurückzuweisen.

In Johannisthal hat der Gasthof „Zur deutschen Eiche“, Friedrichstr. 10, den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber, Herr Wirtblatt, stellt uns sein Lokal zu den alten Bedingungen zur Verfügung.

In Wahnitz T-B. findet am 2. März im Lokale des Herrn Wirt, früher Dölling, ein Kofilmfest statt; da Herr Wirt sein Lokal der organisierten Arbeiterchaft hartnäckig verweigert, ersuchen wir, das Lokal streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Steglitz. Die Flugblattverbreitung am Sonntag findet nicht erst um 9, sondern schon um 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus statt.

Johannisthal. Sonntag, den 3. März, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus wichtige Handzettelverbreitung.

Wittdorf, den 3. März, abends 8 Uhr: Große öffentliche Wähler-versammlung in Senftlebens Festsaal, Friedrichstr. 48. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Kommunen. Referent: Oskar Kiebel, Wilmersdorf. 2. Bericht aus dem Gemeindeparlament. Referent: Hermann Dähling.

Mariensfeld. Am Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Grundstück des Herrn Richard Kreuzberg in der Ahornstraße (Wittenholonic): Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Genosse Joachim Klüh. Diskussion. — Ansprache des Kandidaten F. Greulich.

Wahnitz. Heute Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Gemeindeväher-versammlung in Villa Kohl (Joh. Waloszer). Tagesordnung: 1. Unsere bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Genosse Redakteur W. r. m. u. t. h. K. u. f. l. n. 2. Diskussion. 3. Auffstellung des Kandidaten. Genossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung.

Petersdamm. Sonntag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal zum „Alten Dessauer“, Gennidendorfer Straße: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevorteher. 2. Was ist für Petersdamm weiter erforderlich? 3. Verschiedenes. Regier. Besuch wird erwartet.

Wahnitz (Ostbahn). Am Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr: Wählervereinsversammlung im Lokale des Herrn Edler, Gennidendorfer Straße. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Stellungnahme zur Gemeindevorteherwahl. 3. Verschiedenes.

Am Sonntag, den 3. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Am Montag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Dräger, „Friedrich“, Köpenicker Allee. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie in der Gemeindevorteherwahl. Referent: Gemeindevorteher Julius Grunow. 2. Freie Diskussion. Genossen! Sorgt für recht rege Beteiligung an den Versammlungen und der Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Schönhaufen. Heute Sonnabend, den 2. März, abends 8 Uhr, bei Otto Baetich: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Was haben wir vom neuen Reichstage zu erwarten?“ 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Erker. Heute, Sonnabend, den 2. März, abends 1/9 Uhr, in Degersdamm Gesellschaftshaus: Öffentliche Versammlung. In derselben soll zum letztenmal den Gemeindevählern die Notwendigkeit der größtmöglichen Wahlbeteiligung zum 6. März dargelegt werden. Am Montag, den 4. März: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Wahnitz. Am Sonntag, den 3. März, abends 5 Uhr, im Lokale „Zum Deutschen Kaiser“: Volksversammlung. Referent ist Genosse Joachim Klüh. Nicht der Genossen ist es, eine rege Agitation für den Versammlungsbefuch zu entfalten.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Genossinnen sammeln sich zum Besuch der Frauenversammlung am Sonntag, den 3. März, um 12 1/2 Uhr mittags an der Kirche. Die Bezirksleitung.

Schönwalde (Bez. Panlow). Morgen, Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 Uhr, bei Schulz: Öffentliche Gemeindevähler-versammlung. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Gemeindevorteher G. a. r. m. a. n. n. T. r. e. p. t. o. w. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Die Agitationskommission.

Ladeburg D.-B. Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Sanner: Öffentliche Versammlung. Referent: Stadtd. V. D. r. u. n. s. - B. e. r. l. i. n. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Hinter den Kulissen.

Wenn draußen, in den kleinen Provinznestern, die Schimere anlangt, um für kurze Zeit in fragwürdiger Aus-rüstung noch fragwürdigere Vorstellungen zu geben, so ist es nicht allzu schwer, hinter die Kissen der Truppe zu kommen, mit denen sie ihrem, im allgemeinen noch nicht verwöhnten Publikum Illusionen vorzutauschen versucht. Ist doch die Zaubervelt alles andere als hermetisch abgeschlossen und für gewöhnlich müssen die Mitglieder im Orte herumgehen und sich die notwendigen Theaterutensilien erst leihen, wofür es dann einige Gratisbilletts gibt.

Anderer bei jenen Bühnen, die allen Anforderungen der Reuzzeit entsprechen müssen, ihre Aus-rüstung, ihr Fundus repräsentieren enorme Kapitalien und in riesigen Räumen lagern alle jene Dinge, wie Kulissen usw., die den Betrieb eines großen Theaters erst ermöglichen.

Es ist für den, der nicht selbst zum „Bau“ gehört, un-gemein interessant, einmal buchstäblich genommen, „hinter die Kulissen“ zu blicken und zu erlauschen, wie Natur, Elemente und andere Dinge dem Publikum vorgezaubert werden. Wohl kennen die meisten die Aufmunterung des Theater-direktors aus Goethes „Faust“:

Drum schonet mit an diesem Tag Prospekt nicht und nicht Maschinen. Gebraucht das groß und kleine Himmellicht, Die Sterne dürfen ihr verschwinden; An Wasser, Feuer, Eisenwänden, An Tier und Vögeln fehlt es nicht —

aber sehen möchten sie doch alle mal diese Dinge in der Nähe und die Einzelheiten des gewaltigen Apparates. Die „Freie Volksbühne“ hat es unternommen, ihre Funktionäre in die geheimnisvolle Welt einzuführen,

sie mit profanen Blicken in das Allerheiligste schauen zu lassen.

Voller Erwartung, mit fragenden Blicken, traten wir in einen schmalen Korridor ein, wo wir eine kleine Belle uns mühsamstüß (es gelang den Großen so wenig, wie es den Kleinen zu gelingen pflegt) verhalten sollten. Die Glut der Zigarren war schon draußen im Vorraum ausgeblüht worden. Enggedrängt harrten wir der Dinge, die da kommen sollten. Jemandwoher schmettert ein Tenor sein Lied aus dem Schall-trichter eines Phonographen. Stimmen werden laut, scharf akzentuierte Worte, tragische Ausrufe — die Künstler proben noch.

Vald können wir aber durch eine Tür eintreten. Wir befinden uns in einem düsteren Raum. In Zwielicht getaucht, blickt von einem tiefen Sessel aus eine dunkelgelockte, schlanke Dienerin Thespis' halb verwundert, halb schelmisch auf die wissensdürstigen Fremdlinge. Es ist der Bühnenraum, wo wir stehen und von dem aus eine enge, steile Wendeltreppe in die höher gelegenen Stodwerke fährt. Im ersten Raum, den wir betreten, fallen uns am Boden sofort eine große Anzahl Flaschenzüge auf, von denen aus, in dichtem Gewirre, viele Drähte, einer Niesenhafte gleich, nach oben führen und welche die Kulissen halten, die je nach Belieben, mittels der Flaschenzüge nach unten dirigiert werden.

Von hier aus geht es höher hinauf, und wieder empfängt uns in dem neuen Raum, von unten her, die helle, durchdringende Stimme des Phonographen, der sich schon längst seinen Platz im Theater gesichert, sich unentbehrlich gemacht hat. Hier werden uns u. a. auch die Draußen gezeigt, 48 an der Zahl, die beim Ausbruch von Feuer aufgedreht werden und imstande sind, innerhalb drei Minuten die ganze Bühne einen halben Meter tief unter Wasser zu setzen. Das Publikum hat also bei den heutigen Schugvorstellungen im Theater keine Ursache, schon auf einen Feuerort hin den Kopf zu verlieren und eine Panik zu verursachen.

Sehr einfach und originell ist die Art, wie ein Gewitter markiert wird. Wenn es „einschlagen“ soll, so wird eine Eisenkugel von der Größe einer Kuh in einen Holzschacht geworfen, wo sie drei Meter tief auf ein Blech fällt und von da im Biggag über weitere Bleche rollt. Der Donner selbst wird durch ein ausgepumptes Zell erzeugt, auf das, wie bei einer Pause, jedoch mit zwei Klöppeln losgedroschen wird. Außerdem bewegen sich noch nach der Größe abgestufte Kugeln auf der Bühne, die an senkrechten Fäden befestigt sind.

„Theaterlage“ wird so technisch eine Vorrichtung genannt, die den Flug einer Person in der Luft über die Bühne ermöglicht und ferner konnten wir uns überzeugen, daß Felsstürze sich ereignen können, ohne eine Katastrophe zu bewirken, nämlich — wenn der Rutsch auf der Bühne erfolgt. Und als der Führer gar eine mit Seidenrips überzogene Trommel in Bewegung setzte, stieß eine so heftige Windsbraut (und außerdem eine Menge Staub) daher, daß es uns in den Ohren piff, bis der Luftzug sich zum heulenden Frühlingssturm verstärkte, der die Bäume schüttelt und die Häuser umtobt, um jäh zu verstummen. Gleich darauf plattete ein kräftiger Regen auf uns nieder und erschreckte uns, in Anbetracht unserer guten Klust, nicht gering. Zum Glück aber war e vollkommen — trocken, denn Erbsen, ganz gewöhnliche Erbsen hatten das Geräusch des niederprasselnden Regens täuschend nachgeahmt. Wie eine Zimmerdecke heruntergelassen wird, wurde uns ebenfalls erklärt; dann aber kam der interessanteste Punkt: die Drehbühne, die 6000 Kilo Tragkraft besitzt und 15 Mal 50 Meter Durchmesser aufweist. Bei Aufführungen, wo Krönungsfeierlichkeiten vorkommen, können bis 96 Stufen gebaut werden. Die Bühne läßt sich zur Hälfte oder auch ganz versenken. Ebenso können einzelne Personen in der Versenkung verschwinden.

Der Motor, der die Bühne dreht, verfügt über 75, derjenige, der sie versenkt, 60 Pferdekraft. Einzelne Personen werden durch Handbetrieb versenkt. Zuletzt zeigte uns der Theatermeister noch die Apparate und demonstrierte vorüber-ziehende Wolken, Blitze, das Verleuchten einzelner Personen, wie z. B. im „Faust“ Mephisto, ferner einen Uebergang vom Tageslicht zur Dämmerung, oder das Erwachen des Morgen-rots. Bei der Vorstellung von Panoramen dient eine Riesen-decke von 180 Meter, die sich oben auf eine Walze wieder aufrollt. Das Theater hat seine eigene Schlosser-, Tischler- und Malerwerkstatt. Daneben ein Notmagazin für Kulissen und sonstige Effekten, während das große Magazin sich am Lehrter Bahnhof befindet.

Die Beschäftigung mußte natürlich in ziemlich schnellem Tempo vor sich gehen — der Theaterbetrieb duldet keine längere Unterbrechung und schon wachsen vor unseren Augen Sütten und Landschaften auf — Björnsons Geist ging um. Vald darauf rauschte der zweite Teil von „Ueber unsere Kraft“ an uns vorbei, groß und gewaltig, voll tragischer Wucht und ließ uns vergessen, daß wir kurz vorher die Geheimnisse der Kunst entschleiert.

Vom Gefindefelohnungsfonds.

Ämlich wird mitgeteilt: Mit dem 1. April d. J. wird die neue Zahlung der Belohnungs- und Unterstützungsansätze für das Gefindefelohnungsfonds am 31. Januar die landesherrliche Genehmigung erhalten hat, in Kraft treten. Damit wird die schon lange als unzureichend und ungerecht belämpfte Beitragserhebung von den Diensthöhen, welche durch Lösung eines Gefindefelohnung zum Betrag von 50 Pf. beim jedesmaligen Dienstwechsel erfolgte, aufgehoben. Der hierdurch herbeigeführte Einnahmehausfall wird durch ein zinsfreies Darlehen von 500 000 M. aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkasse an die Anstalt gedeckt, welches zunächst auf 20 Jahre von den städtischen Behörden bewilligt worden ist. Durch diese Regelung und zugleich auch durch die Aufgabe des Gebühretes auf die Hinterlassenschaft der Inhabinnen ist die Anstalt zu reinen Wohlthätigkeitsanstalt geworden, um treue, wohlverdiente Dienstmädchen bei eintretender Invalidität zu belohnen und zu versorgen. Auch die Bedingungen für die Anwartschaft auf Unterstützung bezw. Aufnahme in das Altersheim sind dahin erleichtert worden, daß in Zukunft eine Dienstzeit im Weichbild von Berlin im ganzen von 15 Jahren oder der letzten 5 Jahre verlangt wird, daß die Bewerberinnen durch Alter, Krankheit oder Anfall dienstunfähig geworden sind, muß natürlich auch von ihnen nachgewiesen werden. Während nach dem alten Statut ein Drittel der Einnahmen aus den Beiträgen zu Vorunterstützungen verwendet werden mußte, ist nach der neuen Zahlung zuerst die volle Besetzung des Altersheims zu berücksichtigen; erst aus den verfügbaren Mitteln können laufende Unterhaltungen bis zur Höhe von 12 M. monatlich von der Deputation bewilligt werden. Das Altersheim der Anstalt liegt an der Ecke der Köpenick- und Palisadenstraße in einem Garten, es hat 110 Plätze, von denen zurzeit 77 besetzt sind. Die Inhabinnen, welche zu je zweien ein geräumiges, möbliertes Zimmer mit Kochgelegenheit haben, erhalten außer Heizung und Licht

sowie Reinigung der Wäsche ein monatliches Verpflegungsgeld bis zu 16 M., ausnahmsweise auch darüber, und außerdem haben sie argilischen Bescheid und Arznei frei. Das Altersheim hat im vergangenen Jahre das 25jährige Jubiläum seines Bestehens feiern können.

Zur Groß-Berliner Spielplatzfrage, die zum zweiten Male in der für den morgigen Sonntag nach der Neuen Welt, Gasenheide, einberufenen öffentlichen Versammlung erörtert werden soll, liegen sich jetzt in der „Voss. Ztg.“ Herr Bürgermeister Dr. Reide, der an Spielplätzen 230 Hektar herausgerechnet hat, und als Vorsitzender des Hauptausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege Herr Professor Dr. D. Albrecht, der die amtlichen Angaben als ein büreaukratisches Neuzengemal ansieht, freundschaftlich in den Saaren. Scheinbar sind auf beiden Seiten Irrtümer unterlaufen. Herr Albrecht legt etwas zu, Herr Reide läßt etwas ab. Daß die Zahlenangaben des Herrn Bürgermeisters mit einiger Vorsicht zu genießen waren, haben wir schon ausgeführt. Diese Zahlen mögen, von einem bereits festgestellten Jertum von 23 Hektar abgesehen, wohl auf dem Papier stehen, aber praktisch kommen doch lediglich diejenigen Spielflächen in Betracht, welche einen geordneten, regelmäßigen Spielbetrieb gestatten. Und daran, daß im richtigen Verhältnis zur örtlichen Lage und zur Kinderbevölkerungsziffer mindestens zwei Drittel der von Dr. Reide zusammengezeichneten 230 Hektar einen geordneten, regelmäßigen Spielbetrieb nicht gestatten, kann kaum ein Zweifel sein. Es dürfte also trotz aller halbamtlichen Bemäntelungsversuche, die fast nach Haarspalterei aussehen, ein gut Teil Wahrheit darin stecken, wenn gesagt wird, daß für Hunderttausende von Groß-Berliner Kindern die vorhandenen und gerade die besten Spielgelegenheiten so gut wie illusorisch sind. Wenn es etwas verallgemeinert hieß, daß 333 000 Kinder ohne Spielplatz seien, so hat man doch aus dem Sinn der Propaganda und aus den Neben der ersten Versammlung ganz genau wissen müssen, was gemeint war. Aber Magistratus will immer recht behalten — das ist der Stolz der Berliner Kommunal-politik.

Die Kartoffelsteuerung

wird von der minderbemittelten Bevölkerung nicht weniger drückend als die Brotsteuerung empfunden. Die Preise, die in der letzten Zeit für Kartoffeln gezahlt werden mußten, waren so hoch, wie man sie seit vielen Jahren nicht gekannt hatte.

Nach den von der Berliner Kaufmannschaft angefertigten Ermittlungen über die Großhandelspreise verschiedener Nahrungsmittel kosteten in Berlin im Durchschnitt des Jahres 1911 die Kartoffeln — und zwar gute, gesunde, sortierte, früheste Speise-kartoffeln, exklusive Saft, ohne Spefen, netto Kasse, ab Bahn — 100 Kilogramm 5,97 M., während der Durchschnitt aus dem Jahre 1910 nur 4,07 M. betragen hätte. Für 1910 war der Kartoffelpreis allerdings ungewöhnlich niedrig, aber ein Rückblick auf die beiden letzten Jahrzehnte ergibt, daß ein so hoher Preis wie in 1911 seit 20 Jahren nicht gezahlt worden ist. In den 10 Jahren 1901 bis 1910 g. W. war der Durchschnittspreis pro 100 Kilogramm Kartoffeln, immer nach den Ermittlungen der Berliner Kaufmannschaft und für die oben angegebene Qualität, nur 3,92 M., 3,86 M., 4,49 M., 5,58 M., 5,34 M., 3,46 M., 5,31 M., 5,40 M., 4,99 M., 4,07 M.

Das Jahr 1911, in dem der Durchschnittspreis, wie schon gesagt, plötzlich auf 5,97 M. emporstreckte, brachte besonders in den Herbst- und Wintermonaten eine sehr fühlbare Preissteigerung. Der Monatsdurchschnitt war von Januar bis Juni 4,50 M., 4,67 M., 4,58 M., 5 M., 4,75 M., 5,67 M. und sodann von August bis Dezember 8 M., 6,67 M., 6,83 M., 7 M., 8 M. (Für Juli ist kein Preis notiert, weil in diesem Monat der Kartoffelmarkt fast nur mit neuen Kartoffeln zu ungewöhnlichen Preisen besetzt wird.) Aus dem Jahre 1912 sind die Ergebnisse der Preisermittlungen erst für Januar durch die Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes bekanntgegeben worden. Im Januar stieg der Durchschnittspreis weiter auf 8,10 M., das ist reichlich das Doppelte des für den vorjährigen Januar ermittelten Preises.

Wie dann im Kleinhandel die Kartoffelpreise gestiegen sind, das wissen unsere Hausfrauen. Zwar hat der Monat Februar endlich wieder eine Ermäßigung gebracht — das Ergebnis der Preisermittlungen aus dem Großhandel ist für Februar noch nicht bekanntgegeben —, doch müssen auch jetzt noch Preise gezahlt werden, wie wir sie in Berlin seit langem nicht gehabt haben.

Gewiß kann man die Kartoffel als Nahrungsmittel nicht für so wertvoll halten, wie es unbestritten das Brot ist. Es gilt aber infolge langer Gewöhnung als notwendige Beigabe zur Mittagkost, und in der Volksernährung spielt die Kartoffel leider eine wichtige Rolle. In vielköpfigen Arbeiterfamilien, wo die Kartoffel den Speisetisch beherrscht, hat in diesem Winter die fortschreitende Verteuerung geradezu panikartig gewirkt.

Zum Leiter der psychiatrischen Klinik an der Charité ist an Stelle des zum 1. April ausscheidenden Geheimrats Hieser der Geheimrat Medizinrat Professor Dr. Karl Bonhoeffer aus Breslau berufen worden. Der vorzügliche Göttinger Neurologe Professor Cramer, der behnndredend auf dem noch wenig gepflegten wichtigen Gebiete der Erziehung billiger Volksernährerarbeiten wirkt, hatte leider abgelehnt. Ebenso der Jener Professor Windwanger, der in der Affäre des Professors Lehmann-Hohenberg aus Weimar und in zahlreichen anderen Fällen durch recht eigenartige Gutachten bekannt wurde. Herr Bonhoeffer hat in dem bekannten, vor 3 1/2 Jahren verhandelten „Arrenhausfallprozess“ nicht gerade gut abgesehen. Als an den Prozeß noch nicht zu denken war, stellte er ein günstiges Gutachten aus, das er nach dem Prozeß öffentlich zu widerrufen sich beeilte. Vielleicht lehrt der neue Besen besser.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Transport- und einem Straßenbahnwagen ereignete sich am gestrigen Freitagmittag vor dem Hause Ebauffstraße 57. Dort fuhr ein Geschäftswagen der Firma Julius Kirch, der aus entgegengelegter Richtung kam, mit so großer Gewalt gegen den Straßenbahnwagen 1801 der Linie 29, daß die Reichelflange durch das Schuggitter hindurchdrang. Der auf dem Perron stehende Kaufmann Otto Hase wurde von der Holzflange so schwer getroffen, daß er bewußtlos zu Boden sank. Man schaffte den Verunglückten nach der Unfallstation, wo der Arzt mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen feststellte. Er mußte nach dem Krankenhaus Bethanien übergeführt werden.

Für den sonntägigen Ausflugsverkehr bringt der Sommerfahrplan der Stadt- und Ringbahn einige bemerkenswerte Verbesserungen: Die Rüge Stadtbahn-Nord- bezw. Südring, die bereits im letzten Sommer zum Teil durch Vollringzüge über Potsdamer Ringbahnhof ersetzt waren, werden durch stündlich vier Vollringzüge über Potsdamer Ringbahnhof ersetzt. Der Verkehr zwischen Stadt-bahn und Nord- bezw. Südring geschieht dann durch Umfahrungen in Westend, Halensee, Stralau-Nummelsburg oder Trepptow. In diesem Zwecke sind neue Anschlüsse in Westend und Halensee zwischen den Vollringzügen und den über die Stadtbahn verkehrenden Zügen vorgesehen. In der Zeit des städtischen Ausflugsverkehrs verkehren u. a. stündlich je vier Vollringzüge über Potsdamer Ringbahnhof, Westend-Krausdorf und Potsd.-Triner, sechs Zugpaare Halensee-Grünau, je zwei Zugpaare Grünwald-Nordring-Niederhöne-weide, Potsdamer Ringbahnhof-Grünau bezw. —Grünwald,

Grünwald—Niederhöfnerstraße, Borsdamer Straße—Erker Weg—Friedrichshagen, Grünwald—Friedrichshagen, Schleißer Bahn—Hol—Friedrichshagen usw.

Eine Schwindlerin hat mit einem neuen, lohnenden Trick zahlreiche Wohnungsinhaber gebrandmarkt. Nach Art der Klingelkammerherzeuger ist sie, daß in irgend einer Wohnung niemand zu Hause ist. Dann spricht sie bei Nachbarn oder im selben Hause wohnenden Geschäftleuten vor und erzählt diesen, daß sie eine Bluse, ein Kleid oder Federn usw. abgeben wolle, aber die betreffenden Wohnungsinhaber müßten zu Hause angetroffen werden. Sie spiegelt dann den Leuten vor, daß der nicht anwesende Familie sehr daran gelegen sei, die Waren heute noch zu bekommen. Diese setzen sich auf einen Reisetrag von 5-8 M. auch bereits bezahlt. Viele Angeprochene nehmen dann auch das Paket in Empfang und bezahlen den kleinen Reisetrag. Um so erlaunter sind sie dann, wenn sie von der Nachbarin erfahren, daß sie nichts bestellt haben. Definet man nun das Paket, so findet man darin ganz wertlose Sachen. In vielen Fällen ist der Schwindlerin ihr Trick gelungen. Es ist eine 18-25 Jahre alte, mittelgroße, schlanke Person, mit blondem Haar und etwas vorstehendem Unterlippen.

Stellunglosigkeit und Nahrungsvorgen scheinen den 25 Jahre alten Künstler Karl Bauer aus der Vorpoststraße 25 in den Tod getrieben zu haben. Bauer pflegte als Jobler bei Tirolertruppen aufzutreten, hatte aber schon seit längerer Zeit keine Beschäftigung mehr. Gestern abend um 10 Uhr kam er in das Café Zivoli in der Chausseestraße 25, in der gegenwärtig eine ihm bekannte Tiroler-Gesellschaft spielt. Er blieb bis 2 Uhr, machte eine größere Sache, ging dann nach dem Toilettenraum, schloß sich hier eine Kugel in den Kopf und war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Der Selbstmörder hinterließ einen Fettel an seine Geliebte, bei der er wohnte, ohne jedoch einen Grund für seinen Schritt anzugeben. — Nach dem Verlust seiner Arbeit hat in der vergangenen Nacht der 36 Jahre alte Berliner Ferdinand Krüger aus der Pfingststraße 9/10 Hand an sich gelegt. Krüger war lange Zeit arbeitslos. Vor 10 Tagen nahm ihn ein ihm bekannter Wirt mehr aus Mitleid an. Als gestern abend die Kasse, die Krüger mit einer Kassiererin zusammen führte, nicht stimmte, entschied der Wirt zu keinem Anagnissen und entließ ihn. Als er schon um 12 Uhr nach Hause kam, wunderte sich seine Frau darüber. Krüger erwiderte aber nichts, sondern legte sich gleich schlafen. Nachdem die Frau eingeschlafen war, erhob er sich heimlich, ging nach der Küche, öffnete drei Schränke und vergiftete sich mit Leuchtgas. Als die Frau ihn auffand, war er schon tot.

Heber die Antialkohol-Kündigung in Weiskensee, veranstaltet vom Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, wurde gestern von verschiedenen amtlichen Stellen am Orte telephonisch die Auskunft gegeben, daß sie bereits geschlossen sei. Dies trifft nicht zu. Die Kündigung ist noch am heutigen Sonnabend, vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr, sowie am Sonntag von 11-4 Uhr geöffnet. Führungsvorträge werden vom Einleitungsleiter an beiden Tagen gehalten. Vom Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund sind verschiedene statistische Tafeln aufgestellt. Die Druckfachen des Bundes, auch „Der abstinent Arbeiter“, liegen gleich am Eingang der Turnhalle in der Goethestraße (Ecke Langhausstraße) auf einem besonderen Tische aus. Bis jetzt wurden trotz des etwas entlegenen Ortes mehr als 8000 Besucher gezählt. Der Eintritt ist frei. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Erheblichen Veruntreuungen im Kreditverein der Potsdamer Vorstadt in der Köthener Straße ist man auf die Spur gekommen. Wie uns mitgeteilt wird, hat der 82jährige Direktor des Unternehmens, der Kirchenfenstermaler Hermann Hildebrandt die Kasse nach vorläufiger Schätzung um etwa 50 000 M. gekündigt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Summen sich noch erhöhen. Ueber den Vorfall wird uns folgendes mitgeteilt: Vor einigen Jahren wurde der Kreditverein der Potsdamer Vorstadt gegründet, dem etwa 70-80 kleine Handwerker und Kaufleute beitraten. Als Direktor und Kassierer wurde der Inhaber eines Stellens für Kirchenfenstermalerie, der jetzt 82jährige Kaufmann Hermann Hildebrandt, ernannt. In der gestern stattgefundenen Generalversammlung des Kreditvereins kam es zu stürmischen Auftritten, da den Genossenschaftsmitgliedern von privater Seite eine Bilanz aufgestellt worden war, nach welcher ein Fehlbeitrag von etwa 50 000 M. in der Kasse vorhanden war. Im Dezember 1911 hatte Hildebrandt die Kassenprüfer zu einer Revision eingeladen und ihnen die Bücher vorgelegt. Den Revisoren fiel es schon damals auf, daß die Eintragungen mit Bleistift vorgenommen habe, doch erklärte dieser, daß er erst am Ende des Jahres, wenn kein Nachtrag mehr zu machen sei, die einzelnen Posten mit Tinte nachschreiben werde. In Wirklichkeit hat Hildebrandt die mit Bleistift geschriebenen Posten später willkürlich verändert, um das Konto in der Kasse zu verschleiern. Er, der sich stets als Biedermann aufspielte, und der alle Buchungen gemeinsam mit seiner Tochter ausführte, verweigerte in der Generalversammlung jede Auskunft über den Verbleib der unterschlagenen Gelder und äußerte nur, daß er in ein Sanatorium gehen werde. Um des Unternehmens aufrecht zu erhalten, haben sich die Aufsichtsratsmitglieder bereit erklärt, ohne gerichtlichen Zwang die unterschlagenen Gelder wieder zu ersetzen. Die Genossenschaftsmitglieder sind durch die Veruntreuungen des Direktors um 60 Proz. ihrer Einlagen gekündigt worden, doch dürfte ein Teil ihrer Verluste durch die Bereitwilligkeit der Aufsichtsratsmitglieder, den Schaden teilweise zu decken, einigermaßen gut gemacht werden.

Eine Panik entstand in der letzten Nacht bei einem Brande, der im Erdgeschosse Lohringstraße 28 aus noch nicht ermittelter Ursache ausgebrochen war, und als er bemerkt wurde, schon eine geraume Ausdehnung erlangt hatte. Um 12 1/2 Uhr erscholl dort Feuerlärm. Als die Hausbewohner aus dem Schlafe gewacht, eilte zu den Fenstern und Türen eilten, war ihnen der Rückweg schon durch die Flammen und unübersichtlichen Qualm versperrt, so daß in allen Wohnungen des Vorderhauses und Seitengangs eine unbeschreibliche Aufregung unter den Hausbewohnern entstand. Als die Feuerwehr aus der Verleberger Straße erschien, war die Lage höchst kritisch. Sämtliche Treppen, der Hof und einige Wohnungen waren total verqualmt. Der Brandherd lag im Keller und in dem Laden des Schankwirts Otto Adam. Es brannten an mehreren Stellen Kellererschläge, Hausrat, die Decke zum Laden, die Balkenlage, ein Billard im Laden u. a., auch machte sich ein intensiver Petroleumgeruch geltend. Brandmeister Mander ließ sofort über zwei Hakenleitern und über mehrere Stedleitern seine Mannschaft von außen in die Wohnungen des 2., 3. und 4. Stockes eindringen. Sechs Kinder, Frauen und Männer wurden zur Sicherheit aus den Wohnungen ins Freie gerettet. Die übrigen Personen ließ man in ihren Wohnungen, die verschlossen wurden. Gleichzeitig wurden mehrere Schlauchleitungen vorgenommen und damit kräftig gelöscht. Bei der Löschung stellte sich heraus, daß das Feuer an mehreren Stellen im Keller und im Erdgeschosse entstanden ist. Es wurde deshalb der Wirt Otto Adam und seine Ehefrau vernommen. Da sie sich in Widersprüche verwickelten, nahm die Kriminalpolizei beide fest. Nach 3 Uhr war der Brand gelöscht. Leider sind infolge der Aufregung, des Schreckens und unter der Einwirkung der Qualmstoffe u. a. mehrere Personen erkrankt. Allen ist unbegreiflich, wie das Feuer unbemerkt eine solche Ausdehnung hat erreichen können. Es muß als ein besonderes Glück bezeichnet werden, daß die Feuerwehr bald zur Stelle war und in umfassender Weise die Hausbewohner, die schon aus dem Fenster zu springen versuchten, beruhigte.

Zeugen gesucht. Personen, die am 12. Februar (Montag), früh, gesehen haben, wie ein junger Mann am Fahrkartenverkauf der Untergundbahn Zoologischer Garten vor einem Wagen der Elektrischen Linie 64, zu Fuß kam, werden ersucht, ihre Adresse an H. Rint, Tempeliner Str. 1, abzugeben.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 3. März, vormittags 9 Uhr, Vespergottesdienst 15-17, und Abendgottesdienst 18-20 Uhr. Predigt: „Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 2: Vortrag von Herrn G. Tassler-Freilich: „Schl. Der Wert und Sinn des Lebens“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Uhrenanlage der Stadt Charlottenburg. Die Stadt besitzt eine eigene mit der Sternwarte in Verbindung stehende, elektrisch betriebene Uhrenanlage, an die auch unter günstigen Bedingungen jedes Privatgrundstück mit einer beliebigen Zahl von Uhren angeschlossen werden kann. Die Stadtgemeinde liefert die erforderlichen Uhren und trägt die Kosten für den Anschluß an das Uhrenlabel, so daß den Besitzern der anzuschließenden Grundstücke an einmaligen Kosten nur die für die Installation im Innern des Gebäudes zur Last fallen, die sich für ein vierstöckiges Haus auf 120 bis 150 M. belaufen. An laufenden Gebühren sind für die erstangeschlossene Uhr eines Grundstücks 24 M. und für jede weitere Uhr nur 8 M. jährlich zu entrichten, während die Stadtgemeinde den dauernden Betrieb und die Instandhaltung der Uhren übernimmt. Jede nähere Auskunft kann bei der Hauptfeuerwache (Lützow 7/8), auch telephonisch eingeholt werden.

Zum bevorstehenden Umzugstermin bringt der städtische Arbeitsnachweis Charlottenburg seinen Nachweis von Reinmännern und Wäscherinnen, Plätterinnen und Küchenspersonal jeder Art wieder in Erinnerung. Jede der drei Frauenabteilungen: Konstr. 80 (Charl. 4502), Bütenbergplatz 4 (Charl. 1487) und Berliner Str. 81 (Charl. 7073) nimmt Anmeldungen entgegen; es wird aber gebeten, Stellen, die schon am folgenden Tage besetzt werden sollen, tunlichst bis 8 Uhr zur Kenntnis des Arbeitsnachweises zu bringen.

Tegel.

Einen erfreulichen Sieg brachten die Wahlen zur Gemeindevertretung in den beiden am Freitag zur Wahl stehenden Bezirken der Sozialdemokratie. Im ersten Bezirk siegte unser Genosse Lichteberg mit 518 Stimmen über den Lehren Zertig, der 354 Stimmen erhielt. Im zweiten Bezirk wurde Genosse Haffes gewählt, der 632 Stimmen auf sich vereinigte, während für den Lehren Zertig 184 Stimmen abgegeben wurden.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Der Vertretung lag zunächst ein Entwurf zur Veränderung der Hundesteuer vor, die im wesentlichen eine Erhöhung der Steuerumme von 20 auf 30 M. für solche Hunde forderte, die nicht als Wach- oder Fiechhund oder zum Schutze von Schwerverhörigen oder mit sonstigen, einen Schutz erfordernden Wesen besetzten Menschen dienen. Von unseren Genossen wurde die Erhöhung der Steuer bekämpft, die bürgerliche Mehrheit stimmte dem Entwurf jedoch in allen Teilen zu. — Von der Gemeinde Bankhoff lag ein Bebauungsplan an den Grenzen Mariendorfs vor, welchem die Gemeindevertretung ihre Zustimmung geben sollte. Diesen Plan hatte die Baukommission vorher eingehend geprüft mit dem Resultat, daß, sofern Mariendorf die Zustimmung gibt, es seinen eigenen festgelegten und genehmigten Plan umwerfen muß. Bekanntlich wird von den oberen Behörden verlangt, daß die Grenzen zweier zusammenstoßender Ortschaften so im Bebauungsplan erschlossen werden, daß die Straßen von einem Ortsteil zum anderen an den Grenzen ineinander münden. Dies ist jetzt nicht der Fall. Infolgedessen beschloß die Gemeindevertretung den Plan abzulehnen. — Des weiteren wurde beschlossen, dem Antrag des Amtsvorstehers gemäß der Zepplinstrasse den Namen Richardstraße zu geben. — Hierauf wurde vom Gemeindevorsteher die petitiogene Auseinandersetzung mit der Nachbargemeinde Marienfelde zwecks Zusammenlegung der Kosten des Amtes und Gemeindevorsteher in eine Person und eine Verwaltung bekanntgegeben. Bisher bildeten Marienfelde und Mariendorf eine Amtsverwaltung für sich. Von der Gemeindevertretung Marienfelde lag die Zustimmung bereits vor. Außer einigen Pensionskosten, die in der öffentlichen Sitzung nicht erörtert werden sollten, zählt Mariendorf die einmalige Summe von 14 088,38 M. Die Vertretung erklärte sich unter Vorbehalt der noch in geheimer Sitzung zu machenden Ergänzungen den dem Ratsherrn einverstanden. — Beim Ausbau der Kurfürstentrasse, wo die Arbeiten schon unter dem alten Gemeindevorsteher durch Submission vergeben waren, ohne daß ein endgültiger Beschluß der Vertretung vorlag, wurde beschlossen, den Baubestand von der Ring- bis zur Schönebergerstraße zu schonen; letzteres ist aber nur möglich, wenn dieser Straßenteil anstatt einen 8 Meter nur einen 7,50 Meter breiten Fahrweg bekommt.

Weiskensee.

Eine längere Störung im Straßenbahnbetriebe trat am gestrigen Vormittag von 7 1/2 Uhr bis 11 1/2 Uhr in Weiskensee ein. In der Wisloriusstraße war aus bisher noch nicht bekannter Ursache ein Wasserrohr geplatzt und die aus der Erde hervorströmenden Fluten untergraben die Straßenbahngleise, so daß die Wagen der Linie 2 nach beiden Richtungen hin durch die Langhaus- und Ufermarktstraße über den Antonplatz abgelenkt werden mußten.

Oranienburg.

Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 1718,81 M. vor, die die Stadtgemeinde für die Instandhaltung des Pfarrhauses leisten sollte. Trotzdem sich Genosse Gortipp entschieden gegen die Bewilligung obiger Summe wandte, stimmten die Bürgerlichen dem Antrage zu. Bei dem Beratungspunkte: Festsetzung der Vergütung für Benutzung der städtischen Turnhalle durch Vereine, trat Genosse Zetler dafür ein, daß die Halle allen Vereinen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Zugleich warf Zetler die Frage auf, weshalb der Arbeiterturnverein bisher von der Benutzung der Turnhalle ausgeschlossen gewesen sei. In der auf diese Frage einsetzenden Debatte behaupteten die Bürgerlichen, daß im Turnverein Vorkriegszeiten werde. Unsere Genossen Rösch und Schumann traten dieser jetzt in fast allen Gemeindevorständen stereotypen Ausrede energisch entgegen. — Die Steuerzuschläge für 1912 sind dieselben wie bisher. Der Ankauf des Schmidtschen Grundstücks an der Bahnhofsstraße für das Realprogramm zum Preise von 80 000 M. wurde mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen. Unsere Genossen Gortipp und Schumann wandten sich gegen den Ankauf, da ihnen der Preis als weit zu hoch erschien. Die für die Umwälzung des Friedhofes erforderlichen Kosten von 16-17 000 M. wurden bewilligt. Die Pflasterung der Ringstraße soll innerhalb zwei Jahren bis zur Berliner Chaussee ausgeführt sein. Zum Schluß wurden noch einige Kommissionen gewählt. In der Kommissionskommission ist unser Genosse Rösch, in der Kommission für Befolgung städtischer Beamten Genosse Gortipp vertreten.

Spandau.

Von einem Herzschlag betroffen wurde vorgestern abend 9 1/2 Uhr der in der Kammerstr. 2 wohnhafte 62 Jahre alte Jubalide Ringer, der die Kalkwirtschafft von Quitz am Lindenufer betrat und sich ein Glas Bier bestellte. Als er sich auf den Abort begeben hatte, kehrte er nicht mehr zurück. Man fand ihn bald darauf als Leiche. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Potsdam.

Wegen die Verunkstaltung des Stadtbildes soll ein neues Ortsstatut erlassen werden, das alle nicht die erforderliche Genehmigung erhalten hat. Die Stadtverwaltung hat in dem neuen Entwurf ihr Augenmerk hauptsächlich auf folgende Punkte gelegt: Schutz bestimmter Straßen und Plätze sowie einzelner Bauwerke von besonderer geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung; Schutz gegen verunstaltende Kellere; angemessene Ausgestaltung von Bauten innerhalb des ganzen Stadtbereiches und die Einsetzung einer besonderen Sanitätskommission. Welche Hoffnungen man auf das Ortsstatut setzt, zeigt am besten die dem § 8 beigegebene Begründung, in der es u. a. heißt: „Während die Besitzer des Eigenhauses naturgemäß den größten Wert auch auf die äußere

Erscheinung ihres Hauses legen, fällt dieses Interesse fast bei den Mietshäusern, die öfter nur Spekulationsbauten sind. So sind ganze Straßenzüge entstanden (in der Lestower Vorstadt und die Bauten des Beamten-Wohnungsvereins in der Brandenburger und Neuen Vorstadt, die die herrschende Wohnungsnot wenigstens teilweise lindern helfen. — D. V.), die dem Charakter der Stadt als Residenz und bevorzugtem Wohnort nicht die mindeste Rechnung tragen (1)“. Dabei steht nach ein großer Teil älterer Häuser unter einem alten Publikum, nach welchem Änderungen an den Fassaden überhaupt nicht vorgenommen werden dürfen. Diese Bestimmung hat sich oft sehr lästig erwiesen, und trotzdem schreit man schon wieder nach neuen einschränkenden Bestimmungen.

Gerichts-Zeitung.

Versuche, unpolitische Vereine zu politischen zu stempeln.

1. Die Polizeibehörden in den verschiedensten Teilen Deutschlands machen jetzt den Versuch, den Arbeiter-Fängerbund und dessen Zweigvereine als politische Vereine zu erklären. Da der Bund und seine Organe es überall abgelehnt haben, Mitgliederverzeichnisse und Statuten einzureichen, sind eine ganze Reihe von Anklagen wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes erhoben. Die erste dieser Sachen ist jetzt vor dem Schöffengericht: Eberswalde verhandelt worden. Die Anklage richtete sich gegen den Vorsitzenden des Gesangvereins „Vorwärts“ zu Heegermühle bei Eberswalde. Es fand eine umfangreiche Beweisaufnahme über die Zwecke und die Tätigkeit statt, die der Gesangverein „Vorwärts“ während der Reichstagswahlen entfaltet hatte. U. a. wurde auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, der Kandidat des Kreises, der Genosse Bruns, vernommen. Die Verhandlung endete mit einem billigen Plakato der Anklagebehörde. Selbst die Polizeibeamten vermochten nicht das geringste über eine politische Betätigung des Gesangvereins „Vorwärts“ zu bekunden, so daß das Gericht nach ganz kurzer Beratung den Beklagten freisprach.

2. Eine gleiche Niederlage zog sich die Polizeiverwaltung in Thorn zu. Hier wurde der Versuch gemacht, die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes als politischen Verein zu erklären. Nachdem auch wirklich beim Schöffengericht der angeklagte Vorsitzende der Zahlstelle Thorn verurteilt war, wurden in der Berufungsinstanz der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Depari und der Gauvorsteher Sidfeld zu Danzig vernommen. Beide legten eingehend die Zwecke und das Tätigkeitsgebiet des Verbandes dar. Die Strafkammer kam auf Grund dieser Aussagen zur Freisprechung, da nichts dafür erwiesen sei, daß der Verband politische Zwecke verfolgte.

3. Zu einem anderen Ergebnis gelangte das Dresdener Amtsgericht. Die Polizei hatte angenommen, der Brauerarbeiterverband sei ein politischer Verein, weil 500 M. an den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei abgeführt waren. Auch enthalte die Verbandspresse einige politische Artikel. Und in der Tat folgte das Amtsgericht — Dresden liegt bekanntlich in Sachsen — und bestrafte den Verbandsbeamten Wolfer mit 10 M., weil er die Vorstandsmitgliederliste nicht eingereicht hatte. Das Gericht führte in der Begründung an, mehrere Artikel des Verbandsorgans seien politischer Natur. Der Angeklagte habe sie gebilligt, denn er habe die Verbandszeitung verbreitet. Die Verbandsorgane kämen bei der Beurteilung des Zweckes des Verbandes nicht in Frage, weil sie mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang stehen.

Das ist denn doch eine so arge Verkennung des Begriffs „politischer Verein“, daß sie selbst bei der sächsischen Rechtspflege auffällt.

Schutz vor Schulleuten.

Mit Uebergriffen von Schulleuten hatte sich wieder einmal das Reichsgericht zu beschäftigen. Vor dem Landgericht Hamburg hatten sich am 31. Oktober v. J. vier Schulleute wegen Körperverletzung im Amte zu verantworten. Diese sind jedoch freigesprochen worden. Das Verfahren war eingeleitet worden auf die Anzeige zweier Gebrüder E. Hin, die in der Nacht zum 23. August 1911 auf der Wache 46 von den vier Schulleuten mißhandelt worden sein wollten. Die Brüder E., die als Nebenkläger aufgetreten waren, hatten gegen das freisprechende Urteil Revision eingelegt. Sie rügten insbesondere, daß der Antrag auf Vernehmung mehrerer Zeugen abgelehnt worden war, die befanden sollten, daß auf jener Wache die Schulleute öfters schon Arrestanten mißhandelt haben. Das Reichsgericht verwarf aber die Revision am Donnerstag als un begründet.

Flugblattverfolgung.

Das Weiskenseer Amtsgericht verhandelte am Donnerstag gegen drei Genossen, die beschuldigt waren, am Sonntag, den 31. Dezember 1911 (also während der Wahlzeit) vor der Kirche Flugblätter auf der Straße verbreitet zu haben. Als Zeuge erschienen der Heinersdorfer Ortsgendarm Winkel. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich jemand durch das Verteilen belästigt gefühlt habe, erfolgte die Antwort: „Ja, ein Ortsangehöriger.“ — „Wer war denn das?“ — „Der wohnt nicht mehr am Orte.“ — „Wie heißt er denn?“ — „Der ist nicht mehr am Orte.“ — „Was für einen Beruf hat der Betreffende?“ — „Landwirt.“ — „Und sein Name?“ — „Er ist schon — tot.“ — In der Sache selbst wurden unsere Genossen kostenlos freigesprochen.

Der tote Landwirt muß ein gar wunderlicher Herr gewesen sein, da er es fertig brachte, wegen des Flugblatts Gendarm und Amtsanwalt in Bewegung zu setzen.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. 127. 1. Für die Dauer von mindestens 14 Tagen, falls nicht etwa Abkündigungsklausel vereinbart und nicht etwa während der Krankheit die Entlassung ausgesprochen ist, 2. Beschäftigte Zahl. Karten müssen vorher bei der Staatsanwaltschaft beantragt werden. 3. Darum kümmern wir uns nicht. Jedenfalls konnte während der Zeit Spiel und Tanz nicht unterlag werden. — M. H. Sie sind zur Rückzahlung verpflichtet, sofern die Statutenänderungen in der vorgeschriebenen Weise publiziert sind. — G. 2. 17. 1/2 des Kadesses des Raumes, falls die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen ist. — M. H. 1. und 3. Gebirgs, falls nach Ansicht des Arztes die Krankheit so erheblich ist, daß die Verrichtung der Dienste nicht möglich ist. 2. Das ist zweckmäßig. 4. Ja, in der Regel. — C. G. 3a. — B. 2. 1883. 1. Die Kinder haben 24 wöchentlichen. 2. Ja, innerhalb 30 Jahren, vom Tode der Nachgeborenen an gerechnet. — G. 2. 13. Nicht sich nur nach Ansicht in den Rechtsvertrag beantworten. — C. G. 111. 2. Rat für das Kalenderjahr. — B. 2. 750. 1. Vollgeprübter. 2. Darüber erhalten Sie Mitteilung vom Präsidium. 3. Falls das Gesetz genehmigt wird, 150 M. Bei Beschäftigten kann Ermäßigung bis auf einen Satz von 5 M. erfolgen. — C. H. 99. 1. 60 R. 2. Reiz.

Marktbericht von Berlin am 29. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktschallendpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00-37,00. Preiselböhnen weiß, 35,00-40,00. Linsen 40,00-50,00. Kastorei 9,00-14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20-1,80. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,20. Butter 2,50-3,20. 60 Stück Eier 4,50-7,20. 1 Kilogramm Karfen 1,10-2,40. Hais 1,20-3,00. Sander 1,60-3,60. Hechte 1,40-2,60. Barsche 0,50-2,00. Schlei 1,50-3,20. Schle 0,70-1,40. 60 Stück Krebs 0-30,00.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Bierstel.
Bezirk 041.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Gastwirt
Hermann Koschmeda
Friedrichstraße 37
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 4. März, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt. 213/18

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 29. Februar verstarb unser
Genosse, der Tischler

Georg Schmidt
Kriegerstr. 43.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. März, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Anzareth-Kirchhofes,
Heinrichsdorf-Weh, Riegelstraße,
aus statt. 226/7

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Schöneberg.

Bezirk 7.
Am 29. Februar verstarb nach
kurzer Krankheit unser langjähriges
Mitglied, die Genossin Frau

Berta Mühlich
im 44. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schöneberger
Friedhofes (Blanke Dölle) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der
Genossinnen und Genossen ersucht
15/8
Der Vorstand.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Bauarbeiter

Hermann Kossatz
(Bezirk Reuthän)

am 28. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Reuthäner Gemeinde-
Friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
137/10

Den Genossen, Freunden und Be-
sonnen zur Nachricht, dass ich das
Lokal von **Gellert,**

Neukölln,
Steinmühlstraße 93,

übernommen habe und bitte um
gütlichen Zuspruch. Kleiner Saal zu
Festlichkeiten und Bereinigungen zu
vergeben. Achtungsvoll

Max Weigelt.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.

(Zahlstelle Groß-Berlin.)
Am 28. Februar 1912 verstarb
unser Mitglied

Emma Krüger.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Reuen
Zusten-Kirchhof, Fürstendammer
Weg, statt.
Rege Beteiligung erwartet
57/8
Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schmerzlichem Leiden
entschied sich am Mittwoch, den 28. Fe-
bruar, mein innig geliebter Mann,
unser guter Onkel, Schwager und
Gonin, der frühere Gastwirt

Karl Kramer
im 61. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitte ich im
Namen der Hinterbliebenen
Die trauernde Witwe
Berta Kramer
geb. Vollmar.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. März, nach-
mittags 3 Uhr, vom Krauerbauwe,
Hermannstraße 100, aus auf dem
Jerusalem Friedhof, Hermann-
straße 84, statt. 3065

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle eleg. Mo-
natsgarderobe in feinsten Werk-
stoff. Berlin georb., von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliere nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Horren-Kosen 2,50, 5,00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung a u e r Garderobe.
Gr. Frankfurter Str. 98
Moldauer, (Neue Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend.

E. G. m. b. H. Lichtenberg, Rittergutstr. 22-26.

Die 62. Verkaufsstelle Charlottenburg, Taurogener Str. 10, verlegen wir nach

Kaiserin-Augusta-Allee 55.
Eröffnung: Montag, den 4. März 1912.

Aufnahme von Mitgliedern in der Verkaufsstelle. Beitritt 50 Pf. 103/7

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Sonntag, den 3. März, mittags 12 Uhr, in Mörners Festsälen (früher Keller), Kopenstr.

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht über den außerordentlichen Verbandstag in Berlin und die
darauf erfolgte Amtsenthebung des ersten Ortsvorsitzenden und
die eventuelle Maßregelung der übrigen vier angeestellten Beamten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Anfang präzise 12 1/2 Uhr. 27/5*
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband
der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschl.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Am 25. Februar verunglückte
bei der Katastrophe in Bilmers-
dorf als Opfer seines Berufes
unser Mitglied, Kollege

Willi Freund.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
Bilmersdorf, Berliner Str. 103/104,
aus statt. 146/7
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Baukonferenz und Wahl der Delegierten.
2. Stellungnahme und endgültige Beschlussfassung zur Frage der
örtlichen Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes.
Kollegen, sorgt für zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Die Versammlung wird präzise eröffnet!
171/6* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:
Pol. I. Charlottenstraße 3. Pol. III.
Unt Nord, Nr. 1239. Unt Nord, Nr. 1097.

Montag, den 4. März 1912, abends 6 Uhr, in Frankes
Festsälen, Wabstr. 19:

Branchen-Versammlung

aller in der Geldschrank-Industrie beschäftigten Arbeiter.
Tagesordnung:
1. Bericht des Reichstagsabgeordneten Kollegen Wächner über: „Die
Entwicklung der Industrie und die Arbeiterbewegung“. 2. Bericht
der Branchenkommission. 3. Verschiedenes. 113/7
Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider

Filiale Berlin I.
Sedanstraße 37-38, Pol. rechts II.

Herren-Stapelkonfektion!

Sonntag, den 3. März, mittags 12 Uhr, in den Königsälen,
Neue Königstraße 26 (Eingang Badestrasse):

Deffentliche Versammlung

ähnlicher bei Zwischenweilern beschäftigten Kollegen und
Kolleginnen.
Tagesordnung:
1. Zweck und Ziel der Genossenschaftsbewegung. Referent: Kollege
Welker. 2. Unsere Tarifbewegung, der Arbeitsnachweis und die Erlebi-
gung eventueller Streitfälle.
Wir weisen weiter darauf hin, dass die Tarife inklusive Liste der
geeigneten Betriebe jetzt im Druck vorliegen und in dieser Versammlung
zur Ausgabe gelangen.
192/17 Die Kommission der Stapelkonfektion.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 3.	Knorr Kartoffelsuppe
" 4.	" Eiersternlesuppe
" 5.	Knorr Frühlingssuppe
" 6.	" Weibertreusuppe
" 7.	Knorr Königinssuppe
" 8.	" Pilzsuppe

Jeden Tag eine andere Suppe mit
Knorr Suppenwürfel
jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe
nur mit **Knorr Suppenwürfel**

Morgen Sonntag, den 3. März:
Schlachtfest und **Großer Ball.**
Es ladet freundlich ein Der alte Freund auf Pichelswerder.

Kostüme
Mäntel
Kleider
(Voll-, Marqui-
sette, Taft)

Kammgarn, 15.- bis 59.- Taft, Seide,
60.- bis 200.- Englischen Charakter
12.- bis 79.- Modelle bis 200.-

Seide 26.- bis 150.- Kammgarn 15.- bis
69.- Tuch 14.- bis 55.- Flaming 26.-
bis 69.- Englischen Charakter 7.- bis
25.- Echt englische Stoffe 49.- bis 100.-

(Kammgarn, engli-
schen Charakter)

Röcke

zu herabgesetzten Preisen!

Viele nicht kopierte Modelle in Mänteln und
Kostümen usw., darunter Pariser Originale, bis
50 pCt. Ermässigung!

Beste Kapitalanlage! Pflüschmänt., Pelisenktion,
Abendmäntel, Ulster, Kostüme, Kleider usw. aus
letzt Inventur, um zu räumen, zum Teil bis

50, 60, ja sogar 70 pCt. ermässigt!
Einsegnungs- u. Prüfungskleider
Sonntag geöffnet 12 bis 2 Uhr.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.

„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger
Anzüge
und
Sommerpaletots.
Einsegnungsanzüge
in allen Größen.
Neuheiten der Saison bereits
erschienen.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrerbandes.

Für Groß-Berlin
Oeffentliche
Versammlung
Sonntag, 3. März, mittags
12 Uhr, „Neue Welt“,
Felsenheide 108.
Was erwarten wir vom
Zweckverband?

Redner: 187/15
Bernhart Derenburg.
Oberbürgermeister Dominicus.
Hermann Nuthesius.
Albert Slidekum, N. d. R.

Orts-Krankenkasse
für
Ober-Schöneweide.

Am Dienstag, den 12. März 1912,
findet im Lokale des Herrn Barneke
hierseits, Wilhelmstr. 18, eine

Ersatzwahl
der Vertreter der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder statt.
Die Vertreter der Arbeitgeber
werden von diesen in ungeteilter
Wahlversammlung in der Zeit von
7 bis 8 Uhr nachmittags gewählt.
Zu wählen sind 7 Vertreter.
Die Vertreter der Kassenmitglieder
werden ebenfalls in ungeteilter
Wahlversammlung in der Zeit von
5 1/2 bis 7 Uhr nachmittags gewählt.
Zu wählen sind 7 Vertreter.
Wahlberechtigt und wählbar ist
jedes großjährige, im Besitz der
bürgerlichen Ehrenrechte sich be-
findende Mitglied; als Legitimation
gilt der Mitgliedsausweis.

Am Dienstag, den 12. März 1912,
nachmittags 5 1/2 Uhr, findet im
Lokale des Herrn Barneke hierseits,
Wilhelmstr. 18, eine

Außerordentliche
General-Versammlung
für Vertreter der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder statt. 271/8

Tagesordnung:
Beschlussfassung über das
Ausscheiden von Kadenid-Horst.
Nach der Generalversammlung
findet die Erloswahl für zwei aus-
gezeichnete Kochhandlungsleiter statt.
Als Legitimation gilt
die Einladungskarte.

Ober-Schöneweide, d. 27. Februar 1912.
Der Vorstand.
Sommerfeld, Wilke,
1. Vorsitzender. Schriftführer.

Blumen- und Krautbinderei
von **Aug. Meier,**
Wasserthorstraße 37a.

Die Gemeindewahlbewegung.

Mariendorf-Süden. Am Sonntag, den 3. März findet in der Zeit von 9-2 Uhr die Gemeindevorstandswahl für die dritte Klasse im Lokale von Grothe, Dorfstraße 1, statt.

Am Montag, den 4. März, nachmittags von 2-4 Uhr, findet im Lokal von Grothe, Dorfstr. 1, für Mariendorf und in derselben Zeit bei Dahl, Süden, Lichtenfeldestraße, für den Ortsteil Süden die Wahl für die zweite Wählerklasse statt.

Kaulsdorf. Einen lebhaften und interessanten Verlauf nahm eine am Mittwochabend in „Domanns Gesellschaftshaus“ abgehaltene Wählerversammlung.

Vom Wohnungsmarkt in Groß-Berlin.

Ueber die Zählung leerstehender Wohnungen, die in Groß-Berlin am 15. Oktober 1910 ausgeführt wurde, bringen die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen statistischen Monatsberichte eine von Dr. R. Kuczynski bearbeitete Zusammenstellung, die die Wohnungen nach der Größe gruppiert.

Wenn aus der Zahl der leerstehenden Wohnungen und ihrem Anteil an der Gesamtzahl der überhaupt vorhandenen Wohnungen ein einigermaßen zuverlässiger Schluß auf das Verhältnis zwischen

Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage gezogen werden soll, so bedarf es in der Tat einer Berücksichtigung auch der Größe der leerstehenden Wohnungen.

Die Ergebnisse der im Oktober 1910 ausgeführten Zählung leerstehender Wohnungen zeigen in dieser Hinsicht manche recht merkwürdigen Unterschiede zwischen einzelnen Gemeinden Groß-Berlins.

Die Zählung erstreckte sich auf Berlin und 41 Vororte (Städte, Landgemeinden, Gutsbezirke) mit zusammen etwa 3 450 000 Einwohnern.

Nach Kuczynskis Berechnungen war der Anteil der leerstehenden Wohnungen an der Zahl der überhaupt vorhandenen Wohnungen (einschließlich der mit Geschäftslokale verbundenen) in Groß-Berlin 6,2 Proz., in Berlin für sich 5,0 Proz., in der Gesamtheit der Vororte 7,9 Proz.

fehlen die Angaben): von 362 857 solchen Wohnungen hatten nicht mehr als 1 Zimmer 100 270, 2 Zimmer 136 798, 3 Zimmer 59 744, 4 Zimmer 27 702, mehr Zimmer 88 843 Wohnungen, das sind 27,6 Proz., 37,7 Proz., 16,5 Proz., 7,6 Proz., 10,6 Proz. aller Wohnungen.

Für die Vororte und auch für Berlin bringt Kuczynskis Arbeit eine Zusammenstellung, die die Anteile der leerstehenden Wohnungen an der Gesamtzahl der vorhandenen Wohnungen mit Unterscheidung der Größenklassen nachweist.

Die Hausbesitzer jammern über die Verluste, die sie durch Leerstehen unvernünftiger Wohnungen erleiden. Im ganzen sehen sie aber die Mieten schon so hoch an, daß etwaige Ausfälle, wenn sie häufig bleiben, mitgedeckt werden.



Beachten Sie meine folgenden Inserate!

Frühjahr 1912

Wenn es draußen grünt und sproßt, wenn die Erde sich mit einem neuen Gewande umgibt, dann denken auch wir mehr wie je daran, den äußeren Menschen neu zu bekleiden.

Hauptstr. 161 Ecke Stubenrauchstraße

Gottlieb Weiss, Schöneberg

Hauptstr. 161 Ecke Stubenrauchstraße

Gardinen- und Spitzen- Tage.

Enorm billiges Extra-Angebot!

Gardinen Stückware, weiß u. creme, Mtr. 60 48 32
 Gardinen Stückware, weiß u. creme, Mtr. 95 80 65
 Gardinen abgepaßt, Fenster 2 Flügel, 4.65 3.25 1.75
 Gardinen abgepaßt, Fenster 2 Flügel, 8.50 6.75 5.25

Mull-Gardinen in neuen Punkten, Fenster 2 Flügel, 1 Lambrequin 10.25 8.75
 Erbstüll-Gardinen Fenster 2 Flügel, 10.25 8.75 6.25
 Gardinen-Mull ca. 190 cm breit, Mtr. 1.05 95 75
 Scheiben-Gardinen Stückware, Mtr. 48 32 18

Madras-Garnitur
 2 Flügel, 1 Lambrequin, in vielen Farbenstellungen, 9.75 7.25 4.75

Künstler-Gardinen
 2 Flügel, 1 Lambrequin, in Engl. Tüll, Erbstüll und All over nets 10.50 8.75 5.90

Engl. Tüll-Stores mod. Muster, 4.25 2.75 1.65
 Madras-Stores in vielen neuen Farbenstellungen, 6.25 4.30 2.95

Engl. Tüll-Bettdecken 3.75 2.45 1.65
 Engl. Tüll-Bettdecken über 2 Bett. 7.25 5.25 3.45

Erbstüll-Bettdecken mit Volant reich mit Rand besetzt 6.75 5.25 3.25

Erbstüll-Bettdecken über 2 Betten mit Volant 12.75 9.75 7.50 5.75

Erbstüll-Stores mit Volant reiche Bandarbeit 8.75 6.25 4.75 3.25

Erbstüll-Halbstores, reiche Bandarbeit 8.75 6.25 4.50 3.75 2.25

Scheiben-Schleier 60 45 38
 Kongreßstoffe, gestreift und glatt, 38 Meter 65 50

Erbstüll-Scheiben-Schleier mit Volant 1.20 95 65
 All over nets für Spann-Gardinen, ca. 190/140 cm br., Mtr. 1.15 95 85

Ein Posten Engl. Tüll-Bettdecken, etwas angestaubt, über 2 Betten, Wert bis 12.50, jetzt 5²⁵ 4²⁵

Ein Posten Engl. Tüll-Stores, etwas angestaubt, Wert bis 9.75, jetzt 5²⁵ 4²⁵ 2⁴⁵

Rouleaus abgepaßt, reich bekurbelt, 165 1- u. 2-teilig, 3 25 2 45

Gardinen-, Portieren- u. Storesstangen in allen Größen, besonders billig.

Rouleaus-Damast, 130 cm breit, in gold u. creme, Wert bis 1.05 Mtr. 1.45 1.15 95

Serien-Stores in engl. Tüll u. Erbstüll, in allen Breiten, bis 220 cm breit, Beltrückwände in Erbstüll und engl. Tüll enorm billig.

Ca. 4000 Mtr. Tüll-Valencienne-Spachtel-Torchou- und Cluny-Einsätze, Mtr. 26, 18, 12, 8 Pf.

Ein Posten Spitzen aparte Muster Mtr. 48, 28, 18

Tüll- u. Valenciennestoffe Mtr. 1.95, 1.45, 95

Stickereistoffe für Blusen und Einsätze . Mtr. 95, 78

Reste in Tüll, Spitzen und Band besonders billig. Spachtel-Passen für Blusen 95, 75, 48

Enorm billig! Ein grosser Posten Tüll- und Batist-Schleifen, Jabots u. Bäffchens
 Stück 65 48 28 Pf.

**Kaufhaus
 Wilhelm Joseph**
 Berlin, Schöneberg,
 Grossgörschenstr. 1. Hauptstr. 163.

Leske & Lehrer 78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-
 : : Bekleidung fertig und nach Maß : :

Einsegnungs-Anzüge

in gutem blauen und tiefschwarzen Cheviot, Satin-Kammgarn und Tuch-Kammgarn. Moderner, eleganter Schnitt.

Blau Cheviot, sehr solide und haltbar
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 11.- 12.- 13.- 14.- 15.-

Hochfeines blaues Rips-Kammgarn v. feinem Rips
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 19.- 20.- 21.- 22.- 23.-

Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 13.- 14.- 15.- 16.- 17.-

Hochfeines schwarz. Tuch-Kammgarn sehr solide Qualität
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 21.- 23.- 25.- 27.- 29.-

Guter blauer Cheviot, sehr zu empfehlen
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-

Sehr eleg. schwarz. Tuch-Kammgarn Ersatz für Maß
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 23.- 25.- 27.- 29.- 31.-

Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 17.- 18.- 19.- 20.- 21.-

Hochf. schwarz. Tuch-Kammgarn, beste Qualität! Ersatz f. Maß!
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 25.- 27.- 29.- 31.- 33.-

Bester blauer Melton-Cheviot, haltb. sol. Qual.
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 16.- 17.- 18.- 19.- 20.-

la blauer Kammgarn, beste Verarbeitung und Zutaten, vollk. Ersatz für Maß
 Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
 Anzug 23.- 24.- 25.- 26.- 27.-

Prüfungs-Anzüge

in sparten, modernen Stoffarten, neueste Moden, modernster Schnitt
 13.- 14.- 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-
 20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.-

**HERREN KLEIDUNG
 KNABEN KLEIDUNG
 S. LEVY, CHARLOTTENBURG
 SCHARRENSTR. 36.**

+ Magenleiden
 Bei Verdauungsstörungen, Appetitmangel, verdorbenem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magenschwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Erbrechen, überhaupt Magenbeschwerden jeder Art sind die berühmten Reichel's

Möbel Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt **Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 10.**
 Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Magentropfen
 von überaus molligender, heilsamer Wirkung!
 Halbe 80 Pf. Einzige echte Marke „Medico“
 Wo in den Drogerien nicht erhältlich, bei Otto Reichel, 50., Eisenbahnstr. 4.

Möbel auf Kredit

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

in allen Preislagen.
 Moderne Schlaf-, Speise- und Wohnzimmer
 Gross. Lager in einzelnen Möbeln, Teppichen etc.
 Ferner empfehlen wir unsere Abteilung
Herren- und Damen-Garderoben
 Neueste Moden.

Kleinste Anzahlung | Ratenzahlung ganz nach Wunsch! | **Kleinste Anzahlung**

Kaufhaus zum Rollkrug

Neukölln, Berliner Strasse 1.

An meine werte Kundschaft!



Kostüm „Triumph“ aus blauem Kammgarn-Cheniot m. reicher Garnierung M. 29.—

Moderne Frühjahrs-
Kostüme, Ulster
Mäntel, Röcke

sind am Lager reich sortiert

Meine Fabrikate sind bekannt reell, tadellos
im Sitz u. Arbeit. Stoffe u. Zutaten erstklassig

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete
sind die Preise sehr billig

Damenmäntel-Fabrik
Paul Ginck

Neukölln, nur Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Strasse

Mass-Anfertigung.



Kostüm „Mizzi“ aus prima blauem Kammgarn M. 39.—



A. WEISS & CO.
Inh. Fritz Prieur.
Berlin W. Schöneberg
11. Hauptstr. 11. Ecke Vorbergstr.



Der Verkauf dieser Waren dauert
nur noch einige Tage:

Strümpfe, Handschuhe

- Damen-Strümpfe prima Makogarn, mit modernen farbigen Streifen Paar **95 Pf.**
- Damen-Strümpfe reine Wolle, gestrickt, deutsch lang Paar **95 Pf.**
- Herren-Schweiss-Socken grau, extra stark, nahtlos . . . 3 Paar **95 Pf.**
- Herren-Socken plattiert, haltbare Qualität, 3 Paar **95 Pf.**
- Dam.-Ball-Handschuhe durchbroch., ohn. Fing., ca. 90 cm lang, 2 Paar **95 Pf.**

Weine

- Soweit Vorrat
- Guntersblumer $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Windeshelmer $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Chateau d'Agnac $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Alter Samos $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Vino Vermouth $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Tarragona . . . $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Sherry $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Madeira $\frac{1}{4}$ Fl. **95 Pf.**
 - Medicinal-Ungarwein . . Flasche **95 Pf.**
- Soweit Vorrat

Handarbeiten gezeichnet

- Parade-Handtücher weiss Grobleinen, „Genro Mille Fleurs“ **95 Pf.**
- Stuhlkissen Grobleinen mit Fransen . . . 2 Stück **95 Pf.**
- Kissenbezug Grobleinen mit Fransen-Durchbruch **95 Pf.**
- Quadrate Grobleinen zum Zusammensetzen, 48 Stück **95 Pf.**
- Decken und Läufer aus Grobleinen, grau und weiss Stück **95 Pf.**

Damen-Untertaille Amerik. Art, mit herausnehmbar. Fischbeinstangen, Stück **95 Pf.**

Kinderkleider aus Velours, mit Volant-Samtpasse, 45—60 cm lang, Stück **95 Pf.**

Directoire-Beinkleider in modernen Kleiderfarben Paar **95 Pf.**

Damen-Wäsche besonders vorteilhaft

- Damen-Phantasie-Hemden mit Stickerei Jedes Stück **95**
- Damen-Achselschluss-Hemden mit gestickter Passe **95**
- Damen-Knie-Beinkleider mit breiter Stickerei **95**
- Damen-Nachtjacken aus Körper-Barchentm. Langweil **95**
- Damen-Anstandsrock aus Körper-Barchent mit Volant **95**

Restposten Konserven zu fabelhaft billigen Preisen

- 2 Pfd.-Dose Kirschen, rot, mit Stein aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Gemüse-Erbisen aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Stangenspargel aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Junge Erbsen, mittelfein aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Gemüse-Erbisen aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Stangenspargel, stark aus **95 Pf.**
- 2 Pfd.-Dose Brochspargel, extra stark aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Gemüse-Erbisen aus **95 Pf.**
- 1 Pfd.-Dose Brochspargel, extra stark aus **95 Pf.**
- 2 Pfd.-Dose Junge kleine Karetten aus **95 Pf.**

Schürzen sensationell billig

- Wirtschafts-Schürzen aus guten Stoffen, extra weit, mit Volant und Tasche Jedes Stück **95**
- Damen-Blusen-Schürzen aus gestreiften Stoffen, mit reicher Biedengarnierung und Besatz **95**
- Kleider-Reform-Schürzen aus hellgestreiften Stoffen **95**
- Tändel-Träger-Schürzen aus Batist a jour mit reicher Stickerei-Garnier. Pfennig